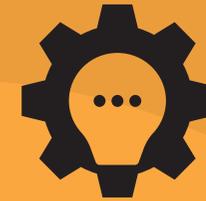


# Politische Bildung *in der beruflichen Bildung*



improving  
civics  
in VET

---

**Fallstudien aus  
Kroatien, Rumänien und Thüringen**

ENG / CRO / GER / ROM

#### AUTOR\*INNEN

Guadalupe Ana Farah

Ammalia Podlaszewska

Mihaela Putineanu

Berto Šalaj

Tanja Štampar

Diana Tăbleț

#### KOLLABORATEURE

Anca Badea

Milica Bogdanović

Mike Drulă

Iris Knežević

Ana Mocanu

Lotte Siefert

**AUTOR\*INNEN**

Guadalupe Ana Farah  
Ammalia Podlaszewska  
Mihaela Putineanu  
Berto Šalaj  
Tanja Štampar  
Diana Täbleț

**KOLLABORATEURE**

Anca Badea  
Milica Bogdanović  
Mike Drulă  
Iris Knežević  
Ana Mocanu  
Lotte Siefert

**DESIGN**

Bojan Crnić

**HERAUSGEBER**

Gong

**GESCHÄFTSFÜHRERIN**

Oriana Ivković Novokmet

Zagreb, September 2025.

ISBN 978-953-7960-67-4

GONG

A. Mihanovića 14, 10000 Zagreb – Kroatien

T: +385 1 4825 444

F: +385 1 4825 445

E-mail: gong@gong.hr

Web: www.gong.hr



**FUNKY  
CITIZENS**



**CULTURE GOES EUROPE**  
SOZIOKULTURELLE INITIATIVE ERFURT E.V.

**ORIGINALTITEL**

Civic Education in Vocational Education and Training:  
The Case Studies of Croatia, Romania, and Thuringia



**Co-funded by  
the European Union**

Diese Veröffentlichung wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission erstellt. Sie spiegelt ausschließlich die Ansichten des Autoren wider, und die Kommission übernimmt keine Verantwortung für die Nutzung der darin enthaltenen Informationen.

# EINLEITUNG

Die heutigen demokratischen Gesellschaften stehen vor zahlreichen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen, von denen zwei für ihre künftige soziopolitische und wirtschaftliche Entwicklung besonders bedeutsam sind. Einerseits durchlaufen die heutigen Gesellschaften rasante demografische Veränderungen, insbesondere eine alternde Bevölkerung und einen Rückgang der Zahl junger Menschen. Diese demografischen Trends führen zu einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, insbesondere in bestimmten Berufen und Branchen. Als mögliche Antwort darauf versuchen viele Gesellschaften, jungen Menschen in der beruflichen Bildung die Fähigkeiten zu vermitteln, die sie benötigen, um so schnell wie möglich in den Arbeitsmarkt einzusteigen, oft indem sie sie dazu ermutigen, einen Teil ihrer Ausbildung am Arbeitsplatz zu absolvieren. Mit diesem Ansatz werden jedoch allgemeine Bildungsinhalte, einschließlich der politischen Bildung, in Berufsschulen zunehmend an den Rand gedrängt.

Die Marginalisierung der politischen Bildung in Berufsschulen findet genau zu einer Zeit statt, in der die heutigen Gesellschaften vor einer weiteren großen Herausforderung stehen: dem Aufstieg extremer politischer Positionen, insbesondere rechtspopulistischer Bewegungen, die die Grundwerte der liberalen Demokratie in Frage stellen. Es wächst die Sorge, dass junge Menschen mit geringerem Bildungsniveau eher dazu neigen, für solche politischen Optionen zu stimmen, und, was noch beunruhigender ist, dass sie möglicherweise eine Haltung einnehmen, die die liberale Demokratie als politisches System ablehnt. Es wäre daher vernünftig zu erwarten, dass die heutigen Gesellschaften als Reaktion auf diese Bedrohungen ihre Bemühungen zur Förderung der Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur durch ihre Bildungssysteme verstärken. Es wäre besonders vernünftig, dies von Berufsschulen zu erwarten, die von Schüler\*innen besucht werden, für die dieses Bildungsniveau oft den letzten Kontaktpunkt mit dem formalen Bildungssystem darstellt.

Die heutigen sozialen und politischen Prozesse stellen die berufliche Bildung vor widersprüchliche Herausforderungen. Daher wollen wir in dieser Studie analysieren, wie die heutigen Gesellschaften mit diesen widersprüchlichen Herausforderungen umgehen – insbesondere, wie die politische Bildung in Berufsschulen umgesetzt wird. Diese Arbeit ist eine direkte Fortsetzung unserer früheren Forschung (Šalaj, 2024), in der wir eine Untersuchung zum Thema politische Bildung an Berufsschulen in europäischen Ländern initiiert haben.<sup>1</sup> Diese erste Studie, die sieben europäische Länder umfasst, präsentiert Ergebnisse dazu, wie politische Bildung in der beruflichen Bildung umgesetzt wird. Die Studie basierte auf qualitativen Daten, die durch Sekundärforschung und teilstrukturierte Interviews mit Expert\*innen in jedem Land gesammelt wurden. Der Schwerpunkt lag dabei auf der Frage, wie staatsbürgerliche Kompetenzen entwickelt werden, ob politische Bildung als eigenständiges Fach unterrichtet, in andere Fächer integriert oder als fächerübergreifendes Thema behandelt wird, sowie auf den institutionellen, curricularen und pädagogischen Ansätzen, die dabei zum Einsatz kommen. In der ersten Studie konzentrierten wir uns also auf die Modelle und Arten der politischen Bildung in Berufsschulen und untersuchten vor allem deren Inhalte und Ziele. Die politische Bildung wurde anhand von offiziellen Dokumenten und Expertenmeinungen analysiert.

In diesem Beitrag erkennen wir die Erkenntnisse aus der ersten Studie an und bauen darauf auf, verschieben jedoch die Perspektive etwas. Die zweite Studie umfasst drei Fallstudien, die sich auf die politische Bildung in Berufsschulen konzentrieren. Diese Studie baut zwar auf den Ergebnissen unserer

früheren vergleichenden Forschung auf, zielt jedoch darauf ab, einen tieferen Einblick in die nationalen Systeme zu bieten. Daher haben wir unsere Analyse auf drei Länder beschränkt: Kroatien, Rumänien und Thüringen (Deutschland). Das Hauptziel dieser Studie ist es, ein tieferes Verständnis dafür zu entwickeln, wie politische Bildung in diesen Ländern umgesetzt wird, und die wichtigsten Herausforderungen zu identifizieren, die mit ihrer Durchführung an Berufsschulen verbunden sind. Diese Studie konzentriert sich in erster Linie auf Fragen im Zusammenhang mit der praktischen Umsetzung der politischen Bildung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Dementsprechend wird der Bericht die Bildungs- und Lernerfahrungen sowie die Bedürfnisse verschiedener Interessengruppen hervorheben. In diesem Sinne stützt sich die Studie stark auf die Perspektiven der wichtigsten Akteur\*innen, darunter Schüler\*innen, Lehrkräfte, Verwaltungsangestellte, Expert\*innen und Jugendarbeitende. Sie soll die wichtigsten Herausforderungen bei der Umsetzung der politischen Bildung in Berufsschulen aufzeigen und ein tieferes Verständnis dafür vermitteln, was nach Ansicht der Betroffenen – Schüler\*innen, Lehrkräfte, Jugendarbeitende, Expert\*innen, Verwaltungsangestellte und andere – geändert werden muss.

Das Forschungsdesign dieser Studie ist qualitativ und umfasst eine angemessene Anzahl von Fokusgruppen, Interviews und Online-Umfragen mit Schüler\*innen, Lehrkräften, Verwaltungsangestellten, Jugendarbeitenden, Expert\*innen und Entscheidungstragenden. Zusätzlich zu den Fokusgruppen und Interviews wird die Studie auch Sekundärforschung nutzen, bei der zwei Arten von Quellen analysiert werden. Die erste umfasst offizielle Dokumente wie Gesetze, Vorschriften, Regeln und Lehrpläne. Die zweite besteht aus wissenschaftlicher Literatur – nämlich wissenschaftlichen Büchern und Artikeln –, die sich mit politischer Bildung befassen, mit besonderem Schwerpunkt auf deren Umsetzung in Berufsschulen.

Angesichts der genannten Ziele ist die Studie in mehrere Teile gegliedert. Nach dem einleitenden Teil wird im zweiten Teil der theoretische Rahmen vorgestellt, der die Konzepte Demokratie, demokratische politische Kultur, Bildung, berufliche Bildung und politische Bildung

miteinander verknüpft. Der Inhalt dieses Abschnitts stammt hauptsächlich aus unserer ersten Forschungsstudie, in der bereits ein ähnlicher Rahmen vorgestellt wurde. Der dritte Teil ist der Kern, der umfangreichste und bedeutendste Teil der Studie. Er besteht aus drei separaten Fallstudien, die die praktische Umsetzung der politischen Bildung in den drei Ländern untersuchen, die in unserer Analyse berücksichtigt werden. Jede der Fallstudien umfasst drei Kapitel. Das erste Kapitel stellt die Entwicklung der politischen Bildung innerhalb des öffentlichen Bildungssystems vom Beginn des demokratischen Wandels in den 1990er Jahren bis heute dar. Diese Analyse beschränkt sich nicht nur auf Berufsschulen, sondern umfasst auch Entwicklungen in der Primar- und Sekundarstufe. Darüber hinaus liegt der Schwerpunkt zwar auf der formalen Bildung, doch werden in diesem Kapitel auch wichtige Initiativen der Zivilgesellschaft im Bereich der politischen Bildung hervorgehoben, insbesondere nicht-formale Programme zur politischen Bildung, die von wichtigen Nichtregierungsorganisationen durchgeführt werden. Das zweite Kapitel konzentriert sich auf den aktuellen Stand der politischen Bildung an Berufsschulen. Es stützt sich in erster Linie auf das für die erste Studie vorbereitete Material, nutzt aber auch diese Gelegenheit, um die Analyse zu erweitern und zu vertiefen. Das dritte und wichtigste Kapitel befasst sich mit dem Umsetzungsprozess der politischen Bildung an Berufsschulen. Es basiert auf der Darstellung und Analyse von Daten, die durch Fokusgruppen, Interviews und Online-Umfragen mit Schüler\*innen, Lehrkräften, Jugendarbeitenden und Expert\*innen gesammelt wurden.

Der vierte Teil der Studie beginnt mit einer Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse aus den drei Fallstudien. Anschließend werden die wichtigsten Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Umsetzung der politischen Bildung in Berufsschulen in den drei Ländern aufgezeigt. Darüber hinaus werden in diesem Abschnitt die Perspektiven der wichtigsten Interessengruppen zu möglichen Verbesserungen der politischen Bildung in beruflichen Einrichtungen verglichen. Der letzte Teil der Studie enthält unsere Empfehlungen zur Verbesserung der Umsetzung der politischen Bildung in Berufsschulen.

<sup>1</sup> Diese Studie mit dem Titel „Politische Bildung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung: Vergleichende Untersuchung europäischer Praktiken“ basiert auf Forschungsarbeiten, die im Rahmen des Projekts „Verbesserung der politischen Bildung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung“ durchgeführt wurden, das von der Europäischen Kommission im Rahmen des Programms Erasmus+ finanziert wurde.

## SCHLÜSSELKONZEPTE

In dieser Studie bauen wir auf dem theoretischen Rahmen auf, den wir in unserer vorherigen Studie (Šalaj, 2024) entwickelt haben, in der wir die Konzepte Demokratie, demokratische politische Kultur, Bildung, berufliche Bildung und politische Bildung miteinander verknüpft haben.

Unser Verständnis von Demokratie basiert auf den Arbeiten des amerikanischen Politikwissenschaftlers Robert Dahl, der in seinem Buch *Democracy and Its Critics* (1989) Demokratie als ein politisches System beschreibt, in dem alle von einer Entscheidung Betroffenen am Entscheidungsprozess beteiligt sind. Bei der Reflexion über die Funktionsweise der Demokratie wird besonderes Augenmerk auf die Bedingungen gelegt, die ein stabiles und effektives Funktionieren demokratischer politischer Systeme begünstigen. Von besonderer Bedeutung ist für uns der Einfluss soziokultureller Faktoren auf das Funktionieren der Demokratie. Eine systematische Erläuterung und empirische Überprüfung der Rolle soziokultureller Faktoren für die Leistungsfähigkeit der Demokratie wurde von den amerikanischen Politikwissenschaftlern Gabriel Almond und Sidney Verba in ihrer einflussreichen Studie *The Civic Culture* (1963) vorgenommen. In dieser Arbeit führten Almond und Verba das Konzept der politischen Kultur in die Sozialwissenschaften ein und definierten es als „die besondere Verteilung der Orientierungen gegenüber politischen Objekten unter den Mitgliedern einer Nation“ (S. 21). Ihre vergleichende Analyse des politischen Lebens in fünf verschiedenen Ländern führte sie zu dem Schluss, dass die Entwicklung einer stabilen und effektiven demokratischen Regierung nicht in erster Linie von institutionellen Strukturen abhängt, sondern vielmehr von der Orientierung der Bürger\*innen gegenüber dem politischen Prozess, d. h. von der politischen Kultur (S. 365).

Nach der Veröffentlichung dieser Studie gewann das Konzept der politischen Kultur erheblich an Popularität und fand breite Anwendung in der empirischen Forschung, was zur Anerkennung eines politisch-kulturellen Ansatzes innerhalb der Sozialwissenschaften führte (Inglehart & Welzel, 2005; Vujčić, 2001, 2008). Die zentrale Idee dieses Ansatzes ist, dass die subjektive Dimension der Politik – die das Wissen, die Fähigkeiten, Einstellungen und Werte der Bürger\*innen umfasst – für das reibungslose Funktionieren der Demokratie von entscheidender Bedeutung ist.<sup>2</sup>

Angesichts der Bedeutung dieser soziokulturellen Dimension der Politik ist es logisch zu fragen, wie sie sich entwickelt. Bürger\*innen werden nicht mit einer ausgeprägten demokratischen politischen Kultur oder staatsbürgerlichen Kompetenz geboren; stattdessen können diese Eigenschaften durch Prozesse gefördert werden, die gemeinhin als politische Sozialisation bezeichnet werden (Greenstein, 1969; Jennings & Niemi, 1981). Dieses Konzept entstand aus der Erkenntnis, dass Menschen nicht mit angeborenen politischen Kenntnissen, Einstellungen oder Werten geboren werden. Eine wichtige Erkenntnis, die die Entwicklung der Forschung zur politischen Sozialisation tiefgreifend beeinflusst hat, ist die Erkenntnis, dass es sich dabei nicht um einen linearen

<sup>2</sup> In dieser Studie definieren wir Demokratie in Anlehnung an zeitgenössische politikwissenschaftliche Erkenntnisse (z. B. Zakaria, 2007; Mounk, 2018) als liberale Demokratie. Der demokratische Aspekt betont die Volkssouveränität und die Gleichheit der Bürger\*innen, während der liberale Aspekt die Bedeutung der individuellen Rechte und Freiheiten unterstreicht. Die demokratische Tradition entspringt der Idee, dass die höchste Macht in einer politischen Gemeinschaft in den Händen des Volkes liegen sollte, das direkt oder über seine Vertretenden über alle wichtigen politischen Angelegenheiten entscheidet. Die liberale Tradition basiert auf der Idee, dass Einzelne durch verfassungsrechtliche und gesetzliche Beschränkungen vor willkürlicher Machtausübung geschützt werden sollten, selbst in Fällen, in denen diese Macht demokratisch legitimiert ist.

oder eindimensionalen Prozess handelt, sondern um einen komplexen und facettenreichen. Politische Kultur wird durch den Einfluss zahlreicher Faktoren erworben, geprägt und verändert. Eine Auswertung der einschlägigen Literatur (Dekker, 1991; Sigel, 1995) identifiziert mehrere wichtige Sozialisationsfaktoren, darunter die Familie, Gleichaltrigengruppen, das Bildungssystem, die Massenmedien, die Religion und das Wirtschaftssystem.

Unser Hauptaugenmerk liegt auf der Rolle der Bildung – insbesondere des öffentlichen Bildungssystems – als Schlüsselfaktor der politischen Sozialisation. Seit der Einführung der formalen öffentlichen Schulbildung ist es eines ihrer grundlegenden Ziele, neue Generationen darauf vorzubereiten, aktive und verantwortungsbewusste Bürger\*innen zu werden, die über die notwendigen Kompetenzen verfügen, um sich effektiv am politischen Prozess zu beteiligen. In diesem Sinne fungiert das gesamte öffentliche Bildungssystem als entscheidender Mechanismus zur Förderung einer demokratischen politischen Kultur unter jungen Menschen. Durch Lehrpläne und schulische Praktiken werden die Schüler\*innen mit wesentlichen Konzepten wie Demokratie, Regierungsführung, Staatsbürgerschaft und politischer Teilhabe vertraut gemacht. Schulen bieten auch ein strukturiertes Umfeld, in dem junge Menschen etwas über ihre Rolle in der Gesellschaft und die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements lernen können. Darüber hinaus bieten außerschulische Aktivitäten – wie Schülervertretungen und gemeinnützige Initiativen – praktische Möglichkeiten, demokratische Werte und partizipative Praktiken zu stärken.

Im Laufe der Zeit – insbesondere in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg – setzten sich demokratische politische Gemeinschaften zunehmend für die Idee ein, dass ein bestimmter Teil des öffentlichen Bildungssystems darauf ausgerichtet sein sollte, junge Menschen auf die Übernahme der Rolle aktiver Bürger\*innen vorzubereiten. Dieser Teil wird meist als politische Bildung bezeichnet (Crick, 2000; Galston, 2001). Die Diskussionen um die politische Bildung gewannen mit der Ausweitung des Wahlrechts, insbesondere nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts, besondere Bedeutung. Um die politische Kultur der jüngeren Generationen in eine

demokratische Richtung zu lenken, haben viele Länder seit dem Ende des zweiten Weltkriegs Programme zur politischen Bildung in ihre Lehrpläne aufgenommen (Šalaj, 2002). Politische Bildung wird daher in der Regel (z. B. Gutmann, 1987; Crick, 2000) als ein eigenständiger Teil des Bildungssystems definiert, dessen vorrangiges Ziel es ist, den Einzelnen mit dem Wissen, den Fähigkeiten, den Einstellungen und den Werten auszustatten, die für eine sinnvolle Teilnahme am sozialen und politischen Leben ihrer Gemeinschaften erforderlich sind.

Zwei Fragen sind für die Diskussion über den Status der politischen Bildung in öffentlichen Schulsystemen von entscheidender Bedeutung. Die erste betrifft die Arten und die zweite die Modelle der politischen Bildung (Šalaj, 2002; Eurydice-Bericht, 2017a; 2017b). Die Diskussion über die Arten befasst sich mit den Inhalten der politischen Bildung, da unterschiedliche Inhalte unterschiedliche Ziele fördern können. Beispielsweise kann politische Bildung dazu genutzt werden, die Loyalität gegenüber der aktuellen politischen Ordnung zu stärken oder kritisches Denken über Gesellschaft und Politik zu fördern. Die meisten Analysen (Patrick, 1977; Harber, 1991; Maitles, 1999; Šalaj, 2002; Eurydice-Bericht, 2017a), die sich mit den Arten der politischen Bildung befasst haben, sind sich einig, dass vier wesentliche inhaltliche Dimensionen identifiziert werden können. Diese sind Wissen, intellektuelle Fähigkeiten, partizipative Fähigkeiten und Einstellungen. Die Existenz unterschiedlicher Arten der politischen Bildung ergibt sich aus der Tatsache, dass spezifische Programme sich in Bezug auf die Zeit und den Raum, die jeder dieser Dimensionen gewidmet werden, unterscheiden.

Aus den verschiedenen Arten, wie diese Form der Bildung innerhalb der Schulsysteme umgesetzt wird, ergeben sich unterschiedliche Modelle der politischen Bildung. Diese Modelle spiegeln unterschiedliche Vorstellungen von der Natur und der Bedeutung der politischen Bildung innerhalb des breiteren Bildungsrahmens wider. Auf der Grundlage der aktuellen Praktiken in demokratischen politischen Gemeinschaften lassen sich drei Hauptmodelle der politischen Bildung identifizieren (Šalaj, 2002; Eurydice-Bericht, 2017b). Im ersten Modell ist die politische Bildung im Schulsystem präsent, aber

nicht in den formalen Lehrplan integriert. Die zugrunde liegende Annahme ist, dass die Schüler\*innen die notwendigen Kenntnisse, Fähigkeiten und Einstellungen durch die gesamte Bildungserfahrung erwerben, ohne dass ein spezielles Fach oder ein strukturiertes Programm erforderlich ist. Das zweite Modell integriert die politische Bildung ausdrücklich in den Lehrplan, jedoch nicht als eigenständiges Fach. Stattdessen wird sie als übergreifendes Bildungsprinzip konzipiert, das den gesamten Lehrplan durchdringen und den Unterricht in allen Fächern, von Mathematik bis Kunst, prägen soll. Aus diesem Grund wird es gemeinhin als fächerübergreifendes Modell bezeichnet. Das dritte Modell ist das einfachste: Politische Bildung wird durch ein oder mehrere eigene Fächer innerhalb des Schulsystems vermittelt. In diesem Fall ist politische Bildung klar definiert, sie wird als eigenständiger Bestandteil unterrichtet und auch als solcher bewertet.

In dieser Studie interessieren wir uns insbesondere für den Status der politischen Bildung im Bereich der beruflichen Bildung. Warum halten wir dieses Thema für entscheidend für die zukünftige Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur in liberal-demokratischen Systemen? Die Antwort liegt in der Besonderheit der primären Ziele der beruflichen Bildung. Alle Länder teilen die Schüler\*innen innerhalb ihres Bildungssystems letztendlich in verschiedene Bildungszweige ein. Nach dem gemeinsamen Bildungsteil, der in der Regel als Grundschulbildung bezeichnet wird und dessen Dauer von Land zu Land variiert, beginnt mit der Sekundarstufe eine Differenzierung der Schüler\*innen in verschiedene Bildungszweige oder Schultypen. Die für diese Studie wichtigste Unterscheidung ist die zwischen Schulen, die eine allgemeine Bildung anbieten, und solchen, die eine berufliche Bildung anbieten.

Die allgemeine Bildung, auch als akademische Bildung bekannt, konzentriert sich in erster Linie auf die Vermittlung von theoretischem Wissen und die Förderung einer breiten intellektuellen Entwicklung. Sie zielt darauf ab, den Schüler\*innen ein umfassendes Verständnis verschiedener Disziplinen zu vermitteln und die Entwicklung von kritischem Denken und analytischen Fähigkeiten zu fördern. Das primäre Ziel dieses

Bildungswegs ist nicht, die Schüler\*innen auf einen bestimmten Beruf vorzubereiten, sondern ihnen eine solide Grundlage für die weitere Ausbildung auf tertiärer Ebene, wie z. B. an Universitäten und Hochschulen, zu vermitteln. Im Gegensatz dazu konzentriert sich die berufliche Bildung auf den Erwerb praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten mit dem ausdrücklichen Ziel, die Schüler\*innen auf den direkten Einstieg in den Arbeitsmarkt nach ihrem Abschluss vorzubereiten. Während ihrer beruflichen Ausbildung erwerben die Schüler\*innen die Kompetenzen, die für die Ausführung spezifischer Aufgaben in bestimmten Berufen oder Gewerben erforderlich sind. Diese Art der Ausbildung legt den Schwerpunkt auf praktisches Lernen, wobei ein wesentlicher Teil des Unterrichts durch Erfahrungsmethoden wie Workshops, Simulationen und praktische Übungen vermittelt wird. Ein wesentlicher Bestandteil dieser Programme stellt die Zusammenarbeit mit Arbeitgebenden und Unternehmen im Rahmen von Praktika und Ausbildungsprogrammen dar, die darauf abzielen, die Schüler\*innen mit authentischen Arbeitsumgebungen vertraut zu machen. Diese arbeitsbasierte Lernkomponente führt die Schüler\*innen so nah wie möglich an reale berufliche Kontexte heran und verbessert so ihre Beschäftigungsfähigkeit und ihre Bereitschaft für den Arbeitsmarkt.

Die oben genannten Überlegungen legen nahe, dass die berufliche Bildung in erster Linie darauf ausgerichtet ist, den Schüler\*innen einen reibungslosen und schnellen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Ihre Kernfunktion ist sozioökonomischer Natur, d. h. sie soll qualifizierte Arbeitskräfte hervorbringen, die den Bedürfnissen der Wirtschaft entsprechen. Dies wirft jedoch eine wichtige Frage auf: Was wird aus der sozio-kulturellen Funktion der Bildung in einem solchen Umfeld, insbesondere was die Vorbereitung junger Menschen auf ein aktives und verantwortungsbewusstes Dasein als Bürger\*in angeht? Wird diese staatsbürgerliche Dimension in Berufsschulen übersehen oder marginalisiert? Oder gibt es tatsächlich Elemente der politischen Bildung in diesen Einrichtungen – Elemente, die für die Förderung einer demokratischen politischen Kultur unerlässlich sind?

3

**POLITISCHE BILDUNG  
IN BERUFSSCHULEN:  
ERFAHRUNGEN MIT  
DER UMSETZUNG**



KROATIEN

RUMÄNIEN

THÜRINGEN,  
DEUTSCHLAND

## 3.1.

## KROATIEN

## 3.1.1.

## DIE GESCHICHTE DER POLITISCHEN BILDUNG

Die politische Bildung in Kroatien hat einen komplexen und vielschichtigen Entwicklungsweg durchlaufen, der seit der Unabhängigkeit der Republik Kroatien bis heute von bedeutenden politischen, sozialen und bildungspolitischen Veränderungen geprägt ist. Obwohl das Thema politische Bildung gelegentlich in Lehrplänen und bildungspolitischen Diskussionen auftaucht, bleibt seine systematische und integrierte Einführung in das Bildungssystem eine Herausforderung. In diesem Kapitel geben wir einen Überblick über die wichtigsten Momente in der Entwicklung der politischen Bildung, wobei wir einen besonderen Schwerpunkt auf die Rolle des Schulfachs Politik und Wirtschaft, lokale Praktiken (wie das Modell von Rijeka) sowie die bedeutende Rolle der Zivilgesellschaft bei der Umsetzung und Popularisierung legen.

## 3.1.1.1.

*Politische Bildung im formalen Bildungssystem*

Politische Bildung gewann erst Ende des 20. und Anfang des 21. Jahrhunderts im formalen Bildungssystem an Bedeutung, obwohl dieses Konzept schon viel länger existiert. Nach der Unabhängigkeit Kroatiens in den 1990er Jahren durchlief das Bildungssystem einen Prozess der Nationalisierung des Lehrplans, wobei der Schwerpunkt auf Patriotismus, nationaler Identität und dem historischen und kulturellen Erbe Kroatiens lag.

Die ersten ernsthaften Versuche, die politische Bildung zu institutionalisieren, gab es Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre. So wurde 1999 das Nationale Programm für Menschenrechtserziehung und demokratische Bürgerschaft verabschiedet, das Themen wie Menschenrechtserziehung, demokratische Bürgerschaft, Identität und interkulturelle Bildung, Friedenserziehung und gewaltfreie Konfliktlösung, nachhaltige Entwicklung, Prävention von Vorurteilen und Diskriminierung, Forschung im Bereich des humanitären Rechts usw. umfasst (Regierung der Republik Kroatien, 1999).

Die Agentur für Bildung und Lehrkräfteausbildung, eine öffentliche Einrichtung unter der Aufsicht des für Wissenschaft und Bildung zuständigen Ministeriums, hat die Verantwortung für ein Programm zur politischen Bildung namens Project Citizen des US-amerikanischen Zentrums für politische Bildung übernommen. Von 1999 bis 2010 war Project Citizen die grundlegende Form der politischen Bildung an Schulen. Dieses Programm ermutigt Schüler\*innen, sich aktiv in lokalen Gemeinschaften zu engagieren, und wird als Projektaktivität in Schulen umgesetzt. Da es auf nationaler Ebene keine systematische Strategie für die Umsetzung gab, hing die Umsetzung weitgehend vom Interesse und Engagement bestimmter Schulen und Lehrkräfte ab.

Lehrkräfte, die das Projekt Citizen umsetzen wollten, erhielten bedeutende Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen, insbesondere vom Forum für Bildungsfreiheit, Gong und dem Zentrum für Friedensstudien, die Bildungsinitiativen zur Verbesserung der bestehenden Umsetzung von Schulprogrammen

organisierten. Im Jahr 2009 gründeten diese Organisationen ein informelles Netzwerk namens GOOD Initiative, das nach wie vor aktiv ist und über 60 zivilgesellschaftliche Organisationen zusammenbringt. Das Ziel der GOOD Initiative und der Schwerpunkt ihrer Lobbyarbeit ist die systematische und umfassende Einführung von politischer Bildung in allen Schulen, damit alle Schüler\*innen, unabhängig von der Schule, die sie besuchen, Zugang zu diesen Inhalten haben.

Der Nationale Lehrplanrahmen für die Vorschulbildung und die allgemeine Pflicht- und Sekundarschulbildung – NCF (MZOS, 2011) – erkennt die staatsbürgerliche Kompetenz als eine der acht Grundkompetenzen an, die Schüler\*innen entwickeln müssen. Mitte der 2000er Jahre wurden die ersten Vorschläge für den Nationalen Lehrplan für Staatsbürgerkunde entworfen. Ihre Umsetzung war jedoch begrenzt, vor allem aufgrund politischer Meinungsverschiedenheiten und mangelnder Einigkeit über die Ziele und Methoden dieser Bildung. Erst mit der Einführung des nationalen Lehrplanrahmens erhielt die politische Bildung einen formellen Platz im Bildungssystem, wenn auch nicht als eigenständiges Fach, sondern als fächerübergreifendes Thema. Dieses fächerübergreifende Thema umfasst die Entwicklung von Wissen, Fähigkeiten, Fertigkeiten und Einstellungen, die zur Bildung des demokratischen Bewusstseins der Schüler\*innen beitragen. Ziel ist es, sie zu ermutigen, sich aktiv und verantwortungsbewusst in der Schule, der lokalen Gemeinschaft und der Gesellschaft zu engagieren, ihre Identität und ihren gegenseitigen Respekt zu stärken und Sensibilität für globale Probleme zu entwickeln, alles auf der Grundlage der Prinzipien der Demokratie, Fairness und Friedenssicherung (MZOS, 2011). Obwohl das Prinzip fortschrittlich war, stieß die Umsetzung auf mehrere Hindernisse: Die Lehrkräfte waren oft überlastet, unzureichend ausgebildet und verfügten nicht über ausreichende Unterstützung, um staatsbürgerliche Inhalte in ihren regulären Unterricht einzuführen.

Zeitgleich mit der Verabschiedung des nationalen Lehrplanrahmens hat die Regierung der Republik Kroatien den Nationalen Ausschuss für Menschenrechte und demokratische Staatsbürgerschaft eingerichtet und dessen Aufgaben festgelegt. Gemäß dem Beschluss wurde der Ausschuss mit der Förderung der politischen Bildung auf allen Ebenen, von der Vorschule bis zur Hochschulbildung, und in allen Formen, einschließlich der formalen und nicht-formalen Bildung, beauftragt. Im Juni 2011 wurde der Entwurf des Lehrplans für staatsbürgerliche Bildung an Lehrkräfte, zuständige Behörden, Vertretenden des zivilgesellschaftlichen Sektors und Hochschullehrkräfte zur Überprüfung und Stellungnahme verschickt (Spajić-Vrkaš, 2014). Die überarbeitete Fassung wurde vom damaligen Ministerium für Wissenschaft, Bildung und Sport angenommen. Im September 2012 begann versuchsweise die Umsetzung und Überwachung des Lehrplans für politische Bildung in zwölf Grund- und Sekundarschulen während der beiden Schuljahre (2012/2013 und 2013/2014). Die probeweise Umsetzung umfasste acht Grundschulen und vier weiterführende Schulen in ganz Kroatien. Das Nationale Zentrum für externe Evaluation von Bildung und Forschung veröffentlichte in Zusammenarbeit mit dem Bildungszentrum für Menschenrechte und demokratische Staatsbürgerschaft der Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften der Universität Zagreb einen detaillierten Bericht über die Auswirkungen der versuchsweisen Umsetzung mit dem Titel Die (mangelnde) Kraft der politischen Bildung (Spajić-Vrkaš, 2016).

Erwähnenswert ist auch, dass das Ministerium für Sozialpolitik und Jugend im Rahmen des Nationalen Jugendprogramms 2014-2017 die Bedeutung der Einführung der politischen Bildung anerkannt hat – eine der geplanten Maßnahmen war die Schaffung institutioneller Voraussetzungen für die Entwicklung der politischen Kompetenz junger Menschen. Das Programm sieht ausdrücklich vor, dass bis zum Schuljahr 2015/2016 die politische Bildung als Pflichtfach in der achten Klasse der Grundschule und in der ersten und zweiten Klasse der Sekundarschule eingeführt und gleichzeitig fächerübergreifend in der gesamten Primar- und Sekundarstufe unterrichtet werden soll. Aus all dem geht hervor,

dass das Thema Staatsbürgerkunde in diesem Zeitraum – zumindest auf deklaratorischer Ebene – in vielen Institutionen präsent war und im Rahmen der Bildungspolitik mit offensichtlichem Interesse der Zivilgesellschaft und der Medien diskutiert wurde. Auch die Zahl der wichtigsten Interessengruppen, die ihre Bereitschaft bekundeten, zu einer besseren Einführung und Umsetzung der Staatsbürgerkunde in den Schulen beizutragen, hat zugenommen.

Im Dezember 2013 setzte das Bildungsministerium eine Kommission ein, um die Umsetzung der politischen Bildung im Schuljahr 2014/2015 vorzubereiten. Die Aufgabe der Kommission bestand darin, einen fachlichen Rahmen für die Umsetzung des Lehrplans für politische Bildung zu entwickeln, wie er in den Artikeln 26 und 27 des Gesetzes über die Grund- und Sekundarschulbildung dargelegt ist. Grundlage für diesen fachlichen Rahmen war ein Forschungsbericht, der auf der Grundlage der Meinungen von Lehrkräften und Schüler\*innen Empfehlungen für mögliche Verbesserungen des Lehrplans enthielt. Im April 2014 wurde ein Entwurf des Lehrplans für Staatsbürgerkunde für Grund- und Sekundarschulen zur öffentlichen Konsultation vorgelegt. Die Ergebnisse dieser öffentlichen Konsultationen wurden jedoch nicht auf der Website des Ministeriums veröffentlicht, und der Vorschlag der Kommission zur Vorbereitung der Einführung des Fachs Staatsbürgerkunde für das Schuljahr 2014/2015 wurde ohne formelle Erklärung des Ministeriums zurückgezogen. Kurz darauf stellte die Kommission ihre Arbeit ein. Im Juli desselben Jahres wurde eine neue öffentliche Konsultation gestartet, diesmal zu dem Dokument mit dem Titel Entwurf eines Beschlusses über die Verabschiedung des Programms für fächerübergreifende und interdisziplinäre Inhalte in der politischen Bildung für Grund- und Sekundarschulen. Dieses Dokument war bis dahin nicht öffentlich bekannt gegeben worden (Pažur, 2017). Obwohl die Ergebnisse dieser Konsultation in Form einer Zusammenfassung veröffentlicht wurden, wurde die Öffentlichkeit erneut nicht über den Inhalt der eingegangenen Kommentare, die Verfasser oder den Anteil der angenommenen Vorschläge informiert (Pažur, 2016). Diese radikale Änderung des Modells der politischen Bildung

fiel mit einem Wechsel in der Ministerialposition zusammen. Es ist daher anzunehmen, dass die Aufgabe des Lehrplans für politische Bildung das Ergebnis des Personalwechsels war, der die politischen Prioritäten des Ministeriums neu definierte.

Die politische Bildung war auch Teil eines Versuchs, das kroatische Bildungssystem umfassend zu reformieren und zu modernisieren, bekannt als *Cjelovita kurikularna reforma* (Umfassende Lehrplanreform). Diese Reform basierte auf der zuvor verabschiedeten Strategie für Bildung, Wissenschaft und Technologie, die darauf abzielte, den Bedürfnissen der modernen Gesellschaft und des Arbeitsmarktes in Kroatien gerecht zu werden. Im Rahmen der Reform wurden zahlreiche relevante Lehrpläne entwickelt, wobei der Schwerpunkt auf Lernergebnissen, Kompetenzentwicklung und der Einführung fächerübergreifender Themen lag. So enthält beispielsweise der neue Lehrplan für Politik und Wirtschaft an Gymnasien erstmals ausdrücklich Themen wie Demokratie, Menschenrechte, aktive Bürgerschaft und politische Bildung. Der Regierungswechsel im Jahr 2015 führte jedoch auch zu einer Veränderung des politischen Klimas, wodurch sich der Reformprozess verlangsamte. Obwohl sie 2019 unter dem Titel *Škola za život* (Schule fürs Leben) offiziell begann, blieb die Reform weitgehend vage und fragmentiert (Gong, 2022). Im Rahmen derselben Reform verabschiedete das für Bildung zuständige Ministerium 2019 den Lehrplan für politische Bildung als fächerübergreifendes Thema (Ministerium für Wissenschaft und Bildung der Republik Kroatien, 2019). Gemäß diesem Lehrplan sollen Themen der politischen Bildung in alle bestehenden Schulfächer integriert werden. Die Inhalte sind in drei Hauptbereiche gegliedert – Demokratie, Menschenrechte und aktive Teilnahme am Gemeinschaftsleben – und die Lernergebnisse werden je nach Bildungstufe definiert.

**3.1.1.2.****Politik und Wirtschaft**

Obwohl es in der Grundschule kein Pflichtfach für politische Bildung gibt, wird das Fach Politik und Wirtschaft seit Jahrzehnten in der Sekundarstufe unterrichtet. Das Fach wurde bereits 1991 in das Schulsystem eingeführt. Es wurde als wichtiges Instrument konzipiert, um Schüler\*innen der Sekundarstufe politische und wirtschaftliche Kenntnisse zu vermitteln und die für eine aktive und verantwortungsbewusste Bürgerschaft erforderlichen Kompetenzen zu entwickeln. Allerdings ist es nicht an allen weiterführenden Schulen vertreten: Während es in akademischen Gymnasialprogrammen obligatorisch ist, wird es in Berufsschulen oft marginalisiert oder fehlt gänzlich. Der Lehrplan des Fachs wurde oft wegen seiner Veralterung, dem Mangel an zeitgemäßen und relevanten Inhalten und der schlechten Verbindung zu den Erfahrungen und dem Alltag junger Menschen kritisiert. Neue Lehrpläne und Reformmaßnahmen, wie die Reform der bereits erwähnten „Schule fürs Leben“, haben versucht, es zu modernisieren. Allerdings gibt es nach wie vor erhebliche Unterschiede in der Umsetzung an den verschiedenen Schultypen. Dieses Fach bleibt der beste Ersatz für formale politische Bildung, aber die begrenzte Anzahl von Unterrichtsstunden und die uneinheitliche Qualität der Umsetzung machen es schwierig, dieses Ziel zu erreichen. Bei den dreijährigen Programmen an Berufsschulen verschlechtert sich die Situation. Wie wir in der weiteren Analyse zeigen werden, wird „Politik und Wirtschaft“ als eigenständiges Fach vollständig aus diesen Bildungsprogrammen gestrichen, wodurch der Spielraum für eine systematische politische Bildung der Schüler weiter eingeschränkt wird.

**3.1.1.3.****Lokale Praktiken**

Da es keine umfassende und systematische politische Bildung an allen Schulen gibt, haben einige lokale Gemeinden und Schulen begonnen, eigene Modelle für außerschulische politische Bildung zu entwickeln. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die Städte Rijeka und Zagreb hervorzuheben. Das Rijeka-Modell der politischen Bildung wurde 2016 als Wahlfach in Grundschulen eingeführt. Es wurde in Zusammenarbeit zwischen Stadtbehörden, Bildungsexpert\*innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen entwickelt. Der Lehrplan des Rijeka-Modells basiert auf den Themen aktives Bürgerengagement, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, Freiwilligenarbeit und nachhaltige Entwicklung. Das Modell erwies sich als sehr erfolgreich, und seine erfolgreiche Umsetzung ermutigte andere Städte, ähnliche Programme einzuführen. Dazu gehört auch Zagreb, das 2021 mit der Umsetzung außerschulischer politischer Bildung in Grundschulen begann.

Gleichzeitig haben zivilgesellschaftliche Organisationen wie das Forum für Freiheit in der Bildung und das Zentrum für Friedensstudien Handbücher und Leitfäden für Schulen und Lehrkräfte entwickelt, um den institutionellen Mangel an Unterstützung in diesem Bereich auszugleichen. (Forum für Freiheit in der Bildung, 2021; Zentrum für Friedensstudien, 2021).

**3.1.1.4.****Schlussfolgerungen**

Die Geschichte der politischen Bildung in Kroatien spiegelt einen breiteren sozialen Kontext wider, in dem traditionelle Bildungsparadigmen ständig mit modernen Anforderungen an Inklusion, Partizipation und Modernisierung der Bildung kollidieren. Leider ist Kroatien auch eines der wenigen europäischen Länder, in denen politische Bildung bis zum Jahr 2025 nicht systematisch und effektiv institutionalisiert und in Grund- und weiterführenden Schulen umgesetzt wird. Die Ursachen für diese Situation sind komplex und vielschichtig. Frühere

Analysen (Šalaj, 2018) deuten jedoch darauf hin, dass das Hauptproblem im Mangel an politischem Willen liegt, insbesondere in der mangelnden Bereitschaft der kroatischen politischen Elite, Entscheidungen über die systematische und qualitativ hochwertige Entwicklung und Umsetzung von Programmen zur politischen Bildung zu treffen. Der Mangel an politischem Willen ist das Ergebnis eines spezifischen Verständnisses von Politik und Demokratie, das unter den kroatischen politischen Eliten weit verbreitet ist. Politik wird nur als Kampf um die Macht und, im Erfolgsfall, als Kampf um den Erhalt dieser Macht verstanden. Bürger\*innen stellen diejenigen dar, deren Stimmen Politiker\*innen benötigen, um ihre Ziele zu erreichen, und nicht aktive politische Akteur\*innen, die an wichtigen politischen Entscheidungen mitwirken müssen. Daher wird Politik nicht als kollektive Lösung gemeinsamer Probleme verstanden, an der sich möglichst viele Bürger\*innen beteiligen sollten, sondern als Kampf, dessen oberstes Ziel und Belohnung die Eroberung der Macht ist. Die Vernachlässigung und Marginalisierung der politischen Bildung im formalen Bildungssystem ist somit kein Zufall, sondern das Ergebnis einer bewussten politischen Entscheidung. Eine solche Entscheidung der kroatischen politischen Klasse spiegelt die Existenz einer Vision von Gesellschaft, Politik und Demokratie wider, in der die Beteiligung der Bürger\*innen am politischen Leben nicht als wichtig oder wertvoll angesehen wird und daher die Vorbereitung junger Menschen auf eine solche Beteiligung nicht als notwendig erachtet wird.

In diesem Zusammenhang gewinnen lokale Initiativen und Aktivitäten von Organisationen der Zivilgesellschaft zusätzlich an Bedeutung. Sie zielen darauf ab, die institutionelle Lücke zumindest teilweise zu schließen, die Kompetenzen junger Menschen zu stärken und Veränderungen von unten anzustoßen – trotz fehlender systematischer staatlicher Unterstützung.

## 3.1.2.

**POLITISCHE BILDUNG IN BERUFSSCHULEN:  
DIE AKTUELLE SITUATION**

Dieses Kapitel basiert auf unserer aktuellen Analyse (Šalaj, 2024), die eine systematische Ungleichheit im Ansatz der politischen Bildung zwischen Gymnasien und Berufsschulen in Kroatien aufgezeigt hat. Zusätzlich zu den Pflichtfächern Politik und Wirtschaft in der vierten Klasse haben Schüler\*innen von Gymnasien während ihrer gesamten Sekundarschulzeit mehrere weitere sozial-humanistische Fächer. Schüler\*innen von Berufsschulen hingegen haben in der Regel nur ein oder zwei Jahre lang Fächer wie Politik und Wirtschaft, oft ohne deren Integration in andere Lehrpläne. Dieser ohnehin schon begrenzte Raum für die Entwicklung staatsbürgerlicher Kompetenz wird durch die Reform der beruflichen Bildung, insbesondere durch die angekündigte Einführung des modularen Unterrichts ab dem Schuljahr 2025/2026, weiter eingeschränkt.

Die politische Bildung an Berufsschulen in Kroatien wird formal als Kombination aus einem vernetzten Modell und einem separaten Fach, dem bereits erwähnten Fach Politik und Wirtschaft, durchgeführt. Wie bereits erwähnt, hat das für Bildung zuständige Ministerium 2019 den Lehrplan für politische Bildung als fächerübergreifendes Fach verabschiedet. Gemäß diesem Lehrplan müssen die Inhalte der politischen Bildung in alle bestehenden Schulfächer integriert werden. Der Lehrplan gliedert sich in drei Hauptbereiche: Demokratie, Menschenrechte und aktive Beteiligung am Gemeinschaftsleben. Innerhalb dieser Bereiche variieren die Inhalte und Lernergebnisse je nach Bildungsstufe und Art des Programms. In dreijährigen Berufsschulen umfasst der Bereich Demokratie Themen wie Macht und Autorität, Wahlsysteme, Merkmale demokratischer und nichtdemokratischer Regime, die Regierungsbildung in der Republik Kroatien und die Institutionen der Europäischen Union. Im Bereich Menschenrechte lag der Schwerpunkt auf nationalen und internationalen Instrumenten zum Schutz der Menschenrechte, den Rechten nationaler Minderheiten und dem System zum Schutz der Menschenrechte in Kroatien. Der dritte Themenbereich

– aktive Beteiligung am Gemeinwesen – umfasst Themen wie Bürgerinitiativen, Gemeinschaftsprojekte, die Rolle der Zivilgesellschaft, die Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen und Freiwilligenarbeit.

Der zweite Teil der politischen Bildung in dreijährigen Berufsschulen wurde als separates Fach Politik und Wirtschaft durchgeführt, das mit zwei Stunden pro Woche – etwa 70 Stunden pro Jahr – unterrichtet wurde (Šalaj, 2024). Wie der Titel schon sagt, integriert das Fach Kenntnisse über politische und wirtschaftliche Phänomene. Zu den Hauptzielen im Bereich Politik gehören der Erwerb von Wissen über Politik als Phänomen, das Verständnis politischer Institutionen und Prozesse sowie die Förderung der Entwicklung einer politischen Kultur, die zur aktiven Teilnahme am politischen System ermutigt. Der politische Aspekt des Fachs umfasst in erster Linie die verfassungsrechtliche und politische Struktur Kroatiens, einschließlich Themen wie Staat, Parlament, Parlamentarismus, Wahlen und politische Parteien.

Formal könnte der oben beschriebene Rahmen darauf hindeuten, dass der aktuelle Stand der politischen Bildung an Berufsschulen in Kroatien nicht besonders ungünstig ist. Mehrere Studien (Baketa, 2024; Šalaj, 2018, 2024) weisen jedoch auf erhebliche Probleme und Mängel bei der Umsetzung der politischen Bildung in Schulen, insbesondere in Berufsschulen, hin. Die Anwendung des fächerübergreifenden Modells steht vor zwei zentralen Herausforderungen. Die erste ist die begrenzte Zeit, die Lehrkräften für die Behandlung von Themen der politischen Bildung zur Verfügung steht, da sie sich in erster Linie auf die Erreichung der Ziele ihres Fachs konzentrieren. Ein weiteres Problem ist die mangelnde Ausbildung einiger Lehrkräfte im Unterrichten von Themen im Zusammenhang mit Menschenrechten, Demokratie und Bürgerbeteiligung, weshalb sie diese Themen nach Möglichkeit oft vermeiden. Darüber hinaus fehlt es Lehrkräften oft an ausreichender Anleitung, Unterstützung oder hochwertigen Unterrichtsmaterialien, um die politische Bildung effektiv in ihre Arbeit zu integrieren.

Obwohl in den Jahresplänen und -programmen oft formal die Einbeziehung von Elementen der politischen Bildung erwähnt wird, bleibt deren tatsächliche Präsenz im Unterricht meist minimal, fragmentiert und symbolisch. Themen wie Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung, aktive Bürgerschaft und demokratische Teilhabe werden selten systematisch behandelt. Darüber hinaus ist es wichtig, auch die soziale Dimension des Problems zu berücksichtigen: Berufsschüler\*innen kommen oft aus wirtschaftlich und sozial benachteiligten Verhältnissen, in denen das Risiko sozialer Ausgrenzung höher ist. Der verwehrt Zugang zu hochwertiger politischer Bildung verstärkt ihre Marginalisierung noch weiter. Dadurch wird es für sie schwierig, die für eine aktive und gleichberechtigte Teilhabe an einer demokratischen Gesellschaft erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten zu entwickeln.

Eine besonders ungünstige Entwicklung der Situation ist im Fach Politik und Wirtschaft zu beobachten. Zwischen unserer ersten Studie (Šalaj, 2024) und der zweiten wurde eine endgültige Entscheidung über die Einführung neuer Lehrpläne für alle Berufsschulen getroffen (Ministerium für Wissenschaft, Bildung und Jugend, 2025). Das Hauptziel der verabschiedeten Lehrpläne ist die Stärkung der beruflichen Komponente der Ausbildung, und die Änderungen gehen auf die Initiative von Arbeitgebenden- und Handwerksverbänden zurück. Diese Verbände setzten sich für eine stärkere Ausrichtung der Berufsbildungsprogramme auf die für bestimmte Berufe erforderlichen spezifischen Kenntnisse und Fähigkeiten ein, entsprechend den Anforderungen des Arbeitsmarktes. In der Praxis führte dies zu einer Verringerung des Stundenanteils für allgemeinbildende Inhalte und einer parallelen Erhöhung des Anteils berufsbezogener Fächer und beruflicher Praxis. Aufgrund dieses Ansatzes wurden Politik und Wirtschaft vollständig aus dem Pflichtteil des Lehrplans dreijähriger Berufsausbildungsprogramme gestrichen. Ihre Inhalte können in Form von Modulen aufgenommen werden, die je nach Entscheidung der Schulleiter der einzelnen

Schulen optional oder außerschulisch sein können. Allerdings besteht auch in dieser Form die Möglichkeit, dass das Modul gar nicht angeboten wird. Da die Entscheidungen über die Umsetzung der Module keine klaren Kriterien enthalten, an denen sich die Schulleiter bei der Auswahl orientieren können, besteht Grund zur Sorge, dass bisher behandelte politische Themen in vielen dreijährigen Berufsschulen nicht mehr systematisch unterrichtet werden. Diese Entwicklungen erschweren vielen Schüler\*innen den Zugang zu politischer Bildung, insbesondere denen, die bereits zu bildungs- und sozial benachteiligten Gruppen gehören.

### 3.1.3. UMSETZUNG DER POLITISCHEN BILDUNG IN BERUFSSCHULEN: PERSPEKTIVEN VON SCHÜLER\*INNEN, LEHRKRÄFTEN, JUGENDARBEITENDEN UND EXPERT\*INNEN<sup>3</sup>

#### 3.1.3.1. Perspektive der Schüler\*innen

Im Rahmen von Fokusgruppen haben wir 28 Schüler aus vier Berufsschulen in verschiedenen kroatischen Städten einbezogen: Daruvar, Rijeka, Varaždin und Zagreb. In jeder Schule haben wir eine Fokusgruppe durchgeführt, um das Verständnis der Schüler\*innen von Politik, aktiver Bürgerschaft und politischer Bildung zu diskutieren. Die Schüler\*innen äußerten unterschiedliche Interpretationen des Begriffs „aktive Bürgerschaft“. Am häufigsten assoziieren sie ihn mit politischer Partizipation, vor allem mit der Teilnahme an Wahlen, aber sie erwähnten auch die Teilnahme an Protesten und Streiks, das Unterzeichnen von Petitionen und ehrenamtliches Engagement. Einige Schüler\*innen glauben, dass aktive Bürgerschaft auch die Einhaltung von Gesetzen und einen Beitrag zur Gemeinschaft umfasst. Eine Gruppe verband das Konzept ausdrücklich mit ihren Erfahrungen in der Schule und nannte Beispiele von Schüler\*innen, die sich aktiv für Verbesserungen im schulischen Umfeld einsetzen.

<sup>3</sup> Wir hatten auch beabsichtigt, Bildungsbehörden, nämlich Vertreter von Bildungsministerien und für die berufliche Bildung zuständigen Stellen, in unsere Studie einzubeziehen. Die Idee war, ihre Ansichten und Meinungen zum aktuellen Stand der politischen Bildung an Berufsschulen sowie zu den Aktivitäten, die sie in diesem Bereich durchführen, einzuholen. Leider haben die Bildungsbehörden trotz wiederholter Versuche nicht auf unsere Einladung reagiert und auch keine Erklärung für ihre Weigerung gegeben, an unserer Studie teilzunehmen. Vielleicht ist auch dies ein Indikator dafür, wie sie die Bedeutung der politischen Bildung in Berufsschulen einschätzen.

Das Konzept der politischen Bildung wird von den Schüler\*innen unterschiedlich verstanden: Einige verbinden es mit dem Fach Politik und Wirtschaft, andere sind sich nicht sicher, was der Begriff bedeutet, während eine dritte Gruppe, die eine bedeutende Größe darstellt, noch nie davon gehört hat und nicht weiß, worauf er sich bezieht. Unabhängig davon, wie vertraut sie mit dem Begriff sind, glauben die meisten Schüler\*innen, dass Themen wie Politik, Demokratie und bürgerschaftliches Engagement in ihren Schulen nur unzureichend oder oberflächlich behandelt werden.

Die meisten Schüler\*innen äußern Misstrauen gegenüber Politiker\*innen und dem politischen System, wobei einige behaupten, dass Wahlen oft manipuliert werden und Politiker\*innen korrupt und ineffektiv sind. Fast alle glauben, dass ihnen echte politische Macht fehlt und dass ihr politisches Engagement nicht zu bedeutenden Veränderungen führen kann. Dennoch äußerten einige Schüler\*innen den Wunsch, Wege – insbesondere konkrete Maßnahmen – kennenzulernen, mit denen sie sich schon vor Erreichen des Erwachsenenalters an politischen Prozessen beteiligen können. Sie sind sich auch der potenziellen Kraft kollektiver, gemeinschaftlicher Aktionen bewusst und erkennen insbesondere die wichtige Rolle der sozialen Medien für das politische Engagement an.

Die meisten Schüler\*innen sind nicht an der politischen Bildung interessiert, wie sie derzeit in Berufsschulen umgesetzt wird, die sie, wie bereits erwähnt, im Allgemeinen mit dem Fach Politik und Wirtschaft gleichsetzen. Sie halten das Fach in seiner derzeitigen Form für zu theoretisch, langweilig und realitätsfern. Sie äußern den Wunsch, diese Themen durch praktische Erfahrungen und Beispiele aus dem Alltag zu lernen. Sie listeten zahlreiche Themen, Methoden und Aktivitäten auf, die sie gerne öfter im Unterricht sehen würden, und alle betonten die Notwendigkeit von Unterrichtseinheiten, die Diskussionen, Simulationen, Treffen mit Entscheidungsträgern und andere Formen des aktiven Lernens beinhalten. Einige Schüler\*innen sind beispielsweise der Meinung, dass die politische Bildung praktische Lebenskompetenzen umfassen sollte, die nach dem Schulabschluss von Nutzen sind, wie z. B. das

Verfassen von Lebensläufen und Anschreiben sowie Fähigkeiten zur Stellensuche. Andere sind der Meinung, dass die politische Bildung Exkursionen umfassen sollte, beispielsweise Besuche bei Institutionen wie dem Parlament oder Treffen mit Politiker\*innen. Im Allgemeinen sind die Schüler\*innen der Meinung, dass sich die Schule zu sehr auf die Vergangenheit konzentriert und zu wenig auf zukunftsorientierte Themen und praktische Aspekte, die mit ihrer Berufsausbildung in Verbindung stehen.

Da es sich bei den Befragten um Schüler\*innen von Berufsschulen handelte, war es spannend, ihr Wissen und ihre Einstellung zu Arbeitnehmerrechten und Gewerkschaften zu erkunden. Die meisten Schüler\*innen gaben an, dass Gewerkschaften während ihrer Ausbildung selten thematisiert werden. Viele hatten zwar schon von Gewerkschaften als Organisationen gehört, aber ihr Wissen über konkrete Aktivitäten ist nach wie vor begrenzt. Einige Schüler\*innen wissen, dass Gewerkschaften sich für den Schutz der Arbeitnehmerrechte und die Organisation von Streiks einsetzen, während andere sich nicht sicher sind, was diese Organisationen tun. Die Schüler\*innen äußerten auch den Wunsch, dass Gewerkschaftsvertreter Schulen besuchen und Informationen über ihre Rechte mit Arbeitgebenden austauschen.

Unter den Schüler\*innen gibt es keine einheitliche Meinung hinsichtlich des Gleichgewichts zwischen allgemeinbildenden und berufsbezogenen Fächern oder der Organisation der praktischen Ausbildung. Während einige das derzeitige Verhältnis zwischen allgemeinbildenden und berufsbezogenen Inhalten für zufriedenstellend halten, würden andere gerne mehr allgemeinbildende Fächer sehen. Auch die Meinungen zur praktischen Ausbildung gehen auseinander. Einige Schüler\*innen äußern sich zufrieden mit der derzeitigen Organisation und ihren Beziehungen zu den Mentor\*innen. Andere hingegen berichten, dass sie während der Praxis die meiste Zeit mit ihren Handys verbringen, weil sie nicht genügend Arbeit oder Aufgaben zu erledigen bekommen.

### 3.1.3.2.

#### *Perspektive der Lehrkräfte*

Um die Einstellung von Berufsschullehrkräften zur politischen Bildung zu verstehen, haben wir Fokusgruppen in vier kroatischen Städten durchgeführt: Daruvar, Rijeka, Varaždin und Zagreb. In jeder Stadt wurde eine Fokusgruppe mit jeweils sieben Lehrkräften organisiert. Die Lehrkräfte unterrichteten verschiedene allgemeinbildende Fächer, am häufigsten Politik und Wirtschaft, Geschichte, kroatische Sprache, Wirtschaftsfächer und Fremdsprachen.

Die Lehrkräfte verstehen politische Bildung vor allem als einen Bestandteil der Schulbildung, der darauf abzielt, politische, finanzielle und mediale Kompetenz und vor allem kritisches Denken zu fördern. Sie sind der Meinung, dass politische Bildung die Schüler\*innen dazu ermutigen sollte, sich aktiv in ihren Gemeinschaften zu engagieren und ein Gefühl für staatsbürgerliche Verantwortung zu entwickeln. Einige Lehrkräfte betonen, dass diese Art der Bildung insbesondere die Akzeptanz von Pluralismus und den Respekt vor unterschiedlichen Meinungen fördern sollte. Die an der Studie beteiligten Lehrkräfte setzen politische Bildung nicht nur im Fachunterricht um, sondern auch durch Feldarbeit und außerschulische Aktivitäten. Sie heben insbesondere den Einsatz von Wahlsimulationen, Filmvorführungen, die Organisation humanitärer Initiativen und Besuche bei Institutionen und Unternehmen hervor.

Fast alle Lehrkräfte, die an den Fokusgruppen teilnahmen, äußerten sich unzufrieden mit dem aktuellen Stand der politischen Bildung an Berufsschulen und kritisierten insbesondere das fächerübergreifende Umsetzungsmodell. In Berufsschulen wird dieses Modell ohne systematische Unterstützung durch das Ministerium oder relevante Behörden durchgeführt, sodass es von der persönlichen Initiative engagierter Lehrkräfte abhängt. Infolgedessen nehmen viele Lehrkräfte Themen der politischen Bildung formal in ihre Unterrichtsdokumentation auf, obwohl diese Aktivitäten in der Praxis selten oder gar nicht umgesetzt werden. Politische Bildung existiert daher in Berufsschulen oft nur „auf dem Papier“, während ihre tatsächliche Präsenz minimal ist.

Zusätzlich zu den Problemen mit dem fächerübergreifenden Ansatz hoben fast alle Lehrkräfte zahlreiche weitere Herausforderungen bei der Umsetzung der politischen Bildung in Berufsschulen hervor. Als Hauptmangel identifizierten sie das Fehlen einer strukturierten Zeit, die ausdrücklich für die politische Bildung vorgesehen ist. Die Lehrkräfte betonten, dass sie im Rahmen ihrer Fächer nicht genügend Zeit haben, um Themen der politischen Bildung systematisch und effektiv zu behandeln. Hinzu kommt der Mangel an Unterrichtsmaterialien, insbesondere Lehrbüchern, die die Lehrkräfte verwenden könnten. Einige der Herausforderungen hängen auch mit den Schüler\*innen selbst zusammen, von denen viele nicht motiviert sind, sich mit staatsbürgerlichen Themen zu beschäftigen, und tendenziell Desinteresse an Politik und politischen Prozessen zeigen. Einige Schüler\*innen glauben, dass diese Inhalte für sie nicht relevant sind, da sie so schnell wie möglich in den Arbeitsmarkt eintreten und ein Gehalt verdienen möchten. Darüber hinaus berichteten Lehrkräfte, dass einige Schüler\*innen, die eindeutig von anderen Sozialisationsinstanzen beeinflusst sind, fremdenfeindliche und rassistische Einstellungen äußern.

Darüber hinaus stellen die Lehrkräfte fest, dass in Berufsschulen unter den Schüler\*innen – und sogar unter einigen Lehrkräften – die Meinung vorherrscht, dass sozial- und geisteswissenschaftliche Fächer weniger wichtig sind und nicht zu viel Aufmerksamkeit erhalten sollten. Einige Lehrkräfte betonen, dass zukünftige Forschungsarbeiten auch Lehrkräfte für berufsbezogene Fächer einbeziehen sollten, um Einblicke in ihre Ansichten zur politischen Bildung zu gewinnen. Lehrkräfte, die derzeit politische Bildung umsetzen, heben auch das Problem der unzureichenden finanziellen Mittel für die Organisation von Exkursionen und außerschulischen Aktivitäten hervor. Einige Lehrkräfte äußerten sich zur bevorstehenden Reform des berufsbildenden Lehrplans und äußerten sich besorgt über die Kürzung der für allgemeinbildende Inhalte vorgesehenen Zeit. Sie glauben, dass das Ziel einer solchen Reform darin besteht, den Eintritt der Schüler\*innen in den

Arbeitsmarkt zu beschleunigen, was auf Kosten der soziokulturellen Funktion der Bildung sowie der Qualität der beruflichen Ausbildung geht. Nach Ansicht einiger Lehrkräfte spiegelt dies ein grundlegend fehlerhaftes Bildungsparadigma wider, das ausschließlich die Ethik der individuellen Leistung der Schüler\*innen fördert und dabei die Werte der aktiven Teilnahme am Gemeinschaftsleben und der Solidarität vernachlässigt.

Obwohl sie einräumten, dass die meisten Schüler\*innen kein besonderes Interesse an politischer Bildung haben, stellten einige Lehrkräfte fest, dass die Schüler\*innen positiver reagieren, wenn die Inhalte interaktiv und lebensnah präsentiert werden. Sie betonten insbesondere, wie wichtig es ist, Themen der politischen Bildung mit den Alltagserfahrungen der Schüler\*innen zu verknüpfen, da dies zu einer größeren Beteiligung im Unterricht führt.

Die Lehrkräfte gaben zahlreiche Vorschläge und Empfehlungen zur Verbesserung der Qualität der politischen Bildung an Berufsschulen. Fast alle waren sich einig, dass ein separates Fach mit klar definierten Zielen, Inhalten und Unterrichtsmaterialien eingeführt werden sollte. Darüber hinaus ist eine kontinuierliche Unterstützung der beruflichen Weiterbildung der Lehrkräfte sowohl in Bezug auf die Inhalte als auch auf die pädagogischen Ansätze unerlässlich. Es ist wichtig, die besonderen Merkmale von Berufsschulen zu berücksichtigen und Methoden zu entwickeln, die die politische Bildung für ihre Schüler\*innen relevant machen. Die Lehrkräfte betonen insbesondere die Bedeutung der praktischen Arbeit und der Verknüpfung von Themen mit realen Lebenssituationen der Schüler\*innen. Die schulische politische Bildung sollte in der lokalen Gemeinschaft verwurzelt sein, d. h. mit den Aktivitäten öffentlicher Einrichtungen und zivilgesellschaftlicher Organisationen verbunden sein. Das vorrangige Ziel all dieser Bemühungen ist nach Ansicht der Lehrkräfte die Förderung des kritischen Denkens.

Einige Lehrkräfte weisen darauf hin, dass sie aufgrund der mangelnden Unterstützung der Bildungsbehörden für die berufliche Weiterbildung an Schulungen teilnehmen, die von zivilgesellschaftlichen Organisationen organisiert werden.

### 3.1.3.3.

#### *Perspektive der Jugendarbeitenden*

Eine der Teilnehmergruppen unserer Studie besteht aus Pädagogen, die überwiegend aus zivilgesellschaftlichen Organisationen stammen und informelle Programme zur politischen Bildung für Jugendliche anbieten. Wir haben eine Fokusgruppe und Interviews mit insgesamt neun solchen Pädagogen aus verschiedenen Verbänden durchgeführt. Diese Jugendarbeiter haben mit Schüler\*innen von Berufsschulen gearbeitet, und eine interessante erste Erkenntnis ist, dass Schüler\*innen dieser Schulen oft mehr Begeisterung zeigen als ihre Altersgenossen aus anderen Schultypen. Die Pädagogen führen dies darauf zurück, dass diese Schüler\*innen deutlich weniger Möglichkeiten haben, an informellen Programmen zur politischen Bildung teilzunehmen.

Aufgrund ihrer Erfahrungen identifizierten die Pädagogen mehrere Themen, die das Interesse und Engagement der Jugendlichen besonders wecken, sowie Elemente, die Widerstand gegen die Schulung auslösen. Themen im Zusammenhang mit Menschenrechten, insbesondere wenn sie mit Hilfe der Methode der lebenden Bibliothek und unter Einbeziehung persönlicher Erzählungen behandelt werden, sind besonders motivierend. Auch Ökologie und Klimawandel, Freiwilligenarbeit und politische Themen, die durch Simulationsmethoden vorgestellt werden, stoßen auf große Begeisterung. Sie betonen, dass Situationen, in denen die Schüler\*innen selbst Aktivitäten in ihrer Gemeinde entwerfen und durchführen, besonders empowernd sind. Im Gegensatz dazu stellen die Pädagogen fest, dass traditionelle, vorlesungsbasierte Ansätze häufig Widerstand und Desinteresse bei den jungen Teilnehmenden hervorrufen.

Fast alle Pädagog\*innen arbeiteten bei der Umsetzung ihrer Programme mit Schulen zusammen, meist im Rahmen von Projektpartnerschaften oder auf direkte Einladung von Lehrkräften. Durch diese Zusammenarbeit identifizierten sie mehrere Herausforderungen, die eine effektivere Zusammenarbeit behindern und sich auf drei Ebenen zeigen: bei den Schüler\*innen, bei den Lehrkräften und im Bildungssystem. Bei einigen Schüler\*innen besteht eine Zurückhaltung, sich an

offenen und kritischen Diskussionen über bestimmte kontroverse Themen wie psychische Gesundheit oder sexuelle Orientierung zu beteiligen. Was die Lehrkräfte betrifft, so weisen einige unzureichende Fachkenntnisse sowie begrenzte didaktische Kompetenzen bei der Arbeit mit Themen der politischen Bildung auf. Darüber hinaus vermeiden es einige Lehrkräfte, sensible Themen anzusprechen, aus Angst, dass sie damit Unzufriedenheit bei Eltern oder anderen Mitarbeitenden hervorrufen könnten. Auf Systemebene betonen die Pädagog\*innen den völligen Mangel an Unterstützung durch die Bildungsbehörden, was bedeutet, dass Projekte zur politischen Bildung oft vom individuellen Engagement bestimmter Lehrkräfte abhängen. Sie weisen auch darauf hin, dass die Zusammenarbeit zwischen Schulen und zivilgesellschaftlichen Organisationen durch übermäßige Bürokratisierung behindert wird, was die Entwicklung hochwertiger Projekte und Programme erschwert.

Die meisten Jugendarbeitenden sind der Meinung, dass ihre staatsbürgerlichen Programme trotz der zuvor beschriebenen Herausforderungen durchweg bedeutende und nachhaltige positive Auswirkungen haben. Sie nennen Beispiele von Schüler\*innen, die nach der Teilnahme an informellen Programmen aktive Mitglieder oder Freiwillige in verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen geworden sind.

Jugendarbeitende sind der Meinung, dass es erheblichen Spielraum für eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Zivilgesellschaft gibt. Als wichtige Empfehlung betonen sie die Notwendigkeit, zivilgesellschaftliche Organisationen systematisch in das öffentliche Bildungssystem zu integrieren, insbesondere in die politische Bildung, um einen dauerhaften Rahmen für eine kontinuierliche Zusammenarbeit zu schaffen. Sie argumentieren, dass zivilgesellschaftliche Organisationen praktischere und partizipativere Lehrmethoden in den Unterricht einbringen würden. Sie betonen jedoch, dass eine solche Veränderung zunächst die formelle Anerkennung der Bedeutung der politischen

Bildung durch die Bildungsbehörden erfordert. Interessanterweise weisen einige Pädagog\*innen darauf hin, dass der Begriff *građanski odgoj* (politische Bildung) im kroatischen Kontext eine erhebliche politische und ideologische Bedeutung hat, da er überwiegend mit linken politischen Ideologien in Verbindung gebracht wird. Aus diesem Grund schlagen sie vor, dass es notwendig sein könnte, eine andere Bezeichnung für diesen Bildungsbereich in Betracht zu ziehen.

#### 3.1.3.4.

##### **Perspektive der Expert\*innen**

Eine der Perspektiven, die wir einbeziehen wollten, war die der Expert\*innen, weshalb wir strukturierte Interviews mit vier Expert\*innen durchgeführt haben. Drei von ihnen sind Wissenschaftler aus Universitäten und Forschungsinstituten, die zahlreiche Studien im Bereich der politischen Bildung und Jugendbeteiligung durchgeführt und sowohl wissenschaftliche als auch fachliche Arbeiten zu diesem Thema veröffentlicht haben. Darüber hinaus waren alle drei an der Umsetzung formeller und informeller Programme zur politischen Bildung für junge Menschen beteiligt. Der vierte Experte arbeitet für eine Gewerkschaft, die Arbeitnehmende im privaten Sektor vertritt, und konzentriert sich auf Erwachsenenbildung und Arbeitsmarktfragen.

Alle Expert\*innen sind sich einig, dass politische Bildung ein wichtiger Bereich des Bildungssystems ist, durch den Schüler\*innen die Werte aktiver Bürgerschaft, Solidarität und die Bereitschaft, gesellschaftliche Probleme gemeinsam anzugehen, verinnerlichen sollten. Sie sind auch der Meinung, dass politische Bildung ein Schlüsselement bei der Modernisierung des kroatischen Bildungssystems sein sollte, indem sie mit aktuellen sozialen und politischen Entwicklungen verknüpft wird. Ein wesentlicher Bestandteil einer solchen Bildung wäre auch, die Schüler\*innen auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten, insbesondere indem man ihnen hilft, ihre Rechte und Möglichkeiten als zukünftige Arbeitnehmende zu verstehen.

Alle befragten Expert\*innen sind mit dem aktuellen fächerübergreifenden Modell der Umsetzung der politischen Bildung an kroatischen Schulen vertraut und vertreten gleichzeitig die Ansicht, dass politische Bildung in erster Linie auf einer deklarativen Ebene existiert. Tatsächlich wird sie selten praktiziert. Sie bewerten die Situation in Berufsschulen als besonders negativ. Einige der Herausforderungen – wie unzureichende Unterrichtszeit, Mangel an Unterrichtsmaterialien und begrenzte institutionelle Unterstützung – gelten auch für andere Arten von Sekundarschulen, aber Berufsschulen stehen vor zusätzlichen Schwierigkeiten. So hatten beispielsweise die meisten Lehrkräfte, die in Berufsschulen Staatsbürgerkunde unterrichten sollten, während ihrer universitären Ausbildung keinen Kontakt zu diesen Themen und fühlen sich daher nicht ausreichend kompetent, sie zu unterrichten. Darüber hinaus stellen die Expert\*innen fest, dass Staatsbürgerkunde in Berufsschulen oft als weniger wertvoll oder sogar unwichtig angesehen wird. Ein Experte stellte fest, dass eine beträchtliche Anzahl von Schulleitenden berufsbildender Schulen die politische Bildung für ihre Schüler\*innen nicht für notwendig oder relevant hält. Einige Schulleitende betrachten politische Bildung als ein potenziell kontroverses Thema, das zu ideologischen Konflikten führen könnte, und sehen sie daher als unnötige Belastung an.

All diese Probleme führen dazu, dass Berufsschüler\*innen eher darauf vorbereitet werden, gehorsame Arbeitnehmende zu werden, als aktive Bürger\*innen. Berufsschulen fördern eher eine Kultur der Unterwürfigkeit und Gehorsamkeit als eine demokratische politische Kultur, die auf Bürgerbeteiligung und kritischer Reflexion über soziale und politische Prozesse basiert. Ein Experte betonte, dass kroatische Berufsschulen heute in erster Linie Orte der „Produktion“ von Arbeitnehmenden und nicht von Bürger\*innen sind.

Die kürzlich verabschiedeten Reformen der beruflichen Bildung werden von Expert\*innen als schlecht vorbereitet angesehen, da die Gewerkschaften aus dem Prozess ausgeschlossen wurden. Gleichzeitig kamen die führenden Stimmen von Arbeitgeber- und Handwerksverbänden. Die von einer Gewerkschaft beschäftigte

Expertin betont, dass die Schüler nur sehr wenig über Gewerkschaften und Arbeitnehmerrechte wissen. Sie merkt an, dass Gewerkschaften Bildungsworkshops und -materialien entwickelt haben, aber weder die Bildungsbehörden noch die Schulen selbst Interesse daran gezeigt haben, diese in den Lehrplan zu integrieren. Ihrer Meinung nach war die Reform eine verpasste Gelegenheit, das Thema Arbeitnehmerrechte in den Lehrplan der Berufsschulen aufzunehmen.

Alle befragten Expert\*innen sind sehr skeptisch – zumindest kurz- und mittelfristig. Sie sind sich einig, dass die grundlegende Voraussetzung für sinnvolle Fortschritte eine politische Führung ist, die die Bedeutung der politischen Bildung anerkennt und deren wirksame Umsetzung aktiv unterstützt. Sollte eine solche Regierung entstehen, wäre der erste Schritt, die Ziele und das Modell der politischen Bildung klar zu definieren und sie als eigenständiges Fach in allen Berufsschulen zu implementieren. Gleichzeitig müsste eine hochwertige Lehrkräfteausbildung und berufliche Weiterbildung sichergestellt werden. Die Expert\*innen betonen insbesondere die Bedeutung der in Berufsschulen angewandten Methoden und heben hervor, dass die politische Bildung eng mit den aktuellen Herausforderungen, Problemen und Frustrationen der Schüler\*innen, also ihrem realen Leben, verbunden sein muss. Das Ziel der politischen Bildung besteht nicht nur darin, theoretische Themen zu behandeln, sondern den Schüler\*innen zu zeigen, dass konkrete Probleme durch überlegtes soziales und politisches Engagement angegangen werden können.

## 3.2.

## RUMÄNIEN

## 3.2.1.

## DIE GESCHICHTE DER POLITISCHEN BILDUNG

Politische Bildung spielt eine entscheidende Rolle bei der Heranbildung aktiver, informierter und verantwortungsbewusster Bürger\*innen in einer demokratischen Gesellschaft. In Rumänien ist die Entwicklung der politischen Bildung eng mit dem Übergang vom kommunistischen Regime zur Demokratie verbunden, der in den 1990er Jahren begann. Wir werden die Entwicklung der politischen Bildung im öffentlichen Bildungssystem von den Anfängen des demokratischen Übergangs bis zur Gegenwart nachzeichnen und dabei ihre Umsetzung sowohl in der Primar- als auch in der Sekundarstufe untersuchen.

## 3.2.1.1.

## Vor 1990 und 1990

Während des kommunistischen Regimes wurde die politische Bildung als eine Form der ideologischen Erziehung konzipiert und diente als Instrument zur Massenindoktrination. Mindestens drei Fächer, die im rumänischen kommunistischen Lehrplan enthalten waren, basierten ausschließlich auf Ideologie, nämlich Verfassung (in der 7. Klasse), Sozialpolitische Bildung (in der 10. Klasse) und Politische Bildung (eine Stunde alle zwei Wochen für alle Schüler der 5. bis 12. Klasse). Infolgedessen musste nach der Revolution von 1989 der Ansatz für den Unterricht in Staatsbürgerkunde aktualisiert werden, um dem Übergang des Landes zu einem demokratischen Regime zu entsprechen und diesen zu unterstützen (Paunescu & Alexandrescu, 2009).

Nach dem Sturz der Diktatur von Nicolae Ceaușescu und dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes wurden die im Kommunismus verwurzelten ideologischen Inhalte aus dem rumänischen Bildungssystem entfernt. Bereits im Februar 1990 wurden Fächer wie Staatsbürgerkunde, Wirtschaft, Sozialpolitik, Politische Ökonomie und Philosophie durch Kurse ersetzt, die sich auf die demokratische Kultur konzentrierten und als Einführung in die Prinzipien und Herausforderungen eines demokratischen politischen Systems dienten (Bunescu et al., 1999).

Nach dem Regimewechsel von 1989 wurden jedoch noch mehrere Jahre lang die alten Geschichtsbücher aus der kommunistischen Ära weiter verwendet, wenn auch ohne die offenen politischen Inhalte. Die politische Bildung wurde 1992 offiziell in den Grund- und weiterführenden Schulen eingeführt, vor allem aufgrund des Drucks der antikommunistischen Zivilgesellschaft. Diese Gruppen setzten sich für eine demokratische Bildung junger Menschen ein, mit dem Ziel, eine Generation von Bürger\*innen heranzubilden, die in der Lage ist, sich von dem kommunistischen Erbe zu distanzieren, das noch immer über der rumänischen Gesellschaft schwebte. Trotz der Aufnahme der politischen Bildung in den Lehrplan gab es zunächst keine speziellen Lehrbücher (Rusu, 2019).

## 3.2.1.2.

## 1995–1998

Nach der Verabschiedung eines neuen Bildungsgesetzes im Jahr 1995 waren die Bildungsreformen in Rumänien in vollem Gange. Eines der Ziele der Reform war es, junge Menschen zu erziehen, indem man den Respekt für Menschenrechte und Freiheiten förderte, ein Gefühl für Würde und Toleranz kultivierte, den freien Meinungs-austausch förderte und Sensibilität für menschliche Probleme sowie ethische, staatsbürgerliche und religiöse Werte entwickelte (Bunescu et al., 1999).

Die politische Bildung wurde 1997 zu einem festen Bestandteil des achtjährigen Pflichtlehrplans und auch in die Grundschulbildung eingeführt. Sie wird nun in den Klassen 3–4 und 7–8 mit einer Stunde pro Woche (36 Stunden pro Jahr) unterrichtet. Der Inhalt konzentrierte sich auf demokratische Institutionen und Prinzipien, einschließlich Rechte und Pflichten, die Funktionen der Regierungszweige, die öffentliche Verwaltung und das Rechtssystem. Zu den Kernkonzepten gehörten nationale Identität, öffentliches Wohl, Patriotismus und rumänische Einheit (Cosma, 1994, S. 83). Die Lehrmethoden legen jedoch häufig den Schwerpunkt auf kognitive Ziele und expositorische Techniken, wobei die emotionale oder ethische Entwicklung nur begrenzt berücksichtigt wird (Bunescu et al., 1999).

Im Jahr 1998 wurde im Rahmen einer umfassenden Bildungsreform der nationale Lehrplan weiter umstrukturiert und der Schulbuchmarkt durch die Einführung alternativer Lehrbücher liberalisiert (Ministerul Educației Naționale, 1998). Infolgedessen konnte sich die politische Bildung allmählich von den Überresten der Ideologie der kommunistischen Ära lösen und Inhalte übernehmen, die kritisches Denken, aktive Bürgerschaft und demokratische Teilhabe in den Vordergrund stellten.

Die politische Bildung im Rahmen dieser Reform zielte darauf ab, zur ganzheitlichen Entwicklung der Schüler\*innen als aktive Bürger\*innen beizutragen, ihnen die Moralvorstellungen und Werte einer demokratischen Gesellschaft zu vermitteln und ihre Eigeninitiative in ihrer Entwicklung zu fördern. Allerdings gab es deutliche Unterschiede zwischen der Konzeption und der

Umsetzung dieser Konzepte. Traditionelle Unterrichtsstrategien dominierten nach wie vor gegenüber moderneren Ansätzen, was sich negativ auf die Umsetzung des Lehrplans auswirkte. Die Lehrkräfte waren nicht ausreichend auf den neuen Ansatz vorbereitet, was dazu führte, dass das Fach Staatsbürgerkunde einen relativ geringen Stellenwert behielt. Infolgedessen wurde es manchmal von Lehrkräften anderer Fachrichtungen unterrichtet, um ihre Unterrichtsstunden zu erfüllen (Sava, Fartusnic und Iacobescu, 2022).

### 3.2.1.3. 2007 - heute

Der Beitritt Rumäniens zur Europäischen Union im Jahr 2007 markierte auch eine bedeutende Veränderung im Ansatz der politischen Bildung. Die Bestrebungen nach europäischer Integration zwangen die Behörden dazu, sich in allen Bereichen, einschließlich des Bildungswesens, an europäische Standards zu halten. Eine wichtige Entwicklung war die Verabschiedung des Ministerialerlasses Nr. 1529 am 18. Juli 2007, bekannt als Diversity Order (Vielfalt-Erlass), der die Aufnahme von Kriterien zur Berücksichtigung der Vielfalt in den Lehrplan und das Genehmigungsverfahren für Lehrbücher vorschrieb (Szakacs, 2016).

Im Jahr 2011 führte die Verabschiedung des Gesetzes Nr. 1/2011 über die nationale Bildung zur formellen Übernahme von acht Schlüsselkompetenzen, die von der Europäischen Kommission empfohlen wurden. Rumänien wurde damit zu einem der wenigen EU-Länder, die diese Kompetenzen kohärent in den nationalen Lehrplan integrierten (Sava, Fartusnic und Iacobescu, 2022). Zu diesem Zweck befasste sich das Gesetz von 2011 ausdrücklich mit der Anerkennung und Ausweitung der Rechte kultureller Minderheiten innerhalb des Bildungssystems. Bemerkenswert ist, dass eine Erklärung, die von den Schulen die Pflege der „Liebe zum Land, zur historischen Vergangenheit und zu den Traditionen des rumänischen Volkes“ forderte, aus dem Leitbild der Schulen gestrichen wurde, was auf eine Entwicklung hin zu einer inklusiveren, globalisierenden Rhetorik hindeutet (Szakacs, 2016).

Das Jahr 2013 markierte den Beginn der zweiten großen Lehrplanreform in Rumänien. Diese Reform zielte darauf ab, eine kompetenzbasierte Bildung zu gewährleisten und das rumänische System an die sich entwickelnden europäischen Entwicklungen im Bereich des kompetenzbasierten Lehrens und Lernens anzupassen. Die Umsetzung dieser Änderungen begann schrittweise, beginnend mit der Grundschulbildung im Schuljahr 2013/2014.

Im Rahmen dieser Umgestaltung wurde 2013 ein neuer Rahmenplan für die Grundschulbildung entwickelt, der einen integrativen Unterrichtsansatz verfolgt, der sich auf das Erreichen spezifischer Lernergebnisse und die Entwicklung von Kompetenzen konzentriert. Obwohl die für die politische Bildung in der Grundschule vorgesehene Zeit im neuen Lehrplan bei einer Stunde pro Woche blieb, wurden die Lernergebnisse entscheidend geändert, um dieses neue kompetenzbasierte Modell zu fördern (Sava, Fartusnic und Iacobescu, 2022).

Der Lehrplan für die Sekundarstufe wurde ab 2017 erheblich geändert, wobei Fächer im Zusammenhang mit der sozialen Bildung für alle Schüler\*innen der Klassen 5 bis 8 eingeführt wurden. Dies markierte einen Wandel, bei dem nach der Grundschulbildung, die staatsbürgerliche Bildung umfasste, die untere Sekundarstufe verschiedene Fächer unter dem Dach der sozialen Bildung (die das bisherige Fach „Staatsbürgerkunde“ ersetzte) zusammenfasste, um soziale und staatsbürgerliche Kompetenzen als Teil des obligatorischen Kernlehrplans zu festigen. Diese Reform verfolgte einen breiteren, differenzierteren und integrativeren Ansatz für staatsbürgerliche und soziale Kompetenzen, der sich am kompetenzbasierten Lehrplanmodell orientierte. Innerhalb dieser neuen Struktur erhielt jedes Jahr der Sekundarstufe I einen spezifischen thematischen Schwerpunkt: Kritisches Denken und Menschenrechte in der 5. Klasse, Interkulturelle Bildung in der 6. Klasse, Erziehung zur demokratischen Bürgerschaft in der 7. Klasse und Wirtschafts- und Finanzbildung in der 8. Klasse (Sava, Fartusnic und Iacobescu, 2022).

### 3.2.2. POLITISCHE BILDUNG IN BERUFSSCHULEN: DIE AKTUELLE SITUATION

Das rumänische öffentliche Bildungssystem, das nach den neuen Gesetzen über die voruniversitäre und höhere Bildung (Juli 2023) strukturiert ist, umfasst die frühkindliche Bildung, die Grundschule, die Sekundarstufe I, die Sekundarstufe II, die postsekundäre Bildung und die höhere Bildung. Innerhalb der Sekundarstufe II können die Schüler\*innen theoretische, technologische oder berufliche Bildungswege einschlagen. Der technologische Bildungsweg umfasst eine Reihe von Profilen, die von Elektromechanik und Landwirtschaft bis hin zur Lebensmittelindustrie und Medienproduktion reichen und darauf abzielen, den Schüler\*innen sowohl allgemeine als auch spezialisierte Fähigkeiten zu vermitteln.

Die Schüler\*innen, die an technischen Gymnasien eingeschrieben sind, machen einen erheblichen Teil der gesamten Gymnasiasten aus, in den letzten Jahren zwischen 40 % und 46 %. Berufsschulen haben hingegen einen geringeren Anteil, der zwischen 6,92 % und 9,31 % der Schüler\*innen liegt.

In rumänischen technischen Gymnasien verlagert sich der Schwerpunkt des Lehrplans allmählich von der allgemeinen theoretischen Bildung hin zur fachspezifischen technischen Ausbildung. In der 9. Klasse sind etwa 60 % des Unterrichts theoretischer Natur und umfassen Fächer wie Rumänisch, Mathematik und Naturwissenschaften, während die technische Ausbildung gerade erst beginnt. In der 12. Klasse machen technische Fächer etwa 70 % des Lehrplans aus, was einen intensiven Fokus auf praktischen und fachspezifischen Unterricht widerspiegelt, der für die von den Schüler\*innen gewählten Fachrichtungen relevant ist.

Trotz dieser soliden Strukturen für die technische und berufliche Ausbildung ist die Integration der politischen Bildung in die berufliche Bildung weniger eindeutig und oft sporadisch.

#### 3.2.2.1. *Primar- und Sekundarstufe I*

Politische Bildung wird im rumänischen Schulsystem früh eingeführt. In der Grundschule (3. und 4. Klasse) ist sie ein obligatorisches wöchentliches Fach, das sich auf die Vermittlung grundlegender moralischer und staatsbürgerlicher Verhaltensweisen konzentriert. Die Schüler\*innen lernen Freundlichkeit, Ehrlichkeit, Zusammenarbeit, Verantwortung und Respekt anhand von Themen wie persönliche Identität, soziale Zugehörigkeit und moralische Werte. In der Sekundarstufe I (Klassen 5 bis 8) geht die politische Bildung in einen breiteren sozialpädagogischen Rahmen über. In den ersten Jahren liegt der Schwerpunkt auf sozialen Dynamiken, Zusammenarbeit und gesellschaftlichen Normen. Gleichzeitig werden in den höheren Klassenstufen Schlüsselkonzepte aus der Politikwissenschaft und dem Verfassungsrecht eingeführt, darunter die Gewaltenteilung, Wahlsysteme und staatsbürgerliche Pflichten. Diese grundlegenden Elemente sind entscheidend für die Förderung der demokratischen Kompetenz und der sozialen Verantwortung der Schüler\*innen.

#### 3.2.2.2. *Oberstufe: Lücken und Unterschiede*

In der Oberstufe ist Staatsbürgerkunde jedoch kein Pflichtfach mehr. Stattdessen wird es zu einem Wahlfach, dessen Angebot von der jeweiligen Schule abhängt. Wo es angeboten wird, trägt das Fach in der Regel den Titel „Mensch und Gesellschaft“ und umfasst eine Stunde pro Woche. Zu den pädagogischen Zielen gehören die Förderung des Verständnisses der Schüler\*innen für Demokratie, politische Institutionen, Zivilgesellschaft und aktive Bürgerschaft. Die im offiziellen Lehrplan aufgeführten Unterrichtsmethoden wie Rollenspiele, Simulationen, kooperatives Lernen und gemeindebasierte Aktivitäten eignen sich hervorragend, um die Schüler\*innen für reale staatsbürgerliche Themen zu begeistern. Dennoch wird die politische Bildung in den Oberstufen sehr uneinheitlich umgesetzt. Ob eine Berufsschule Mensch und Gesellschaft in ihren Lehrplan aufnimmt, hängt weitgehend von lokalen Entscheidungen der Schulverwaltung und des Lehrpersonals ab.

### 3.2.2.3.

#### Strukturelle Herausforderungen in Berufsschulen

Die Ausrichtung der beruflichen und technischen Bildung auf praktische und technische Ergebnisse hat direkte Auswirkungen auf das Vorhandensein von politischer Bildung. Angesichts der Betonung beruflicher Qualifikationen und spezialisierter Ausbildung wird den allgemeinbildenden Fächern – einschließlich der Sozialwissenschaften – von der 9. bis zur 12. Klasse immer weniger Unterrichtszeit eingeräumt. Im letzten Jahr der technischen Ausbildung können technische Fächer bis zu 70 % des Stundenplans ausmachen, wodurch allgemeine Fächer wie politische Bildung weiter an den Rand gedrängt werden. Darüber hinaus verstärkt die Praxisorientierung der dualen Ausbildung – ein zunehmend verbreitetes Modell, das Verträge zwischen Schüler\*innen, Bildungseinrichtungen und Arbeitgebenden umfasst – diesen Trend. In der dualen Ausbildung sind 24 Wochen praktische Ausbildung auf drei Jahre verteilt, wobei die Intensität in den letzten Jahren zunimmt (bis zu 72 % im dritten Jahr).

Ein weiteres wichtiges strukturelles Hindernis betrifft die Verfügbarkeit und Qualifikation des Lehrpersonals. Offizielle Daten über den Hintergrund und die Spezialisierung von Lehrkräften für Staatsbürgerkunde sind nicht öffentlich zugänglich. Es ist jedoch eine bekannte gesetzliche Vorschrift, dass Lehrkräfte der Sekundarstufe bestimmte Qualifikationen besitzen müssen, um bestimmte Fächer zu unterrichten. Folglich darf eine für die Mittelstufe zertifizierte Lehrkraft das selbe Fach rechtlich gesehen nicht auf der Oberstufe unterrichten.

In der Praxis führt dies zu einem System, in dem der Unterricht in Staatsbürgerkunde, sofern er angeboten wird, eher von der Verfügbarkeit des Personals und den individuellen Bedürfnissen der Schule abhängt als von einer kohärenten Strategie für die staatsbürgerliche Entwicklung. Lehrkräfte müssen oft mehrere Fächer und Einrichtungen unter einen Hut bringen, um ihre Unterrichtsstunden zu erfüllen, was die Qualität und Konsistenz des Unterrichts in Staatsbürgerkunde weiter verwässern kann.

Trotz dieser Herausforderungen bieten rumänische Schulen strukturierte Möglichkeiten für die Beteiligung der Schüler\*innen an der Regierungsführung, die als erfahrbare Form der politischen Bildung dienen. Der Schülerrat ist auf schulischer, Kreis- und nationaler Ebene tätig und bietet gewählten Schülervertretenden die Möglichkeit, mit den Schulbehörden in Dialog zu treten und Einfluss auf die Entscheidungsfindung zu nehmen. Diese Mechanismen bieten sinnvolle Plattformen für die Stimme und das Engagement der Schüler\*innen und fördern eine Kultur der Beteiligung und Vertretung. Es ist jedoch wichtig zu beachten, dass der Schülerrat eher eine beratende als eine entscheidende Rolle spielt. Das bedeutet, dass die Schüler\*innen zwar eingeladen sind, ihre Meinung zu äußern und Empfehlungen abzugeben, aber keine formelle Stimmberechtigung oder die Befugnis haben, Ergebnisse zu bestimmen. Eine beratende Rolle ermöglicht den Dialog und den Austausch von Perspektiven, während eine entscheidende Rolle die Fähigkeit impliziert, direkt verbindliche Entscheidungen zu treffen oder zu beeinflussen. Daher hängt die Wirksamkeit dieser Räte bei der Förderung der staatsbürgerlichen Kompetenz nicht nur vom Enthusiasmus der Schüler\*innen ab, sondern auch von der Bereitschaft der Schulleitung, ihre Beiträge sinnvoll zu berücksichtigen und umzusetzen.

Der aktuelle Stand der politischen Bildung an Berufsschulen lässt sich durch drei miteinander verbundene Mängel charakterisieren: begrenzte Präsenz im Lehrplan, uneinheitliche Umsetzung und geringe systemische Priorisierung. Obwohl der rumänische Bildungsrahmen theoretisch politische Bildung in der Sekundarstufe II zulässt, ist deren Präsenz an Berufsschulen weder garantiert noch weit verbreitet. Die Aufnahme des Fachs hängt von Entscheidungen auf Schulebene ab, was zu erheblichen Unterschieden beim Zugang zu politischer Bildung im ganzen Land führt. Dies ist besonders besorgniserregend für Berufsschüler\*innen, die in ihrem Lehrplan seltener mit staatsbürgerlichen oder sozialwissenschaftlichen Inhalten in

Berührung kommen. Die dezentrale und lehrkraftabhängige Umsetzung der politischen Bildung verschärft die Ungleichheiten. Während einige Berufsschulen einen hochwertigen politischen Unterricht mit modernen pädagogischen Methoden anbieten, lassen andere das Fach möglicherweise ganz weg. Selbst dort, wo politische Bildung angeboten wird, kann ihre Qualität je nach Ausbildung und Verfügbarkeit des Lehrpersonals stark variieren. Schließlich mindert die strukturelle Priorisierung der beruflichen und technischen Ausbildung gegenüber der Allgemeinbildung, insbesondere im Kontext der dualen Ausbildung, die Sichtbarkeit und den wahrgenommenen Wert der politischen Bildung. Ohne eine nationale Vorgabe oder substanziellere politische Anreize verwenden die Schulen ihre Zeit und Ressourcen oft für andere Bereiche. Dies schwächt die langfristige demokratische Kompetenz der Absolvent\*innen berufsbildender Schulen, von denen viele direkt nach dem Abschluss in den Arbeitsmarkt eintreten und möglicherweise keine Gelegenheit haben, von politischer Bildung im Hochschulbereich zu profitieren.

### 3.2.3.

#### UMSETZUNG DER POLITISCHEN BILDUNG IN BERUFSSCHULEN: PERSPEKTIVEN VON SCHÜLER\*INNEN, LEHRKRÄFTEN, JUGENDARBEITENDEN UND EXPERT\*INNEN

Für diese Fallstudie haben wir Gespräche mit Schüler\*innen und Lehrkräften von Berufs-, Technik- und Fachschulen sowie mit Jugendarbeitenden und Fachexpert\*innen geführt.

#### 3.2.3.1.

##### *Perspektive der Schüler\*innen*

Für diese Fallstudie haben wir eine Fokusgruppe durchgeführt und Online-Umfragen unter 55 Schüler\*innen von Berufsschulen durchgeführt. Die von den Schüler\*innen geäußerten Ansichten zeigen einen starken Wunsch nach einer praktischen, relevanten und ansprechenden politischen Bildung. Anstatt sich auf abstrakte Theorie zu konzentrieren, möchten die Schüler\*innen lernen, wie die Gesellschaft funktioniert, welche Rechte und Pflichten sie haben und wie sie sich aktiv in ihre Gemeinschaften einbringen können. Sie verbinden politische Bildung mit alltäglichen Fähigkeiten wie Finanzwissen, ethischem Verhalten und kritischem Denken und betonen die Notwendigkeit interaktiver Methoden, Beispiele aus der Praxis und einer anschaulichen Vermittlung. Ihre Antworten deuten darauf hin, dass politische Bildung, wenn sie sinnvoll gestaltet ist, junge Menschen dazu befähigen kann, informierte, verantwortungsbewusste und proaktive Bürger\*innen zu werden.

Mehr als die Hälfte der befragten Schüler\*innen glaubte, dass sie Entscheidungen beeinflussen können. Sie gaben an, dass sie dies auf Schul- oder Gemeindeebene tun könnten, vor allem durch die Schülervertretung oder durch Gespräche mit Lehrkräften. Einige nannten auch Online-Petitionen, Umfragen und die Teilnahme an Debatten oder jugendorientierten Veranstaltungen als Möglichkeiten, sich Gehör zu verschaffen. Andere waren der Meinung, dass sie die Meinung ihrer Mitmenschen beeinflussen könnten, sofern diese offen für einen Dialog seien.

Auf die Frage, was es bedeutet, aktive Bürger\*in zu sein, betonten die Schüler\*innen die Bedeutung des Engagements in der Gemeinde und den Wunsch, Veränderungen herbeizuführen, sowie sich über aktuelle Ereignisse zu informieren und kritisch zu denken. Sie betonten auch den Wert der Teilnahme an Projekten und Freiwilligenarbeit sowie die Achtung der Rechte anderer. Einige erwähnten auch ethisches und nachhaltiges Leben sowie die Ausübung ihres Wahlrechts. Einige Schüler\*innen fügten hinzu, dass aktive Bürger\*in zu sein bedeutet, zu arbeiten und seine täglichen Pflichten zu erfüllen.

Für die Schüler\*innen bedeutet politische Bildung, sich ein breites Spektrum an Wissen und Fähigkeiten anzueignen. Dazu gehören das Lernen über die Umwelt, kritisches und verantwortungsbewusstes Denken, das Verständnis für finanzielle Verantwortung und ein freundlicheres und aufmerksameres Verhalten im Alltag. Die meisten Schüler\*innen gaben jedoch an, dass politische Bildung in erster Linie das Verständnis der Funktionsweise der Gesellschaft, ihrer Rolle darin sowie ihrer Rechte und Pflichten umfasst. Sie verbinden damit auch das Erlernen der Demokratie, demokratischer Werte und Rechte. Aus ihren Antworten lässt sich schließen, dass die Schüler\*innen politische Bildung eher als Mittel zum Erwerb von praktischem Wissen und grundlegenden Werten für die Staatsbürgerschaft betrachten und weniger als Quelle theoretischer Einblicke in die öffentliche Verwaltung.

Auf die Frage nach den wichtigsten Themen der politischen Bildung in der Schule gaben mehr als die Hälfte der Schüler\*innen an, dass sie sich nicht daran erinnern konnten, wann sie das Fach zuletzt unterrichtet hatten, oder dass es so lange her war, dass sie sich nicht mehr daran erinnern konnten, was sie gelernt hatten. Einige erinnerten sich an Themen wie Rechte und Pflichten, staatliche Institutionen, die Verfassung, die Umwelt und den Arbeitsmarkt. Mehrere Schüler\*innen gaben an, dass politische Bildung entweder nicht Teil ihres Lehrplans war oder nur eine geringe Priorität hatte.

Auf die Frage, was sie gerne in einem Staatskundeunterricht lernen würden, nannten die meisten Finanzwissen, angemessenes Sozialverhalten, Arbeitnehmerrechte oder Arbeitsrecht sowie Bürgerrechte

und -pflichten. Einige Schüler\*innen hatten konkrete Vorstellungen: Einer wollte etwas über Online-Sicherheit und Datenschutz lernen, ein anderer interessierte sich dafür, wie man Gemeinschaftsprojekte plant und umsetzt. Zwei Schüler\*innen waren der Meinung, dass Staatsbürgerkunde Elemente des kritischen Denkens und der Medienkompetenz enthalten sollte, um Desinformation zu bekämpfen. Weitere vorgeschlagene Themen waren Feminismus, Sexualkunde, Diskriminierung von Minderheiten, Extremismus, Wahlverfahren und Mobbing.

Die meisten Schüler\*innen glauben, dass politische Bildung ihnen helfen kann, sich auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten – allerdings nicht in der Form, wie sie derzeit in den Schulen unterrichtet wird. Diejenigen, die positiv antworteten, waren der Meinung, dass Fähigkeiten wie Verantwortungsbewusstsein, kritisches Denken, Kommunikation, Verständnis für Rechte und Pflichten sowie Teamarbeit wertvoll und für die Beschäftigung notwendig sind. Sowohl diese Schüler\*innen als auch diejenigen, die der Meinung waren, dass die politische Bildung sie nur teilweise oder gar nicht auf den Arbeitsmarkt vorbereitet, betonten jedoch die Notwendigkeit, Inhalte zu Arbeitnehmerrechten und finanzieller Verantwortung aufzunehmen, um sie besser auf ihre zukünftige Rolle als Arbeitnehmende vorzubereiten.

Die Mehrheit der Schüler\*innen war mit der Rolle der Gewerkschaften beim Schutz der Arbeitnehmerrechte nicht vertraut, hätte sich jedoch gewünscht, dass dieses Thema in der Schule behandelt worden wäre. Diejenigen, die Gewerkschaften kannten, beschrieben sie als unverzichtbar für die Verteidigung der Arbeitnehmerrechte und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Auf die Frage, wie die politische Bildung attraktiver und relevanter gestaltet werden könnte, gaben die Schüler\*innen eine Vielzahl von durchdachten Vorschlägen. Die Vorschläge waren zwar unterschiedlich, hatten aber alle ein gemeinsames Thema: den Fokus auf reale Probleme und den Einsatz interaktiver Lernmethoden. Beispiele für solche Aktivitäten waren Scheinwahlen, Debatten und Besuche bei öffentlichen Einrichtungen. Die Schüler\*innen zeigten auch Interesse an der Diskussion aktueller sozialer Themen und realer Herausforderungen. Eine weitere Idee war die Organisation von

Vorträgen mit Gastredenden aus den Bereichen Medien, NGOs, öffentliche Verwaltung und Gewerkschaften. Einige Schüler\*innen schlugen vor, Freiwilligenarbeit außerhalb der Schule zu integrieren, beispielsweise in Tierheimen, Waisenhäusern, Pflegeheimen oder Betreuungszentren für Menschen mit Behinderungen. Die Schüler\*innen betonten, wie wichtig es sei, in der politischen Bildung Beispiele aus der realen Welt zu verwenden.

### 3.2.3.2.

#### **Perspektive der Lehrkräfte**

Für diese Fallstudie haben wir eine Fokusgruppe mit sieben Lehrkräften durchgeführt und Antworten von zehn weiteren Lehrkräften über einen Online-Fragebogen erhalten. Die teilnehmenden Lehrkräfte unterrichten eine Reihe von Fächern, darunter Rumänische Sprache und Literatur, Englisch, Kunst und Design, Sozialkunde, Informatik, Wirtschaft, Marketing, Betriebswirtschaft, Mathematik und Sozialwissenschaften. Die gesammelten Perspektiven sind zwar sehr wertvoll und relevant, wir sind uns jedoch bewusst, dass es sich bei den Lehrkräften, die sich zur Teilnahme entschlossen haben, möglicherweise um diejenigen handelt, die sich bereits stärker in außerschulischen Aktivitäten engagieren und sich mehr für das Thema interessieren. Daher bieten die Ergebnisse möglicherweise keinen umfassenden Überblick über die Perspektiven aller Lehrkräfte.

Auf die Frage nach ihrer Meinung zur politischen Bildung waren sich die meisten Lehrkräfte einig, dass diese für die Heranbildung verantwortungsbewusster, informierter Bürger\*innen, insbesondere in Berufsschulen, unerlässlich ist. Sie hoben ihre Rolle bei der Entwicklung des kritischen Denkens, des sozialen Bewusstseins und des Verständnisses für demokratische Werte der Schüler\*innen hervor. Einige waren der Ansicht, dass politische Bildung bereits durch andere Fächer wie Literatur oder Sozial- und Geisteswissenschaften ausreichend abgedeckt sei. Andere hingegen argumentierten, dass sie zwar notwendig sei, aber als Wahlfach und nicht als Pflichtfach angeboten werden sollte.

Die Lehrkräfte stellten außerdem fest, dass die politische Bildung derzeit im Lehrplan unterrepräsentiert ist und oft auf individueller Initiative beruht. Sie beobachteten, dass die Schüler\*innen dazu neigen, sich auf ihre Rechte zu konzentrieren und dabei ihre Pflichten zu vernachlässigen, und betonten die Notwendigkeit interaktiver, praxisnaher Ansätze, die die politische Bildung relevanter und ansprechender machen können.

Die meisten Lehrkräfte gaben an, dass sie politische Bildung durch Diskussionen, Debatten, Gruppenprojekte und ehrenamtliche Aktivitäten in ihren Unterricht integrieren. Diese Ansätze helfen den Schüler\*innen, politische Werte, Medienkompetenz, Rechte und Pflichten sowie ethisches Verhalten zu erforschen. Beispiele hierfür sind die Organisation von Debatten zu aktuellen Themen, die Analyse von Fallstudien, die Förderung des gesellschaftlichen Engagements und die Verknüpfung literarischer Texte mit aktuellen sozialen Themen.

Die meisten Lehrkräfte äußerten sich unzufrieden mit dem aktuellen Stand der politischen Bildung an Berufsschulen. Sie beschrieben sie als oberflächlich, unterbewertet und ohne praktische Anwendung. Viele waren der Meinung, dass das Fach als zweitrangig behandelt wird und keinen Bezug zum Alltag der Schüler\*innen hat, mit veralteten Materialien und wenigen interaktiven Methoden. Mehrere Befragte merkten an, dass die politische Bildung oft auf die Theorie beschränkt sei und Rechte, Pflichten und echtes bürgerschaftliches Engagement zu wenig Beachtung fänden. Einige wiesen auch darauf hin, dass die Schüler\*innen schlecht vorbereitet seien und wenig Interesse an politischen Themen zeigten, was sie sowohl auf systemische Mängel als auch auf Fehlinformationen in den sozialen Medien zurückführten.

Mehrere Lehrkräfte betonten, dass der Mangel an Ausbildung und Motivation unter den Pädagog\*innen zu dieser schwachen Umsetzung beiträgt. Während einige wenige vereinzelte gute Praktiken wie Debatten oder Freiwilligenaktivitäten anerkannten, waren die meisten der Meinung, dass die politische Bildung nach wie vor unterentwickelt ist und uneinheitlich vermittelt wird.

Die meisten Lehrkräfte gaben an, dass sie keine formale Ausbildung in politischer Bildung erhalten hätten, insbesondere im berufsbildenden Bereich. Einige hatten an Medienkompetenzkursen teilgenommen oder Ressourcen von NGOs genutzt, aber diese wurden oft individuell außerhalb des schulischen Umfelds genutzt. Die Lehrkräfte äußerten einen starken Bedarf an entsprechenden Fortbildungsmöglichkeiten, die idealerweise auf den beruflichen Kontext zugeschnitten sind und von praktischen Hilfsmitteln begleitet werden.

Um die politische Bildung besser in ihren Unterricht zu integrieren, gaben die Lehrkräfte an, dass sie von strukturierten Unterrichtsplänen, anpassbaren Unterrichtsmaterialien, Beispielen für Übungen und interaktiven digitalen Ressourcen profitieren würden. Sie betonten auch die Bedeutung des Zugangs zu partizipativen Unterrichtsmethoden (Debatten, Simulationen, Projektarbeit) sowie der Zusammenarbeit mit NGOs und öffentlichen Einrichtungen. Ein flexibler Lehrplan und eine bessere Förderung bestehender Ressourcen wurden ebenfalls als Möglichkeiten zur Unterstützung der Umsetzung genannt.

Die Lehrkräfte berichteten von gemischten Erfahrungen hinsichtlich der Teilnahme an nicht-formalen Projekten zur politischen Bildung. Während einige an Initiativen wie Erasmus+-Programmen, von NGOs geleiteten Workshops oder Projekten zur politischen Bildung mit Schwerpunkt auf Menschenrechten teilgenommen hatten, gaben andere an, dass sie nicht teilgenommen hatten, aber Interesse daran bekundeten. Viele Lehrkräfte wiesen jedoch auf einen Mangel an Möglichkeiten oder institutioneller Unterstützung für die Teilnahme an solchen Programmen hin.

Die Lehrkräfte identifizierten mehrere Herausforderungen bei der Integration der politischen Bildung in ihren Unterricht. Am häufigsten wurden das mangelnde Interesse der Schüler\*innen, begrenzte Hintergrundkenntnisse und eine geringe Motivation, sich mit abstrakten oder sensiblen Themen auseinanderzusetzen, genannt. Viele Schüler\*innen haben Schwierigkeiten, politische Bildung mit ihrem Alltag in Verbindung zu bringen, insbesondere in Berufsschulen, in denen der

Schwerpunkt auf praktischen Fähigkeiten liegt. Die Lehrkräfte nannten auch den Einfluss der Familie, Vorurteile und die Konfrontation mit Fehlinformationen als Hindernisse, die die Einstellung der Schüler\*innen prägen und kritisches Denken behindern. Weitere Herausforderungen sind veraltete Materialien, Zeitmangel und die Schwierigkeit, die Inhalte an die unterschiedlichen Niveaus der Schüler\*innen anzupassen. Mehrere Lehrkräfte fühlten sich durch die Notwendigkeit, politisch neutral zu bleiben, eingeschränkt und merkten an, dass sie aufgrund der aktuellen Vorschriften zögern, reale Probleme wie Korruption, Diskriminierung oder soziale Ungleichheit anzusprechen, selbst wenn diese für das Verständnis der Demokratie relevant sind.

Auf die Frage nach den Reaktionen der Schüler\*innen auf Themen der politischen Bildung berichteten die Lehrkräfte von gemischten Reaktionen. Einige Schüler\*innen sind neugierig, engagiert und interessieren sich für Themen wie Menschenrechte, Freiheiten, Gleichberechtigung und die Verbreitung von Fake News. Andere hingegen neigen dazu, skeptisch, passiv oder abweisend gegenüber Ideen zu sein, die ihre zu Hause erworbenen Überzeugungen in Frage stellen. Die Lehrkräfte beobachteten, dass das Interesse der Schüler\*innen zunimmt, wenn Themen interaktiv präsentiert und mit ihrem persönlichen Leben verknüpft werden – durch Fallstudien, Rollenspiele, praktische Projekte oder multimediale Materialien.

Die Lehrkräfte wiesen darauf hin, dass die politische Bildung für Schüler\*innen an berufsbildenden und technischen Schulen deutlich relevanter sein könnte, wenn ihre Inhalte und Methoden besser auf ihre sozialen, persönlichen und beruflichen Realitäten abgestimmt wären. Viele betonten, wie wichtig es sei, politische Themen mit der beruflichen Zukunft der Schüler\*innen zu verknüpfen, beispielsweise durch Unterrichtseinheiten zu Arbeitnehmerrechten, Arbeitsverträgen, Arbeitsethik, Sicherheit und der Rolle von Gewerkschaften. Praktische Übungen (z. B. Einreichen einer Beschwerde, Beantragen einer öffentlichen Anhörung oder Nutzung von Bürgerportalen) und Simulationen (z. B. Konfliktlösung, Abstimmungsverfahren oder Haushaltsdebatten) wurden als wirksame Methoden identifiziert.

### 3.2.3.3.

#### *Perspektive der Jugendarbeitenden*

Für diese Fallstudie haben wir drei Jugendarbeitende befragt, die über direkte Erfahrung mit der Durchführung nicht formaler staatsbürgerlicher Bildungsaktivitäten verfügen, darunter auch in Berufs- und Technischschulen. Ihre Erkenntnisse verdeutlichen sowohl das Potenzial als auch die Herausforderungen, die mit der Einbindung von Schüler\*innen aus Berufsschulen in staatsbürgerliche Lernprozesse verbunden sind.

Alle drei Jugendarbeitenden betonten nachdrücklich die Bedeutung der politischen Bildung in Berufsschulen. Sie wiesen darauf hin, dass diese Schüler\*innen oft weniger Möglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement haben und maßgeschneiderte, zugängliche Ansätze benötigen, die auf ihren Hintergrund und ihre Bedürfnisse abgestimmt sind. Ihrer Ansicht nach sollte politische Bildung nicht auf den formalen Unterricht beschränkt sein, sondern in eine Vielzahl von Fächern und projektbasierten Lernformaten integriert werden. Ein Jugendarbeiter betonte, dass politische Bildung ein Pflichtfach sein sollte, da seiner Erfahrung nach Schüler\*innen – oder junge Menschen im Allgemeinen – in der Regel kein Interesse an solchen Themen zeigen, bis sie aktiv an Aktivitäten teilnehmen und deren Relevanz entdecken.

Jugendarbeitende haben eine Vielzahl von Aktivitäten zur politischen Bildung durchgeführt, darunter Debatten, Kahoot-Quizze, Simulationen, Sensibilisierungskampagnen und interaktive Workshops zu europäischen Institutionen, Desinformation und Jugendbeteiligung. Diese Aktivitäten fanden oft im Rahmen größerer Programme wie der Initiative European Parliament Ambassador Schools (EPAS) oder dem Digital Civic Incubator statt.

Die Zusammenarbeit zwischen Jugendarbeitenden und Schulen wurde als ebenso wichtig wie herausfordernd beschrieben. Während Lehrkräfte und Schüler\*innen im Allgemeinen aufgeschlossen sind, hängt die Zusammenarbeit oft von der Initiative Einzelner und der Verfügbarkeit motivierter Schulmitarbeitender ab. Zeitliche Einschränkungen und begrenzte personelle Ressourcen gehörten zu den größten Hindernissen, da häufig

dieselben Lehrkräfte alle außerschulischen Aktivitäten koordinierten. Dennoch berichten Jugendarbeitende von einer wachsenden Offenheit der Schulen und einem steigenden Interesse der Schüler\*innen, sobald die Aktivitäten in den Schulalltag integriert sind.

Die Auswirkungen der Initiativen zur politischen Bildung wurden sowohl formal als auch informell bewertet. Die Befragten nannten Verbesserungen in den Bereichen Kommunikation, Zusammenarbeit, kritisches Denken und Selbstvertrauen der Schüler\*innen. Einige Schüler\*innen nahmen mit Vorschlägen für politische Projekte (z. B. Lernräume, Online-Kampagnen oder immersive virtuelle Tools) an nationalen oder europäischen Wettbewerben teil, erhielten Auszeichnungen und entwickelten wertvolle Fähigkeiten. Diese Erfahrungen wurden nicht nur als Bildungserfolge angesehen, sondern auch als Übungen in politischer Handlungsfähigkeit und Selbstwirksamkeit.

Auf die Frage nach den Herausforderungen nannten die Jugendarbeitenden den Mangel an nachhaltiger Finanzierung und institutioneller Unterstützung als zentrale Probleme. Die meisten Aktivitäten basieren auf ehrenamtlichem Engagement oder begrenzter externer Unterstützung. Obwohl hilfreiche Ressourcen vorhanden sind – wie beispielsweise die von Europe Direct oder Online-Plattformen wie learningcorner.eu bereitgestellten –, gibt es im Berufsbildungssystem kaum strukturierte oder langfristige Angebote für politische Bildung.

Um die politische Bildung effektiver zu gestalten, empfahlen Jugendarbeitende eine verstärkte direkte Zusammenarbeit zwischen Schüler\*innen und Entscheidungstragenden (z. B. lokalen Behörden oder Mitgliedern des Europäischen Parlaments, MEPs), wodurch das politische Lernen einen stärkeren Sinn erhalten kann. Sie betonten auch den Wert multidisziplinärer, fächerübergreifender Ansätze, die politische Inhalte in Fremdsprachen, Literatur, Naturwissenschaften oder Unternehmertum integrieren. Ihrer Meinung nach sollten Themen wie Nachhaltigkeit oder aktive Bürgerschaft nicht nur im traditionellen Unterricht behandelt werden,

sondern auch im Rahmen von staatsbürgerlichen Projekten, Simulationen und öffentlichen Veranstaltungen. Die Befragten betonten auch die Notwendigkeit einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen Schulen und Jugendorganisationen. Als wirksame Modelle wurden Initiativen genannt, die mit der Lehrerfortbildung beginnen und mit praktischen Schülerworkshops fortgesetzt werden. Solche Partnerschaften tragen dazu bei, die Kluft zwischen formaler und nicht formaler Bildung zu überbrücken und die staatsbürgerlichen Kompetenzen auf partizipative und sinnvolle Weise zu stärken.

### 3.2.3.4.

#### **Perspektive der Expert\*innen**

Für diese Fallstudie haben wir drei Expert\*innen mit unterschiedlichem Hintergrund in den Bereichen Bildung, öffentliche Politik und bürgerschaftliches Engagement befragt. Ihre kombinierte Erfahrung umfasst Forschung, Lehre, Lehrplangestaltung und die Koordination von Bildungsinitiativen und vermittelt ein umfassendes Verständnis der systemischen und pädagogischen Herausforderungen in der politischen Bildung.

Alle drei Expert\*innen betonten nachdrücklich die entscheidende Bedeutung der politischen Bildung, insbesondere in berufsbildenden und technischen Schulen. Ein Experte merkte an, dass Berufsschüler\*innen oft keinen sinnvollen Zugang zu politischen Themen haben und dadurch Gefahr laufen, bei der demokratischen Teilhabe zurückzubleiben. Sie beschrieben die politische Bildung als einen Grundpfeiler einer gesunden Demokratie, der unerlässlich ist, um junge Menschen mit den Fähigkeiten auszustatten, sich im Erwachsenenleben zurechtzufinden, ihre Rechte und Pflichten zu verstehen und einen konstruktiven Beitrag zur Gesellschaft zu leisten. Einem Experten zufolge sollte politische Bildung nicht auf theoretisches Wissen über Institutionen reduziert werden. Vielmehr sollte sie darauf abzielen, Einstellungen, Werte und bürgerschaftliches Verhalten zu formen, insbesondere bei Schüler\*innen, die zu Hause möglicherweise keinen Zugang zu solchen Lerninhalten haben. In Bezug auf den aktuellen Stand der politischen Bildung

haben die Expert\*innen mehrere strukturelle Einschränkungen festgestellt. Sie wiesen darauf hin, dass politische Bildung nicht als eigenständiges Fach in den Lehrplan der Sekundarstufe II aufgenommen wurde, insbesondere nicht im berufsbildenden Zweig. Stattdessen wird von den Schüler\*innen erwartet, dass sie sich politische Kompetenzen entweder durch einen transversalen Ansatz – durch die Integration solcher Themen in andere Fächer – oder informell durch die Einstellungen der Lehrkräfte und die Schulkultur aneignen. Wie ein Experte jedoch hervorhob, ist dieser Ansatz unzureichend und inkonsistent, insbesondere angesichts der Tatsache, dass politische Bildung oft als „weiches“ Fach mit geringer institutioneller Priorität angesehen wird.

Auf die Frage nach den Hindernissen für eine wirksame politische Bildung nannten die Expert\*innen mehrere zentrale Probleme: mangelndes institutionelles Engagement, starre und überladene Lehrpläne, unzureichend ausgebildete Lehrkräfte und begrenzter Zugang zu relevanten Unterrichtsmaterialien. Ein Experte merkte an, dass politische Bildung oft nur dann stattfindet, wenn eine motivierte Lehrkraft sich darum bemüht, sie in den Unterricht einzubeziehen, während das System selbst solche Bemühungen weder fördert noch unterstützt. Sie äußerten sich auch besorgt über die Qualität der Unterrichtspraktiken, insbesondere in benachteiligten Schulen, in denen die Schüler\*innen möglicherweise bereits mit grundlegenden Kompetenzen zu kämpfen haben und in denen politisches Lernen oft keine Priorität hat.

Alle drei Expert\*innen waren sich einig, dass die politische Bildung stärker auf die Lebensrealität der Berufsschüler\*innen zugeschnitten sein sollte. Sie sprachen sich für Inhalte aus, die sich mit Arbeitnehmerrechten, Arbeitsethik, Diskriminierung, Finanzkompetenz und Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen befassen. Ein Experte empfahl, dass Aktivitäten der politischen Bildung reale Szenarien simulieren sollten – wie Konfliktlösung, Gemeinschaftsprojekte oder die Zusammenarbeit mit lokalen Behörden –, um das Handlungsbewusstsein der Schüler\*innen zu fördern. Die Notwendigkeit, politische Themen mit dem Lebenskontext und dem sozialen Umfeld der Schüler\*innen zu verknüpfen, wurde als wesentlich angesehen.

Es wurden mehrere Vorschläge zur Verbesserung der Umsetzung der politischen Bildung in Berufsschulen gemacht. Die Expert\*innen empfahlen:

- die Einführung eines flexiblen, modularen Lehrplans für politische Bildung, der auf den beruflichen Kontext zugeschnitten ist;
- Investitionen in Lehrerfortbildungsprogramme, die speziell auf die Entwicklung staatsbürgerlicher Kompetenzen ausgerichtet sind;
- die Förderung von Partnerschaften zwischen Schulen und Gemeinden mit Nichtregierungsorganisationen, Jugendzentren und lokalen Regierungsakteuren;
- die Einbeziehung partizipativer Instrumente und multimedialer Ressourcen, die Schüler mit unterschiedlichen akademischen Fähigkeiten einbeziehen können.

## 3.3.

THÜRINGEN,  
DEUTSCHLAND

In Deutschland wird politische Bildung von einer Vielzahl von Institutionen mit unterschiedlichen ideologischen Ausrichtungen angeboten, was den pluralistischen Charakter einer demokratischen Gesellschaft widerspiegelt. Während Schulen eine Schlüsselrolle im formalen Bildungssystem spielen, haben sich auch zivilgesellschaftliche Organisationen zu einflussreichen Akteuren in diesem Bereich entwickelt. Seit den 1990er Jahren hat die Zahl der nicht-formalen politischen Bildungsprogramme deutlich zugenommen, von denen viele darauf abzielen, junge Menschen zu engagieren, Pädagog\*innen zu unterstützen oder marginalisierte Gruppen zu stärken. Diese Programme nutzen oft interaktive, partizipative Methoden, um den Lehrplan zu ergänzen und das demokratische Lernen über den Klassenraum hinaus zu erweitern. Zusammen bilden formale und nicht-formale Ansätze eine dynamische und sich weiterentwickelnde Landschaft der politischen Bildung, die die demokratische Kultur Deutschlands weiterhin prägt.

## 3.3.1.1.

**Historische Entwicklung der politischen Bildung in Deutschland**

Um die Bedeutung der politischen Bildung heute zu verstehen, ist es wichtig, den historischen Kontext Deutschlands zu kennen. Nach dem Zweiten Weltkrieg war Deutschland in zwei separate Staaten geteilt: die Bundesrepublik Deutschland (BRD) im Westen und die Deutsche Demokratische Republik (DDR) im Osten. Die Alliierten waren sich einig, dass die Errichtung eines demokratischen Systems ein grundlegendes Ziel der Besatzung war, obwohl sie unterschiedliche Auffassungen von Demokratie hatten.

Zunächst wurden alle Schulen in Deutschland geschlossen, und bevor der Unterricht wieder aufgenommen werden konnte, mussten Lehrkräfte, Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien einem Entnazifizierungsprozess unterzogen werden. Angesichts der Tatsache, dass eine beträchtliche Anzahl von Lehrkräften Mitglieder der NSDAP oder ihrer Unterorganisationen waren, stellte dies eine erhebliche organisatorische Herausforderung

dar. Eine gründliche Umsetzung der Entnazifizierung hätte den Schulbetrieb für einen längeren Zeitraum nahezu unmöglich gemacht.

Bis zur Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1990 unterhielten die BRD und die DDR unterschiedliche Bildungssysteme. Nach der Wiedervereinigung stand Deutschland vor der Herausforderung, diese unterschiedlichen Bildungsphilosophien zu harmonisieren. Die BRD hatte eine föderale, dezentrale Struktur mit einer starken Tradition der politischen Bildung, die auf demokratischen Prinzipien und kritischem Denken beruhte. Im Gegensatz dazu betrieb die DDR ein zentralisiertes System, in dem ein sozialistischer Ideologie-Rahmen die politische Bildung prägte.

Diese Zeit markierte einen entscheidenden Wendepunkt, da die Wiedervereinigung eine umfassende Umgestaltung der Bildungsstruktur und der Lehrpläne im Osten erforderte, wo die Bundeszentrale für politische Bildung sofort ihre Arbeit aufnahm – sie entfernte ideologische Inhalte und führte eine demokratische Staatsbürgerkunde ein, die dem pluralistischen Ansatz des Westens entsprach, während sie die Bevölkerung in den neuen Bundesländern aufklärte – (Mitter & Weiß, 1993). Die Entwicklung der politischen Bildung in Deutschland seit dem demokratischen Wandel nach der Wiedervereinigung in den 1990er Jahren spiegelt eine zunehmende Betonung demokratischer Werte, politischer Partizipation und Menschenrechte auf allen Ebenen des Bildungssystems wider. In dieser Zeit entwickelte die BPB neue Aktivitäten und Angebote für die gesamte deutsche Bevölkerung. Die politische Bildung hatte nun die Aufgabe, beide Teile der Bevölkerung über einander zu informieren und aufzuklären, einheitliche Lernprozesse zu organisieren und ein größeres Verständnis zu schaffen.

Heute überträgt die föderale Struktur Deutschlands die Zuständigkeit für das Bildungswesen an die sechzehn Bundesländer, was zu unterschiedlichen Lehrplänen und Bildungsgesetzen führt. Trotz dieser Vielfalt fördert die Kultusministerkonferenz (KMK) die Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern, um gleichwertige Bildungsstandards zu gewährleisten. In den Jahren 2003 und 2004 strebte die KMK eine Vereinheitlichung

## 3.3.1.

**DIE GESCHICHTE DER POLITISCHEN BILDUNG**

Politische Bildung – im Deutschen üblicherweise als „Politische Bildung“ bezeichnet – ist ein grundlegender Bestandteil und eine Grundlage funktionierender demokratischer Gesellschaften. Nach Angaben der Bundeszentrale für politische Bildung (BPB) initiiert und organisiert politische Bildung Bildungsprozesse, die darauf abzielen, Einzelpersonen dabei zu helfen, ihre Beziehung zu politischen Strukturen und Prozessen zu verstehen und zu definieren. Die BPB wurde gegründet, um die Bürger\*innen über demokratische Prinzipien aufzuklären und die Gesellschaft vor dem Wiederaufleben totalitärer Ideologien zu schützen. Diese Mission steht im Einklang mit den zentralen Zielen der politischen Bildung: Stärkung der Demokratie, Förderung der politischen Teilhabe, Anregung zum kritischen Denken und Förderung einer Kultur der Toleranz und des Respekts.

des Bildungssystems auf Bundesebene an, indem sie Kompetenzbeschreibungen und nationale Standards vereinheitlichte, die jährlich überprüft werden. Diese Standards werden regelmäßig überprüft und aktualisiert, um die Einheitlichkeit und Qualität im ganzen Land zu gewährleisten (Weissenro, 2016).

Ein Eckpfeiler der politischen Bildung in Deutschland ist der Beutelsbacher Konsens von 1976, der drei Grundprinzipien umreißt: das Verbot, Schüler\*innen mit Meinungen zu überhäufen, die Gewährleistung, dass kontroverse Themen als solche dargestellt werden, und die Befähigung der Schüler\*innen, politische Situationen zu analysieren und zu beeinflussen. Dieser Konsens ist nach wie vor Leitlinie für die politische Bildung und fördert kritisches Denken und demokratisches Engagement.

### 3.3.1.2.

#### **Politische Bildung im Schulsystem**

Derzeit ist das deutsche Bildungssystem in mehrere Stufen gegliedert, beginnend mit der frühkindlichen Bildung, gefolgt von der Grundschule und dann der Sekundarstufe, die sich in verschiedene Zweige verzweigt, darunter Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Gesamtschule. Nach Abschluss der Sekundarstufe können die Schüler\*innen ihre Ausbildung an Hochschulen (wie Universitäten oder Fachhochschulen) fortsetzen oder einen beruflichen Bildungsweg einschlagen. Diese mehrstufige Struktur hat ihre Wurzeln im 19. Jahrhundert, wurde jedoch im 20. Jahrhundert, insbesondere während der Entwicklung des westdeutschen Bildungsmodells nach dem Zweiten Weltkrieg, fest institutionalisiert. Das System ist so konzipiert, dass es differenzierte Bildungswege bietet, die auf den Interessen, Fähigkeiten und Berufswünschen der Schüler\*innen basieren. Jede Stufe bietet unterschiedliche Möglichkeiten zur Integration der politischen Bildung, die auf das Alter und den Entwicklungsstand der Schüler\*innen zugeschnitten sind.

In der Primar- und Sekundarstufe ist die politische Bildung seit langem in Fächer wie Sozialkunde, Politik und Gemeinschaftskunde integriert, wobei es je nach Bundesland Unterschiede gibt. Im Laufe der Zeit haben

die Bildungsrahmenbedingungen des Bundes zunehmend Wert auf die Entwicklung der demokratischen Kompetenzen, des kritischen Denkens und der Medienkompetenz der Schüler\*innen gelegt. Insbesondere seit Beginn der 2000er Jahre führten die Besorgnis über Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und politische Apathie zu einer stärkeren Förderung von Initiativen zur politischen Bildung in den Schulen. Programme mit den Schwerpunkten politische Toleranz, Antidiskriminierung und demokratische Teilhabe wurden in den Unterricht integriert und oft von den Bildungsministerien der Bundesländer unterstützt. Laut einer Umfrage von Gökbudak et al. (2022) ist das Hauptfach Staatsbürgerkunde jedoch in keinem Bundesland in der gesamten Sekundarstufe I und II Pflichtfach. Ob politische Bildung als eigenständiges Fach oder in Kombination mit Geschichte, Wirtschaft, Recht oder Geografie unterrichtet wird, hängt vom Bundesland und der Art der Schule ab.

In der beruflichen Bildung ist die politische Bildung subtiler integriert. Sie bleibt jedoch ein wichtiges Anliegen, da diese Schultypen oft der Entwicklung praktischer Fähigkeiten im Zusammenhang mit dem jeweiligen Beruf Vorrang einräumen. Im Gegensatz dazu wird politische Bildung in der Regel mit Konzepten und Theorie in Verbindung gebracht (Rossvall & Nylund, 2022). Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat mehrere Beschlüsse gefasst, in denen sie die Verantwortung der Berufsschulen für die Förderung des demokratischen Bewusstseins und der sozialen Verantwortung der Auszubildenden betont. In vielen Berufsschulen wird politische Bildung durch das Fach Politik oder Sozialkunde vermittelt. Die tatsächliche Umsetzung variiert jedoch je nach Region und Einrichtung und ist in der Regel auf eine Stunde pro Woche begrenzt. In den letzten Jahren wurde der Entwicklung digitaler Kompetenzen und demokratischer Resilienz bei jungen Menschen in Berufsschulen zunehmend Aufmerksamkeit geschenkt, insbesondere im Zusammenhang mit politischer Desinformation und sozialer Polarisierung.

### 3.3.1.3.

#### **Rolle der Zivilgesellschaft und von NROs in der politischen Bildung**

Neben der formalen Bildung gibt es auch andere informelle Settings, in denen politische Bildung stattfindet und junge Menschen einbezogen werden. In diesen Settings finden ungeplante Bildungs- und Lernprozesse statt, die als Teil des selbstgesteuerten Lernens in Organisationen und Institutionen sowie in Lebenskontexten und Aktivitäten angeregt werden. Dazu gehören nicht nur Peer-Gruppen, Vereine oder Verbände, sondern auch Nichtregierungsorganisationen (NROs). Insbesondere NROs haben eine zentrale Rolle bei der Förderung der politischen Bildung in Deutschland gespielt, vor allem durch nicht-formale und außerschulische Initiativen, die sich an Jugendliche richten. Diese Organisationen bieten flexible, innovative Programme an, die oft marginalisierte oder unengagierte Jugendliche erreichen und Lücken im formalen Bildungssystem schließen.

Ein prominentes Beispiel ist Schüler Helfen Leben (SHL), Deutschlands größte von Jugendlichen geführte Hilfsorganisation. SHL wurde 1992 gegründet und ist bekannt für die Organisation des jährlichen Sozialen Tages, an dem Schüler\*innen in ganz Deutschland einen Tag lang arbeiten und ihren Verdienst für soziale und Bildungsprojekte, insbesondere in Südosteuropa und Jordanien, spenden. Diese Initiative fördert nicht nur die soziale Verantwortung und das Engagement der Schüler\*innen, sondern vermittelt ihnen auch praktische Erfahrungen in der Bürgerbeteiligung.

Darüber hinaus haben sich in den letzten Jahren projektbasierte, partizipative und erfahrungsorientierte Ansätze der politischen Bildung sowohl innerhalb als auch außerhalb der Schulen verbreitet. Initiativen mit Schwerpunkt auf Simulationsspielen (z. B. Jugendparlamente), Peer Education und digitaler Demokratie haben an Bedeutung gewonnen und bieten innovative Möglichkeiten, junge Menschen in das gesellschaftliche Leben einzubeziehen. Diese Programme ergänzen das formale Bildungssystem, indem sie junge Menschen in partizipative und wertebasierte Lernerfahrungen einbinden, die die demokratische Resilienz stärken.

#### 3.3.1.4.

##### **Anhaltende Herausforderungen und aktuelle Trends**

In den letzten Jahren stand die politische Bildung in Deutschland vor mehreren Herausforderungen und hat sich erheblich gewandelt, um der sich verändernden gesellschaftspolitischen Landschaft gerecht zu werden.

Erstens haben das Wiederaufleben des Rechts-Extremismus und die Verbreitung von Fake News Bedenken hinsichtlich der Widerstandsfähigkeit demokratischer Werte unter Jugendlichen aufkommen lassen. Der Bericht der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2018 hebt hervor, dass ein erheblicher Teil der jungen Menschen nur begrenztes Vertrauen in demokratische Institutionen hat, was sie anfällig für extremistische Ideologien macht. Laut BPB haben Rechtsextremisten insbesondere in den östlichen Bundesländern zunehmend Wählerstimmen gewonnen. Im Gegensatz dazu scheint die Unterstützung für rechtsextreme Ansichten auch in der allgemeinen Bevölkerung zu wachsen. Dies unterstreicht die dringende Notwendigkeit, die Medienkompetenz im Rahmen der politischen Bildung zu verbessern, damit Schüler\*innen in die Lage versetzt werden, Informationsquellen zu bewerten und manipulativen Inhalten kritisch zu widerstehen.

Eine weitere Herausforderung besteht darin, dass die Integration digitaler Tools die politische Bildung revolutioniert hat und partizipative Methoden wie Simulationsspiele, Jugendparlamente und Podcasts eingeführt wurden. Diese Ansätze fördern das aktive Engagement und vertiefen das Verständnis für demokratische Prozesse. Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat sich für die Aufnahme digitaler Kompetenzen in die Lehrpläne ausgesprochen und damit deren Bedeutung für die Vorbereitung der Schüler\*innen auf eine aktive Bürgerschaft im digitalen Zeitalter anerkannt.

Schließlich erfordert die zunehmend vielfältige Schülerschaft in Deutschland inklusive Unterrichtsstrategien, die auf die besonderen Erfahrungen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund eingehen, was eine langfristige Priorität der BPB ist. Die Anpassung der politischen Bildung an unterschiedliche Perspektiven stellt sicher, dass sich alle Schüler\*innen repräsentiert und einbezogen fühlen. Programme, die sich auf den interkulturellen Dialog und die Bekämpfung von Diskriminierung konzentrieren, sind für die Förderung des sozialen Zusammenhalts und der demokratischen Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen von entscheidender Bedeutung.

**3.3.2.****POLITISCHE BILDUNG IN BERUFSSCHULEN:  
DIE AKTUELLE SITUATION**

Dieser Abschnitt bietet einen Überblick über die aktuelle Situation der politischen Bildung an Berufsschulen in Deutschland. Zunächst werden die wichtigsten politischen Rahmenbedingungen und Lehrplanstrukturen skizziert, die festlegen, wie politische Bildung offiziell in die Berufsausbildung eingebettet ist. Anschließend wird der Stand der Umsetzung vor Ort anhand aktueller empirischer Studien und Berichte untersucht. Das Kapitel identifiziert auch zentrale Hindernisse und Herausforderungen für die politische Bildung in diesem Bereich.

**3.3.2.1.*****Politischer und  
curricularer Rahmen***

Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat mit ihrem Beschluss von 2008 grundlegende Leitlinien für die politische Bildung an Berufsschulen festgelegt. Dieser Rahmen sieht vor, dass Berufsschulen politische Bildung in das Fach Wirtschafts- und Sozialkunde integrieren und dabei den Schwerpunkt auf die Entwicklung der Fähigkeiten der Schüler\*innen legen, sich verantwortungsbewusst in einer demokratischen Gesellschaft zu engagieren. Der Lehrplan umfasst Themen wie Wirtschaftssysteme, soziale Strukturen und politische Prozesse, um das kritische Denken und fundierte Entscheidungsfindung der Schüler\*innen zu fördern. Im Jahr 2021 hat die KMK diesen Rahmen weiter verfeinert, indem sie ein kompetenzorientiertes Qualifikationsprofil für das Fach eingeführt hat, das die Entwicklung der Fähigkeiten der Schüler\*innen zum verantwortungsvollen Handeln sowohl im beruflichen als auch im gesellschaftlichen Kontext in den Vordergrund stellt.

Die Ausbildung an Berufsschulen kann als Vollzeit- oder Teilzeitkurs organisiert werden. Die Vollzeitausbildung an Berufsschulen kann durch eine Teilzeitausbildung in Unternehmen oder Praktika ergänzt werden, wodurch eine Mischung aus theoretischen und praktischen Lernerfahrungen entsteht. Im Gegensatz dazu umfassen Teilzeitkurse eine gleichbleibende Menge an praktischer Arbeit während der Woche nach einem festen Zeitplan. Während verschiedene Berufe unterschiedlichen Lehrplänen und Vorschriften folgen, umfasst die betriebliche Ausbildung in der Regel etwa 60 % Ausbildung am Arbeitsplatz. Einige Berufe umfassen eine vollständige schulische Ausbildung in Berufsfachschulen, ergänzt durch regelmäßige Praktika und zusätzliche praktische Erfahrungen.

Im Jahr 2022 besuchten landesweit über 2,2 Millionen Schüler\*innen Berufsschulen, während etwas mehr als 900.000 Schüler\*innen allgemeine weiterführende Schulen besuchten (Kultusministerkonferenz, 2024). Diese Daten zeigen, dass die Zahl der Schüler\*innen in der beruflichen Bildung mehr als doppelt so hoch ist wie die Zahl der Schüler\*innen in allgemeinen

weiterführenden Schulen, was die Bedeutung der beruflichen Bildung in der deutschen Bildungslandschaft unterstreicht.

Während die KMK übergeordnete Richtlinien vorgibt, verfügen die einzelnen Bundesländer in Deutschland über die Autonomie, ihre Lehrpläne selbst zu entwickeln und umzusetzen. In Thüringen wurde diese Autonomie genutzt, um einen starken Schwerpunkt auf die politische Bildung an Berufsschulen zu legen. Das Bildungsportal des Landes bietet detaillierte Lehrpläne für berufsbildende Einrichtungen, die sich an den Empfehlungen der KMK orientieren und Komponenten der politischen Bildung enthalten, die politische Strukturen, gesellschaftliche Teilhabe und ethische Überlegungen im beruflichen Kontext in den Vordergrund stellen.

Die politische Bildung nimmt in Thüringer Schulen einen herausragenden Stellenwert ein, da sie im Thüringer Schulgesetz als grundlegendes demokratisches Prinzip des Bildungs- und Erziehungsauftrags verankert ist. Diese rechtliche Grundlage manifestiert sich im Schulalltag durch eine demokratische Unterrichtskultur, aktive Schülerbeteiligung und vielfältige Formen der Mitbestimmung. Die Schüler\*innen werden dazu ermutigt, sich an Entscheidungsprozessen zu beteiligen, wodurch ihr Verantwortungsbewusstsein und ihr Verständnis für demokratische Prinzipien gefördert werden.

### 3.3.2.2.

#### **Umsetzung in der Praxis und Herausforderungen**

In Berufsschulen wird politische Bildung häufig in übergeordnete Fächer wie Wirtschafts- und Sozialkunde integriert. Diese Integration zielt zwar darauf ab, politische Bildung in den für die berufliche Entwicklung der Schüler\*innen relevanten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kontext zu stellen, führt jedoch häufig zu einer Marginalisierung politischer Themen. Wenn wirtschaftliche Kompetenzen aufgrund ihrer vermeintlichen Relevanz für den Arbeitsmarkt priorisiert werden, kann es sein, dass politische Bildung sowohl bei der Gestaltung des Lehrplans als auch in der Unterrichtspraxis weniger Beachtung findet.

Der Umfang und die Tiefe der staatsbürgerlichen Bildung variieren erheblich zwischen den einzelnen Einrichtungen und hängen hauptsächlich von der Initiative, den Qualifikationen und dem Engagement der einzelnen Lehrkräfte ab. Diese Unterschiede werden durch eine Reihe systematischer Hindernisse verstärkt, die eine effektive Umsetzung erschweren. Diese Hindernisse sind struktureller, pädagogischer und ideologischer Natur und überschneiden sich oft, wodurch bestehende Bildungsungleichheiten verstärkt werden.

Ein großes Problem ist der Zeitmangel: Die Lehrpläne der Berufsschulen sind in der Regel sehr eng gesteckt und konzentrieren sich stark auf praktische und technische Fächer, sodass nur wenig Raum für Kurse bleibt, die als „nicht wesentlich“ angesehen werden, wie beispielsweise politische Bildung. Anstatt demokratische Kompetenzen wie kritisches Denken, politische Debatten und die Auseinandersetzung mit aktuellen Ereignissen zu fördern, konzentriert sich die politische Bildung an Berufsschulen daher oft auf wertneutrale oder sichere Kompetenzen wie Pünktlichkeit, Verantwortung und Teamarbeit. Diese Fähigkeiten sind zwar wichtig für die Beschäftigungsfähigkeit, entsprechen jedoch nicht den in den politischen Rahmenbedingungen festgelegten demokratischen Zielen. Der Druck, politische Kontroversen zu vermeiden, insbesondere in politisch polarisierten oder multikulturellen Klassenräumen, kann dazu

führen, dass Lehrkräfte die politische Bildung in vagen, unumstrittenen Begriffen formulieren und ihr damit ihr kritisches und partizipatives Potenzial nehmen (Besand, 2014; Achour, 2019).

Eine zweite Herausforderung betrifft die begrenzten Ressourcen und strukturelle Ungleichheit. Oft mangelt es an aktuellen und pädagogisch relevanten Unterrichtsmaterialien, die ausdrücklich auf Berufsschüler\*innen zugeschnitten sind. Dies führt zu einer Kluft zwischen der Lebensrealität der Berufsschüler\*innen und den im Unterricht vermittelten staatsbürgerlichen Inhalten. Die Unterrichtsmaterialien gehen manchmal nicht auf die sozioökonomischen und politischen Kontexte ein, mit denen diese Schüler\*innen vertraut sind, was die Relevanz und das Engagementpotenzial des Unterrichts verringert. Darüber hinaus zeigen Forschungsergebnisse immer wieder, dass Berufsschulen, die Schüler\*innen aus benachteiligten Verhältnissen aufnehmen, oft eine schwächere Form der politischen Bildung anbieten (Achour, 2019). Mit anderen Worten: Schulen, die bereits über starke Ressourcen und engagierte Schüler\*innen verfügen, bieten eher eine solide politische Bildung an. Im Gegensatz dazu können Schulen mit weniger Ressourcen und mehr sozioökonomisch benachteiligten Schüler\*innen diese Defizite oft nicht ausgleichen. Dies verstärkt die soziale Ungleichheit, anstatt sie zu verringern, da die Schüler\*innen, die politische Teilhabe am dringendsten benötigen, die geringste Unterstützung erhalten.

Drittens ist die unzureichende Lehrkräfteausbildung ein wiederkehrendes Problem. Vielen Lehrkräften, die für die politische Bildung an Berufsschulen zuständig sind, fehlt eine spezielle Ausbildung in Politikwissenschaft, politischer Bildung oder verwandten Bereichen. Dies wirkt sich auf die Qualität und Tiefe des Unterrichts aus. Darüber hinaus geben viele Berufsschullehrkräfte an, dass sie sich nicht ausreichend vorbereitet fühlen, um politische Themen zu unterrichten, insbesondere auf eine Weise, die Debatten, Kontroversen oder politischen

Pluralismus fördert (Besand, 2014). In Thüringen beispielsweise bietet nur die Universität Erfurt einen Masterstudiengang in Pädagogik an, der ausdrücklich für Berufsschullehrkräfte konzipiert ist. Von den Studierenden, die dieses Programm aufnehmen, wird erwartet, dass sie sich bereits während ihres Bachelorstudiums auf einen beruflichen Bereich (z. B. Elektrotechnik) und idealerweise auf ein allgemeines Bildungsfach (z. B. Sozialkunde) spezialisiert haben. Der Masterstudiengang konzentriert sich dann auf Didaktik und Erziehungswissenschaft. Dieses Modell zielt zwar darauf ab, die staatsbürgerliche Bildung zu verbessern, doch ist das Programm nach wie vor in Umfang und Verfügbarkeit begrenzt.

Eine Studie von Savage und Becker (2021) über berufliche Laufbahnen und staatsbürgerliche Ergebnisse in Deutschland ergab, dass Personen, die eine berufliche Ausbildung absolviert haben, im Allgemeinen weniger politisch engagiert sind als ihre Altersgenossen in akademischen Laufbahnen. Sie zeigen weniger Interesse an politischen Themen und beteiligen sich seltener an demokratischen Prozessen wie Wahlen. Dies deutet auf einen direkten Zusammenhang zwischen der Qualität der politischen Bildung und der demokratischen Beteiligung von Berufsschulabsolventen hin.

### 3.3.3. UMSETZUNG DER POLITISCHEN BILDUNG IN BERUFSSCHULEN: PERSPEKTIVEN VON SCHÜLER\*INNEN, LEHRKRÄFTEN, JUGENDARBEITENDEN UND EXPERT\*INNEN

Um die Umsetzung der politischen Bildung in Berufsschulen zu verstehen, müssen nicht nur Lehrpläne, Richtlinien und institutionelle Strukturen analysiert werden, sondern auch die Stimmen derjenigen berücksichtigt werden, die direkt an diesen Bildungsprozessen beteiligt oder davon betroffen sind. Dieses Kapitel präsentiert Erkenntnisse aus 12 qualitativen Interviews mit Jugendlichen, erwachsenen Arbeitnehmern und Lehrern, von denen 6 mehrere Funktionen in Bereichen wie NRO-Expertise, freiberufliche nicht-formale Bildung und Lehrkräfteausbildung ausüben. Darüber hinaus nahmen fünf akademische Expert\*innen an einer separaten Podiumsdiskussion während einer Konferenz teil, bei der sie über das Thema politische Bildung in Berufsschulen diskutierten. Eine Fokusdiskussion mit vier Lehrkräften, unterstützt durch eine Online-Umfrage (15 Antworten von Lehrkräften), bietet eine fundierte Perspektive auf die aktuellen Bedingungen, Herausforderungen und Potenziale des staatsbürgerlichen Lernens im Kontext der beruflichen Bildung und Ausbildung. Die Interviews verdeutlichen die Fragmentierung zwischen formalen und nicht-formalen Ansätzen, die Abhängigkeit von der Initiative einzelner Lehrkräfte und die Grenzen der aktuellen Lehrpläne, die oft keinen Bezug zur Lebensrealität der Schüler\*innen haben, wie wir durch eine Online-Umfrage (26 Antworten von Schüler\*innen<sup>4</sup>) festgestellt haben.

4 Wir hatten auch beabsichtigt, die Bildungsbehörden, nämlich Vertretende der Bildungsministerien und der für die berufliche Bildung zuständigen Behörden, in unsere Studie einzubeziehen. Die Idee war, ihre Ansichten und Meinungen zum Stand der politischen Bildung in Berufsschulen sowie zu den Aktivitäten, die sie in diesem Bereich unternehmen, zu sammeln. Leider haben die Bildungsbehörden trotz wiederholter Versuche weder auf unsere Einladung reagiert noch eine Erklärung für ihre Weigerung abgegeben, an unserer Studie teilzunehmen. Vielleicht ist auch dies ein Indikator dafür, dass sie sich der Bedeutung der politischen Bildung in Berufsschulen bewusst sind.

Die Perspektiven der Teilnehmenden bieten einen differenzierten Blick darauf, wie staatsbürgerliche Bildung in verschiedenen Umgebungen verstanden, erlebt und vermittelt wird, sowie auf die systemischen Faktoren, die ihre effektive Umsetzung ermöglichen oder behindern. Obwohl wir geplant hatten, Schüler\*innen und ein breiteres Spektrum von Fachleuten einzubeziehen, war dies aufgrund von Zeitbeschränkungen schwierig. Wir hätten gerne mehr Perspektiven einbezogen, insbesondere die der unmittelbar Betroffenen, aber es erwies sich als schwierig, mit ihnen in Kontakt zu treten – eine Schwierigkeit, die möglicherweise die aktuelle Situation in Berufsschulen und ein allgemeines Desinteresse oder mangelndes Engagement für dieses Thema widerspiegelt. Die Einbeziehung dieser Stimmen bleibt ein wichtiges Ziel für zukünftige Forschungen.

#### 3.3.3.1. Perspektive der Schüler\*innen

In diesem Abschnitt werden die wichtigsten Ergebnisse einer Umfrage unter Schüler\*innen vorgestellt, die an berufsbildenden Programmen in Thüringen teilnehmen. Ziel der Umfrage war es, die Wahrnehmungen, Erfahrungen und Erwartungen der Schüler\*innen in Bezug auf politische Bildung im Kontext ihrer beruflichen und sozialen Realität zu bewerten. Die Ergebnisse zeigen sowohl den Wert, den die Schüler\*innen der politischen Bildung beimessen, als auch erhebliche Lücken bei ihrer Umsetzung. Politische Bildung, die kontextbezogen, partizipativ und auf die Lebenserfahrungen der Schüler\*innen abgestimmt ist, scheint das größte Wirkungspotenzial zu haben.

Die meisten Berufsschüler\*innen zeigten ein Verständnis für Grundrechte wie Meinungsfreiheit, Zugang zu Bildung und Versammlungsfreiheit. Allerdings zeigten sich Lücken im Wissen über spezifische Rechte, die für die Berufsausbildung, die Arbeitsbedingungen und die Unionsbürgerschaft relevant sind. Eine bemerkenswerte Anzahl von Schüler\*innen gab zu, unsicher zu sein, was darauf hindeutet, dass die auf ihre Rechte basierende Bildung in ihrem Alltag oder Berufsleben

nicht ausreichend kontextualisiert ist. Obwohl viele Schüler\*innen glauben, dass sie einen gewissen Einfluss auf Entscheidungen haben – hauptsächlich durch Wahlen, Vertretung im Klassenzimmer oder informelle Feedback-Kanäle –, herrscht weit verbreitete Skepsis darüber, dass ihre Stimmen in institutionellen Kontexten gehört werden, insbesondere dort, wo hierarchische oder unzugängliche Strukturen vorherrschen. Das Verständnis der Schüler\*innen von aktiver Bürgerschaft umfasst oft das Engagement in der Gemeinschaft, Wahlen, das Eintreten für Gerechtigkeit und das Informiertsein; jedoch äußerten Schüler\*innen mit Migrationshintergrund oder solche, die Erfahrungen mit Diskriminierung gemacht haben, auch emotionale Zurückhaltung oder Selbstzweifel, wenn es um die Teilnahme am politischen Diskurs geht.

Politische Bildung wird positiv bewertet, wenn sie mit praktischem Wissen wie Arbeitnehmerrechten, demokratischen Werten oder aktuellen Ereignissen verbunden ist. Mehrere Schüler\*innen äußerten jedoch Frustration über den Unterricht, der ihnen abstrakt oder veraltet erschien. In einigen Fällen lehnten die Schüler\*innen die politische Bildung als irrelevant ab, was möglicherweise auf eine allgemeine Abkehr von formalen Bildungsstrukturen hindeutet. Während sich die Lehrpläne oft auf die Struktur politischer Institutionen wie den Bundestag, die EU oder Wahlsysteme konzentrieren, äußerten die Schüler\*innen großes Interesse an Themen, die ihr Leben direkt betreffen. Dazu gehören Arbeitsrechte, Antidiskriminierungsmaßnahmen, Sensibilisierung für psychische Gesundheit, Steuern und rechtliche Verträge sowie barrierefreie Wege zur politischen Teilhabe.

Die Schüler\*innen äußerten gemischte Meinungen darüber, ob die politische Bildung sie auf den Arbeitsmarkt vorbereitet. Während einige die Einblicke in das Arbeitsrecht und demokratische Prozesse schätzten, kritisierten andere den Mangel an praktischer Anwendbarkeit und forderten eine stärkere Fokussierung auf kritisches Denken und die Relevanz für die reale Welt. Was Gewerkschaften angeht, hatten die meisten Schüler\*innen zwar schon davon gehört, verfügten jedoch nicht über ein tieferes Verständnis über ihrer Rolle und

Funktion. Sie schlugen eine klare, berufsspezifischere Ausbildung zu diesem Thema vor, idealerweise in Form von Gastvorträgen oder Rollenspielen.

Das Schulklima war laut den Schüler\*innen sehr unterschiedlich. Während sich einige respektiert und sicher fühlten, berichteten andere von emotionaler Distanz, Mobbing (auch durch Lehrkräfte) oder mangelnder Offenheit gegenüber Vielfalt und kritischen Diskussionen. Die Schüler\*innen gaben mehrere Empfehlungen zur Verbesserung der politischen Bildung. Dazu gehörten der Einsatz interaktiver, informeller Formate wie Workshops, Debatten und Gastredner, die Verankerung politischer Diskussionen in realen Erfahrungen, die stärkere Einbeziehung der Schüler\*innen in die Gestaltung der Lehrpläne und die Schaffung engerer Verbindungen zwischen politischer Bildung und beruflicher Identität.

Insgesamt betonten die Schüler\*innen, dass politische Bildung am effektivsten ist, wenn sie relevant und partizipativ ist und in die Realitäten des Alltags und der Arbeit eingebettet ist. Eine Entkopplung von der Identität oder den Bestrebungen der Schüler\*innen führt zu Desinteresse. Die Ergebnisse unterstreichen jedoch auch das transformative Potenzial der politischen Bildung als Instrument der Selbstermächtigung – insbesondere für Schüler\*innen aus unterrepräsentierten oder marginalisierten Verhältnissen –, wenn sie auf die beruflichen und sozialen Herausforderungen abgestimmt ist, denen sie gegenüberstehen.

### 3.3.3.2.

#### *Perspektive der Lehrkräfte*

In diesem Abschnitt werden die Ergebnisse aktueller qualitativer Daten zum Stand der politischen Bildung an Berufsschulen in Deutschland vorgestellt. Die Analyse zeigt erhebliche Lücken in der Lehrkräfteausbildung, den pädagogischen Ansätzen und den institutionellen Unterstützungsstrukturen auf.

Lehrkräfte sind oft unzureichend ausgestattet, erhalten zu wenig Unterstützung und arbeiten ohne klaren Rahmen, obwohl sie die Dringlichkeit erkennen – insbesondere angesichts des zunehmenden demokratischen Rückschritts, der Polarisierung und der Desinformation. Die politische Bildung in Berufsschulen sollte als zentrale demokratische Aufgabe neu definiert und nicht als optionales Zusatzangebot betrachtet werden. Dies erfordert politische Reformen, strukturelle Investitionen und einen kulturellen Wandel innerhalb des Berufsbildungssystems.

Die meisten Lehrkräfte betrachten staatsbürgerliche und politische Bildung als grundlegend für die demokratische Entwicklung, da sie die Schüler\*innen darauf vorbereitet, sich verantwortungsbewusst in die Gesellschaft und den Arbeitsplatz einzubringen. Politische Bildung wird jedoch oft als weiches oder ergänzendes Fach behandelt, dem es an einer klaren Integration in den Lehrplan, festen Zeitfenstern oder institutioneller Priorität mangelt. Ihre Umsetzung hängt stark vom persönlichen Engagement einzelner Lehrkräfte ab und nicht von einer einheitlichen schulweiten oder politikgesteuerten Strategie. Lehrkräfte haben beobachtet, dass politische Bildung oft zu theoretisch und zu weit entfernt vom Alltag und den Berufswünschen der Schüler\*innen ist.

Darüber hinaus werden Themen wie Demokratie und politische Systeme zwar als wichtig angesehen, müssen jedoch mit beruflichen Kontexten verknüpft werden (z. B. Arbeitnehmerrechte, Rolle der Gewerkschaften, soziale Gerechtigkeit in Berufen). Die Schüler\*innen reagieren besser, wenn politische Themen mit ihrer Realität in Verbindung stehen, wie z. B. Arbeitnehmerrechte, Arbeitsethik oder aktuelle Themen in ihren Branchen.

Politische Bildung wird von den Schüler\*innen manchmal als Umerziehung oder Moralisierung wahrgenommen, insbesondere wenn die Lehrkräfte politisch aktiv sind. Die starre, auf Effizienz ausgerichtete Struktur von Berufsschulen (die als „Fließbandlogik“ beschrieben wird) schränkt partizipative, kreative Lernformate ein. Die mangelnde Beteiligung der Schüler\*innen an der Schulverwaltung wurde als erhebliches Demokratiedefizit in Berufsschulen identifiziert. Viele Lehrkräfte sind zurückhaltend, wenn es darum geht, politische oder polarisierende Themen zu diskutieren, da sie befürchten, ihre Neutralität zu verletzen und Beschwerden von Eltern, Schüler\*innen oder politischen Akteuren zu provozieren. Viele Lehrkräfte erwähnten auch einen Mangel an Ressourcen, darunter einen Mangel an altersgerechten, berufsbezogenen und digitalen Unterrichtsmaterialien. Hinzu kommt eine ungleiche Beteiligung der Schüler\*innen, wobei die Lehrkräfte sowohl mit hoch politisierten als auch mit völlig desinteressierten Schüler\*innen konfrontiert sind, was die Dynamik im Klassenzimmer erschwert.

Trotz der zentralen Rolle, die Lehrkräfte bei der Förderung demokratischer Kompetenz spielen, berichten die meisten Pädagog\*innen in berufsbildenden Einrichtungen von einer minimalen formalen Vorbereitung auf die politische Bildung. Fortbildungsmöglichkeiten – sofern vorhanden – sind oft freiwillig, allgemein gehalten und einmalig. Diese Lücken beeinträchtigen nicht nur das Selbstvertrauen der Lehrkräfte, sondern schränken auch ihre Fähigkeit ein, auf die realen Anliegen der Schüler\*innen einzugehen.

Schüler\*innen in Berufsschulen zeigen ein deutlich größeres Engagement, wenn staatsbürgerliche Themen einen Bezug zum Alltag haben. Unterrichtseinheiten, die sich mit gelebten Erfahrungen befassen – wie Lohnvorschriften, Mietrechte, Diskriminierung am Arbeitsplatz oder digitale Freiheiten – finden mehr Resonanz als abstrakte politische Theorien.

Hindernisse für das Engagement bestehen weiterhin, wenn politische Inhalte zu theoretisch sind oder

nicht auf die von den Schülern wahrgenommene Realität eingehen. Viele Schüler\*innen äußern eine Distanz zur Politik, die durch ihre begrenzte Aufmerksamkeitsspanne und die Verbreitung von unterhaltungsorientierten digitalen Plattformen wie TikTok und ChatGPT noch verstärkt wird. Das politische Interesse und Wissen der Schüler\*innen ist sehr unterschiedlich und reicht von hoch engagierten Teilnehmenden am Schülerparlament bis hin zu Personen, die keine Kenntnis von aktuellen Ereignissen wie dem Krieg in der Ukraine haben. Diese Diskrepanz stellt eine große Herausforderung für ein inklusives Engagement im Unterricht dar und erfordert vielfältige Unterrichtsstrategien.

Zwar gibt es einige Weiterbildungsangebote im Bereich der politischen Bildung, diese sind jedoch freiwillig und werden nicht systematisch umgesetzt. Ein Lehrer betont die Wirkungslosigkeit obligatorischer Workshops für uninteressierte Mitarbeitende und plädiert für den Aufbau eines motivierten Kernteams von Pädagog\*innen. Er berichtet von realen Vorfällen mit rechtsextremer Symbolik unter Schüler\*innen, die die Selbstgefälligkeit der Institution und die Schwierigkeit der Durchsetzung demokratischer Normen offenbaren.

Zusammenfassend haben die Lehrkräfte einen klaren Fahrplan zur Verbesserung der politischen Bildung in berufsbildenden Schulen identifiziert:

- *Strukturelle Integration:* Politische Bildung muss in den gesamten Lehrplan eingebettet sein und darf nicht auf Sozialkunde beschränkt bleiben. Themen wie demokratische Teilhabe, Nachhaltigkeit und Arbeitsethik sollten mit berufsbezogenen Inhalten verknüpft werden.
- *Berufliche Relevanz:* Es sollten explizite Verbindungen zwischen bürgerschaftlichem Engagement und beruflicher Identität hergestellt werden, z. B. durch die Verknüpfung von Demokratie am Arbeitsplatz mit Arbeitnehmerrechten oder durch die Diskussion von Nachhaltigkeit in branchenspezifischen Kontexten.
- *Befähigung der Lehrkräfte:*
  - Schaffung von Freiräumen und Möglichkeiten zur beruflichen Weiterentwicklung.
  - Klärung der rechtlichen Grenzen in Bezug auf Neutralität und wertebasierte Bildung.
  - Förderung des gegenseitigen Lernens und Praxisgemeinschaften.
- *Innovative Pädagogik:*
  - Nutzung kulturell relevanter digitaler Formate, darunter Influencer-Videos, Memes, Simulationen und Fallstudien.
  - Nutzung hybrider und Online-Tools für Flexibilität und Zugänglichkeit.
- *Sektorübergreifende Partnerschaften:*
  - Aufbau von Kooperationen mit NGOs, Jugendarbeitern und politischen Stiftungen für gemeinsames Lehren, Lernlabore und projektbasierte bürgerliche Initiativen.
  - Förderung institutioneller Partnerschaften mit zivilgesellschaftlichen Organisationen unter der Leitung der Schulleitung und mit Unterstützung durch spezielle Koordinierungsressourcen.

## 3.3.3.3.

**Perspektiven von Jugend- und  
Erwachsenenarbeitenden sowie NRO-Expert\*innen**

Jugendarbeitende und Moderatoren für politische Bildung spielen ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Ergänzung der formalen politischen Bildung in Berufsschulen. Während Berufsschulen oft nicht über die nötige Flexibilität oder Tiefe in der demokratischen Bildung verfügen, führen nicht-formale Pädagog\*innen partizipative Formate, Erfahrungslernen und Beteiligungsmöglichkeiten ein, die sonst im Schulalltag der Schüler\*innen fehlen. Die Interviews mit Jugendarbeitenden und Auszubildenden bieten einen detaillierten Einblick in die Herausforderungen und das transformative Potenzial der nicht-formalen politischen Bildung, insbesondere in Bezug auf Berufsschulen.

Eine wiederkehrende Sorge der Befragten war die Schwierigkeit, Zugang zu Berufsschulen zu erhalten und eine nachhaltige Zusammenarbeit aufzubauen. Die Zusammenarbeit hängt häufig von einer einzigen Kontaktperson innerhalb der Schule ab – oft einer Lehrkraft oder Sozialarbeitenden –, die motiviert und verfügbar ist. Dieser Zugang ist jedoch nicht immer möglich: Anfragen bleiben manchmal unbeantwortet, und institutionelle Zugangsbeschränkungen können ein sinnvolles Engagement verhindern.

Die starre Struktur und die zeitlichen Beschränkungen von Berufsschulen wurden ebenfalls als erhebliche Herausforderungen hervorgehoben. Die Trainer\*innen<sup>5</sup> stellten fest, dass die Stundenpläne wenig Raum für bürgerschaftliches Engagement lassen und von den Schulmitarbeitenden als Randthemen wahrgenommen werden. Diese Wahrnehmung führt oft dazu, dass Workshops oder Besuche nur dann geplant werden, wenn noch Zeit übrig ist, beispielsweise während Projektwochen.

<sup>5</sup> Der hier verwendete Begriff ‚Trainer\*in‘ ist eine Übersetzung des englischen *facilitator*, der im NGO- und Bildungskontext eine Person bezeichnet, die Lern- und Gruppenprozesse begleitet und ermöglicht

Trotz dieser Hindernisse berichteten die Trainer\*innen von Erfolgen mit projektbasierten und interaktiven Methoden, die die Schüler\*innen direkter und persönlicher einbeziehen. Simulationsspiele, Rollenspiele, Outdoor-Pädagogik und gemeindeorientierte Workshops wurden als praktische Instrumente hervorgehoben, um abstrakte staatsbürgerliche Konzepte zum Leben zu erwecken.

Ein Experte beschrieb die Durchführung von simulierten Krisenverhandlungen, in denen den Schüler\*innen politische und institutionelle Rollen zugewiesen wurden. Durch die Diskussion realer Probleme und die Aushandlung kollektiver Entscheidungen wurden die Schüler\*innen dazu angeregt, andere Perspektiven als ihre eigenen zu verstehen und sich in sie hineinzusetzen. Andere wiesen auf den Wert des Erfahrungslernens außerhalb des Klassenzimmers hin. Naturbasierte Teambuildingübungen und kreative Workshops ermöglichten es den Schüler\*innen, den Gruppenzusammenhalt zu fördern, wichtige Soft Skills zu entwickeln und sich in reflektierenden Praktiken zu üben. Langfristige Jugendarbeit-Initiativen wurden ebenfalls als wirksam beschrieben, insbesondere solche, die Schüler\*innen bei der Umsetzung kleinerer staatsbürgerlicher Projekte unterstützen.

Darüber hinaus betonten die Befragten, dass politische Bildung über die Vermittlung formaler politischer Kenntnisse hinausgehen und auch die persönliche Selbstbestimmung, das soziale Engagement und die Identitätsentwicklung umfassen sollte. Schüler\*innen sind nicht nur zukünftige Wähler\*innen, sondern bereits soziale Akteur\*innen mit Erfahrungen von Ungleichheit, Diskriminierung und Ausgrenzung. Eine sinnvolle politische Bildung sollte diese Realitäten widerspiegeln und thematisieren. Ein Trainer berichtete von einer Situation, in der ein Schüler sich bei einer von der Schule organisierten Veranstaltung zur politischen Bildung wie „ein Möbelstück“ fühlte – eher als Alibi-Teilnehmer denn als aktiver Teilnehmer. Im Gegensatz dazu halfen politische

Bildungsprogramme, die auf Dialog und Anerkennung basierten, solchen Schüler\*innen, sich gesehen und geschätzt zu fühlen. Sichere, inklusive Räume, die durch nicht-formale Bildung geschaffen wurden, ermöglichten den Ausdruck persönlicher Geschichten und Identitäten, die in traditionellen Unterrichtssituationen oft marginalisiert werden.

Die Interviews zeigten auch anhaltende Spannungen zwischen nicht-formalen Bildungsmethoden und der Struktur der formalen Schulbildung. Die Trainer\*innen äußerten häufig Frustration über die Rigidität der Berufsschulen und die hohe Bedeutung, die akademischen Leistungen und Noten beigemessen wird. Die Schüler\*innen bringen oft Ängste mit in die Workshops, die durch jahrelange Schulbildung geprägt sind, in der Korrektheit Vorrang vor Erkundung und Experimentieren hat. Das führt dazu, dass sie zögern, Risiken einzugehen oder Unsicherheit zu zeigen – selbst dann, wenn sie in offenen, nicht benoteten Umgebungen sind.

Alle Trainer\*innen äußerten sich besorgt über die Unsicherheit und Kurzfristigkeit ihrer Arbeit. Die meisten nicht-formalen Initiativen zur politischen Bildung sind auf vorübergehende Projektfinanzierungen angewiesen, oft durch EU-Programme wie Erasmus+ oder durch die Unterstützung von lokalen Behörden und Stiftungen. Diese Projekte dauern oft nur wenige Wochen oder Monate, was ihre Fähigkeit, langfristige Veränderungen zu bewirken, einschränkt.

Darüber hinaus sind Trainer\*innen oft freiberufliche Pädagogen oder arbeiten für kleine NROs mit begrenzten Verwaltungskapazitäten. Sie müssen sich ständig um neue Fördermittel bewerben, sich an wechselnde Prioritäten anpassen und Programme mit minimaler finanzieller oder institutioneller Unterstützung verwalten. Das Fehlen von Nachbereitung oder Kontinuität wurde als ein bedeutendes Problem genannt. Während einige Schulen Wiederholungsbesuche begrüßen, fehlt es vielen an Personal, Interesse oder finanziellen Mitteln, um Beziehungen zu externen Pädagog\*innen

aufrechtzuerhalten. Ohne einen klaren institutionellen Rahmen bleibt die nicht-formale politische Bildung fragmentiert und fragil.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Perspektiven von Jugendarbeitenden und Trainer\*innen sowohl den Wert als auch die Anfälligkeit der politischen Bildung außerhalb der traditionellen Schule verdeutlichen. Diese Pädagogen wenden dynamische Methoden an, fördern ein inklusives Umfeld und vermitteln den Schüler\*innen praktische Erfahrungen mit dem demokratischen Leben. Ihre Bemühungen werden jedoch oft durch eingeschränkten Zugang, fehlende Finanzmittel und systemische Inkompatibilität mit den Strukturen der beruflichen Bildung eingeschränkt.

### 3.3.3.4.

#### *Perspektive der Expert\*innen*

Während der Podiumsdiskussion betonten akademische Expert\*innen, dass politische Bildung in Berufsschulen dringend erforderlich und derzeit unterentwickelt ist. Die Expert\*innen formulieren dies anhand von vier zentralen Defizitperspektiven, die jeweils auf systemische Lücken im Lehrplan, in der Lehrkräfteausbildung und in der Umsetzung hinweisen.

Politische Bildung als Brandbekämpfungsmaßnahme. In vielen Berufs- und Sekundarschulen wird politische Bildung oft als reaktives Instrument behandelt, das nur dann eingesetzt wird, wenn problematische Verhaltensweisen wie Rechtsextremismus oder antidemokratische Äußerungen auftreten. Schulen reagieren in der Regel mit isolierten Workshops oder kurzfristigen Interventionen und erwarten eine sofortige Lösung tief verwurzelter Probleme. Dieser Ansatz ist grundsätzlich unzureichend. Kurzfristige Interventionen können zwar vorübergehend das Bewusstsein schärfen, statten Schulen oder Schüler\*innen jedoch nicht mit den Kompetenzen aus, die für ein langfristiges demokratisches Engagement erforderlich sind. Es besteht ein dringender Bedarf, politische Bildung in die langfristige Organisationsentwicklungsstrategie einer Schule zu integrieren. Politische Rahmenbedingungen müssen Schulen dabei

unterstützen, eine inklusive Kultur aufzubauen, die Beteiligung der Schüler\*innen zu fördern und demokratische Werte kontinuierlich zu stärken, anstatt nur auf Probleme zu reagieren.

Falsche Trennung von politischer und beruflicher Bildung. In der Landschaft der beruflichen Bildung hält sich seit langem der Mythos, dass berufliche und politische Bildung getrennte und voneinander trennbare Bereiche sind. Diese Auffassung unterschätzt die inhärenten politischen Dimensionen des Berufslebens und der beruflichen Bildung. Im Gegensatz zu dieser Trennung wird die berufliche Identität stark von politischen, gesellschaftlichen und ethischen Kontexten geprägt. So überschneidet sich beispielsweise die Rolle von Kfz-Mechaniker\*innen heute zunehmend mit Umweltgesetzen, Nachhaltigkeitsstandards und der Einhaltung von Vorschriften – eindeutig politische und gesellschaftliche Themen. Berufliche Aufgaben sind also nicht politisch neutral, sondern eingebettet in umfassendere politische Rahmenbedingungen, die Arbeitsbedingungen, Branchennormen und bürgerliche Pflichten regeln. Obwohl politische Dokumente, wie beispielsweise die der Kultusministerkonferenz (KMK), ausdrücklich die Integration der politischen Bildung in berufliche Lehrpläne befürworten, bleibt die Realität in den Klassenzimmern oft hinter diesen Ambitionen zurück. Lernmaterialien und Lehrmethoden vernachlässigen diese ganzheitliche Integration weitgehend und behandeln politische Bildung als separates oder optionales Zusatzangebot und nicht als Kernkomponente der beruflichen Kompetenz. Die Überwindung der künstlichen Trennung zwischen beruflicher und politischer Bildung ist für die Ausbildung sozial verantwortlicher Fachkräfte von entscheidender Bedeutung. Eine angemessene Integration erfordert nicht nur politische Unterstützung, sondern auch Lehrplaninnovationen, Lehrkräftefortbildungen und die Entwicklung interdisziplinärer Unterrichtsmaterialien, die politisches Lernen mit beruflichen Realitäten in Einklang bringen.

Mangel an Fachwissen und Ressourcen für die Umsetzung. Ein anhaltendes Hindernis für eine wirksame politische Bildung in Berufsschulen ist der Mangel an fachspezifischem Wissen und pädagogischem Selbstvertrauen unter den Lehrkräften. Viele Pädagog\*innen,

insbesondere diejenigen, die außerhalb ihres Hauptfachs unterrichten, greifen eher auf allgemeine Wissensquellen – wie Nachrichtenmedien – zurück als auf strukturierte, didaktische Ansätze. Dies führt zu einer oberflächlichen Behandlung politischer Inhalte und untergräbt die Tiefe und Relevanz des staatsbürgerlichen Lernens.

Das Missverständnis, dass Berufsschüler\*innen sich nicht für Politik interessieren. Ein weit verbreitetes Missverständnis im Bildungsdiskurs ist, dass Schüler\*innen in der beruflichen Bildung kein Interesse an Politik haben. Empirische Untersuchungen widersprechen dieser Darstellung jedoch und zeigen, dass junge Erwachsene – insbesondere männliche Schüler in beruflichen Bildungseinrichtungen – in wichtigen Übergangsphasen, wie dem Eintritt ins Berufsleben, oft eine erhöhte politische Neugierde zeigen. Soziologische Rahmenkonzepte, darunter die Rollentheorie und die Entwicklungspsychologie, unterstreichen die Bedeutung dieser Phase als entscheidend für die politische Sozialisation. Daher hat die politische Bildung an Berufsschulen nicht nur eine prägende, sondern auch eine kompensatorische Funktion, da sie darauf abzielt, systemische Ungleichheiten zu beseitigen und das demokratische Engagement von Schüler\*innen zu fördern, die in institutionellen Einrichtungen häufig marginalisiert werden. Entscheidend ist, dass das Versäumnis, diese Bevölkerungsgruppe während ihrer Berufsausbildung einzubeziehen, die Gefahr birgt, die letzte wirksame Gelegenheit für politische Bildung zu verpassen, was langfristig zu einer Verstärkung der demokratischen Entfremdung führen könnte.

## DISKUSSION

In diesem Abschnitt fassen wir zunächst die wichtigsten Erkenntnisse aus den drei Fallstudien zusammen. Wir interessieren uns insbesondere für die Erkenntnisse der wichtigsten Interessengruppen – Schüler\*innen, Lehrkräfte, Jugendarbeitende und Expert\*innen – hinsichtlich des Zustands der politischen Bildung an Berufsschulen in den von uns analysierten Ländern.

Wir beginnen mit Kroatien und stellen einige wichtige Erkenntnisse vor. Insgesamt zeigt die Analyse eine systemische Kluft zwischen politischen Absichten und der Realität im Klassenzimmer. In allen Gruppen herrscht Einigkeit darüber, dass politische Bildung für die Förderung von aktivem Bürgersinn und kritischem Denken von großer Bedeutung ist; dennoch ist ihre derzeitige Umsetzung weitgehend nominell, fragmentiert und von der Initiative einzelner Pädagog\*innen abhängig.

Zusätzlich zu dieser allgemeinen Einschätzung liefern wir auch einige spezifischere Erkenntnisse. Erstens sehen alle Interessengruppen, einschließlich der Schüler\*innen, das Hauptziel der politischen Bildung in der Förderung und Entwicklung von kritischem Denken und politischer Partizipation. Zweitens sind Lehrkräfte, Expert\*innen und Jugendarbeitende der Meinung, dass politische Bildung sowohl für die persönliche Entwicklung der Schüler\*innen als auch für den Aufbau einer demokratischen politischen Kultur, die eine Voraussetzung für das reibungslose Funktionieren der Demokratie ist, von entscheidender Bedeutung ist. Drittens gibt es politische Bildung zwar formal an Berufsschulen, doch wird sie in der Praxis selten umgesetzt. Expert\*innen äußern sich am kritischsten und warnen davor, dass Berufsschulen zunehmend darauf ausgerichtet sind, gefügte Arbeitnehmende statt aktive Bürger\*innen hervorzubringen. Sie betrachten die jüngsten Reformen der beruflichen Bildung als verpasste Gelegenheit, politische Kompetenzen und Arbeitnehmerrechte in den Lehrplan zu integrieren. Viertens ist die Einstellung der Schüler\*innen zur politischen Bildung nicht einheitlich. Einerseits sind sie mit der derzeitigen Umsetzung unzufrieden und bemerken, dass ihnen der fächerübergreifende Ansatz fremd ist und das Fach Politik und Wirtschaft wenig interessant ist. Gleichzeitig bekunden die Schüler\*innen jedoch Interesse an einer Form der politischen Bildung, die auf ihren realen Erfahrungen basiert. Darüber hinaus zeigen sie Interesse daran, durch politische Bildung konkrete Methoden des kollektiven Handelns zu erlernen. Viele betonen auch die Bedeutung der Integration praktischer, für den Arbeitsmarkt relevanter Kompetenzen, darunter Arbeitnehmerrechte, Gewerkschaftsfunktionen und Berufsvorbereitung. Fünftens sind fast

alle Lehrkräfte, Expert\*innen und Jugendarbeitende der Meinung, dass eine systematische Reform notwendig ist, um die politische Bildung innerhalb des Bildungssystems, insbesondere in Berufsschulen, zu verbessern. Diese Interessengruppen betonen auch, dass der politische Wille eine grundlegende Voraussetzung für eine solche Reform ist. Unter den konkreten Empfehlungen heben sie hervor, dass politische Bildung als eigenständiges Fach mit klar definierten Zielen, einem genau festgelegten Lehrplan und einer kontinuierlichen Lehrerfortbildung umgesetzt werden sollte. Sechstens ist es neben der systematischen Einführung der politischen Bildung notwendig, ein hochwertiges System der Lehrererstausbildung sowie ein System der kontinuierlichen beruflichen Weiterbildung für Lehrkräfte zu schaffen, die politische Bildung vermitteln. Schließlich betonten alle Akteure die Bedeutung partizipativer Lehrmethoden und hoben die Notwendigkeit einer systematischeren Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen in die Umsetzung der schulischen politischen Bildung hervor.

Insgesamt unterstreicht der Fall Kroatiens, dass ohne ein klar definiertes, gut unterstütztes und obligatorisches Programm zur politischen Bildung, das in der Realität der Berufsschüler\*innen verankert und mit ihrer sozialen und beruflichen Zukunft verknüpft ist, die Bemühungen zur Förderung der demokratischen Teilhabe und der politischen Verantwortung oberflächlich bleiben werden. Die Abstimmung von politischem Engagement, Lehrkräfteausbildung und partizipativen Pädagogikansätzen erweist sich als zentrale Voraussetzung für eine sinnvolle Reform.

Die Analyse der politischen Bildung in rumänischen Berufsschulen zeigt einen einheitlichen Ruf nach einem praxisorientierteren, ansprecheren und systematisch integrierten Ansatz für die politische Bildung. In allen vier Zielgruppen kam man zu einer gemeinsamen und weitgehend einhelligen Schlussfolgerung: Politische Bildung ist unerlässlich – nicht nur in akademischen Gymnasien, sondern ebenso in Berufsschulen. In allen Gruppen herrscht Einigkeit darüber, dass das derzeitige Angebot sowohl hinsichtlich der Häufigkeit als auch der Tiefe unzureichend ist und dass sein Potenzial, die Schüler\*innen auf eine aktive demokratische Teilhabe und

den Arbeitsmarkt vorzubereiten, weitgehend ungenutzt bleibt.

Die Schüler\*innen äußern den starken Wunsch nach einer politischen Bildung, die über abstrakte Theorie hinausgeht und sich stattdessen auf praktische Anwendungen wie Finanzkompetenz, Arbeitnehmerrechte, ethisches Verhalten, kritisches Denken und gesellschaftliches Engagement konzentriert. Sie schätzen interaktive Formate wie Debatten, Simulationen, Scheinwahlen und Gastvorträge und wünschen sich, dass der Lehrplan drängende gesellschaftliche Themen wie Nachhaltigkeit, Online-Sicherheit und Medienkompetenz widerspiegelt. Viele verbinden politische Bildung mit Empowerment und der Fähigkeit, Entscheidungen in der Schule und in lokalen Gemeinschaften zu beeinflussen. Lehrkräfte erkennen die Bedeutung der politischen Bildung für die Förderung informierter, verantwortungsbewusster Bürger\*innen an, beschreiben ihre derzeitige Umsetzung jedoch als fragmentiert, oberflächlich und oft von individueller Initiative abhängig. Sie verweisen auf systemische Herausforderungen – überladene Lehrpläne, fehlende Zeit, veraltete Materialien und unzureichende Ausbildung – sowie auf die begrenzte Motivation der Schüler\*innen und deren Kontakt mit Fehlinformationen. Viele empfehlen, die Inhalte der politischen Bildung an die berufliche Realität anzupassen und Rechte am Arbeitsplatz, Ethik und partizipative Fähigkeiten zu integrieren, unterstützt durch zugängliche Lehrmittel und eine stärkere institutionelle Rückendeckung. Jugendarbeitende betonen das transformative Potenzial nicht-formaler Ansätze, insbesondere für Berufsschüler\*innen, die oft nur begrenzte Möglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement haben. Sie berichten, dass praktische Aktivitäten, Partnerschaften zwischen Schulen und NROs und die Auseinandersetzung mit realen Entscheidungsprozessen Selbstvertrauen, Kommunikationsfähigkeiten und Handlungsbewusstsein fördern. Sie weisen jedoch auch darauf hin, dass solche Initiativen von motivierten Mitarbeitenden, externer Finanzierung und institutioneller Offenheit abhängen – Faktoren, die nicht immer gegeben sind. Expert\*innen bekräftigen diese Beobachtungen und betonen, dass das Fehlen eines eigenen Fachs für politische Bildung

in der beruflichen Bildung die Ungleichheit in der demokratischen Bereitschaft perpetuiert. Sie plädieren für einen modularen, beruflich zugeschnittenen Lehrplan, eine systematische Lehrkräfteausbildung, partizipative Pädagogik und eine nachhaltige Zusammenarbeit zwischen Schulen, Gemeinden und der Zivilgesellschaft.

Zusammengenommen konvergieren diese Perspektiven in der Notwendigkeit, die politische Bildung in rumänischen Berufsschulen von einer untergeordneten, peripheren Aktivität in eine strukturierte, relevante und partizipative Lernerfahrung zu verwandeln. Eine solche Reform würde nicht nur die politische Kompetenz der Schüler\*innen verbessern, sondern auch zum sozialen Zusammenhalt, zur demokratischen Widerstandsfähigkeit und zu einer besseren Vorbereitung auf die Staatsbürgerschaft und die Beschäftigung in einer sich schnell verändernden Gesellschaft beitragen.

Die Analyse der Umsetzung der politischen Bildung an Berufsschulen in Thüringen (Deutschland) ergibt ein komplexes und oft ambivalentes Bild. Einerseits ist die politische Bildung durch Rahmenwerke auf Bundes- und Landesebene formell vorgeschrieben, und ihre Bedeutung für die Vorbereitung junger Menschen auf das demokratische Leben wird zunehmend anerkannt. Andererseits bleibt die praktische Umsetzung dieser Ziele prekär und je nach Einrichtung und Region unterschiedlich. Die Perspektiven von Schüler\*innen, Lehrkräften, Jugendarbeitenden und Expert\*innen in Thüringen zeigen ein Bild der politischen Bildung an Berufsschulen, das sowohl von ungenutztem Potenzial als auch von anhaltenden strukturellen Mängeln geprägt ist. Alle Interessengruppen sind sich einig, dass politische Bildung wichtig ist, um junge Menschen nicht nur auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten, sondern auch auf ihre Rolle als aktive, verantwortungsbewusste Bürger\*innen. Die Umsetzung ist jedoch nach wie vor uneinheitlich, wird nur teilweise durch die Schulstruktur unterstützt, hängt stark von individueller Initiative ab und beschränkt sich allzu oft auf reaktive, kurzfristige Maßnahmen.

Die Schüler\*innen in Thüringen verstehen im Allgemeinen die demokratischen Grundrechte und -werte, jedoch gibt es erhebliche Wissenslücken in Bereichen, die für ihre berufliche Zukunft unmittelbar relevant

sind, wie Arbeitsrechte, Antidiskriminierungsschutz und Demokratie am Arbeitsplatz. Viele äußern sich skeptisch gegenüber der Reaktionsfähigkeit der Institutionen und verweisen auf hierarchische Strukturen, die ihre Möglichkeiten einschränken, ihre Anliegen zu äußern. Sie plädieren für eine praxisorientiertere, partizipativere und stärker an reale Erfahrungen angelehnte politische Bildung, die sich stärker auf Themen wie Arbeitsethik, Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit konzentriert. Wenn eine solche Relevanz erreicht wird, steigt das Engagement; wenn sie fehlt, kommt es zu Entfremdung und Desinteresse. Die Lehrkräfte teilen weitgehend die Ansicht, dass politische Bildung unerlässlich ist, beklagen jedoch ihren marginalen Stellenwert im Lehrplan der Berufsschulen. Das Fehlen fester Zeitfenster, relevanter Unterrichtsmaterialien und systematischer Schulungen führt dazu, dass die Lehrkräfte unzureichend vorbereitet sind und sich zu sehr auf ihre persönliche Motivation verlassen müssen. Viele vermeiden kontroverse Themen aufgrund vermeintlicher Neutralitätszwänge oder aus Angst vor Gegenreaktionen. Darüber hinaus lässt die vorherrschende Fließbandlogik der beruflichen Bildung – mit ihrer Betonung auf Effizienz und beruflicher Leistung – oft wenig Raum für partizipatives, diskussionsbasiertes Lernen. Jugendarbeitende und NRO-Pädagog\*innen füllen einige dieser Lücken durch erfahrungsorientierte, inklusive und dialogische Ansätze. Ihre Wirkung wird jedoch durch den begrenzten Zugang zu Schulen, starre Stundenpläne und prekäre projektbezogene Finanzierung eingeschränkt. Trotz dieser Herausforderungen zeigen sie, dass Schüler\*innen, wenn sie eingeladen werden, sich aktiv an staatsbürgerlichen Initiativen zu beteiligen – durch Simulationen, Gemeinschaftsprojekte oder kreative Workshops –, sich stärker engagieren und ein stärkeres Gefühl der Eigenverantwortung entwickeln. Expert\*innen warnen davor, dass politische Bildung in Berufsschulen zu oft als Brandbekämpfungsmaßnahme behandelt wird – die nur als Reaktion auf Extremismus oder demokratische Krisen eingeführt wird – und nicht als kontinuierlicher, fester Bestandteil der Schulkultur. Sie betonen die Notwendigkeit, die falsche Trennung zwischen beruflicher und politischer Bildung aufzuheben, staatsbürgerliches Lernen in die Berufsausbildung zu

integrieren und systemische Hindernisse wie die Unterqualifizierung von Lehrkräften und das Missverständnis, dass Berufsschüler\*innen politisch apathisch sind, zu beseitigen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die politische Bildung an Thüringens Berufsschulen an einem Scheideweg steht: Ihr transformatives Potenzial ist offensichtlich, aber ohne systemische Reformen, strukturelle Integration und nachhaltige Unterstützung sowohl für Lehrkräfte als auch für nicht-formale Pädagog\*innen läuft sie Gefahr, fragmentiert und marginalisiert zu bleiben und eine entscheidende Chance zu verpassen, einen wichtigen Teil der nächsten Generation zu stärken.

Was sind die wichtigsten Unterschiede und Gemeinsamkeiten bei der Umsetzung der politischen Bildung an Berufsschulen in den drei Ländern? Die Analyse zeigt eine auffällige Konvergenz der Herausforderungen, trotz der Unterschiede in den nationalen Bildungssystemen, politischen Kulturen und institutionellen Rahmenbedingungen. In allen drei Kontexten wird die politische Bildung von den Akteuren weithin als wesentlich für die Förderung demokratischer Kompetenz, die Vorbereitung der Schüler\*innen auf eine aktive Bürgerschaft und die Verknüpfung von Bildung mit den realen soziopolitischen Gegebenheiten anerkannt. In jedem Land ist die politische Bildung an Berufsschulen jedoch nach wie vor unterentwickelt, wird uneinheitlich umgesetzt und ist strukturell marginalisiert.

In allen drei Fällen liegt die größte Schwäche in der fehlenden Bereitstellung eines eigenen Lehrplanplatzes für politische Bildung. In Kroatien und Rumänien führt das fächerübergreifende Modell zu einer fragmentierten und oberflächlichen Behandlung des Themas, die weitgehend von der Initiative einzelner Lehrkräfte abhängt. In Thüringen gibt es zwar Sozialkunde oder verwandte Fächer, doch deren staatsbürgerlicher Inhalt ist weder systematisch in die Berufsausbildung integriert noch institutionell priorisiert. Lehrkräfte in allen drei Kontexten berichten über einen Mangel an Zeit, relevanten Unterrichtsmaterialien und klaren pädagogischen Leitlinien. Diese strukturelle Marginalisierung führt oft dazu, dass politische Bildung nur auf dem Papier existiert, aber nicht in der Praxis umgesetzt wird.

Die Vorbereitung der Lehrkräfte stellt ein weiteres gemeinsames Hindernis dar. In allen drei Fällen fehlt es den Pädagog\*innen oft an einer formalen Ausbildung in politischer Bildung, sodass sie sich häufig nicht qualifiziert genug fühlen, um komplexe oder sensible Themen anzusprechen. Weiterbildungsmöglichkeiten sind sporadisch, freiwillig und selten auf den Kontext von Berufsschulen zugeschnitten. Infolgedessen beruht ein Großteil des staatsbürgerlichen Unterrichts eher auf persönlicher Motivation als auf systemischer Unterstützung.

Eine weitere Gemeinsamkeit ist die Anfälligkeit nicht-formaler Initiativen zur politischen Bildung. Jugendarbeitende und Pädagog\*innen von NROs spielen eine wichtige ergänzende Rolle, indem sie partizipative, erfahrungsorientierte Methoden einführen, stehen jedoch in allen drei Kontexten vor ähnlichen Hindernissen: begrenzter und unregelmäßiger Zugang zu Schulen, starre Zeitpläne, bürokratische Hürden und prekäre projektbezogene Finanzierung. Ihre Beiträge sind zwar oft wirkungsvoll, aber es mangelt ihnen an Kontinuität und institutioneller Verankerung.

Schüler\*innen in allen drei Ländern schätzen politische Bildung, wenn sie relevant, praxisnah und mit ihren eigenen Erfahrungen verbunden ist. Sie zeigen Interesse an Themen wie Arbeitnehmerrechten, Antidiskriminierungsmaßnahmen, Umweltfragen und Demokratie am Arbeitsplatz – Bereiche, die politische Kompetenz mit beruflicher Identität verbinden. Umgekehrt können zu abstrakte und theoretische Unterrichtseinheiten zu Desinteresse führen. Ein gemeinsames Thema ist die Wahrnehmung vieler Schüler\*innen, dass sie nur begrenzten politischen Einfluss haben, verbunden mit einem Misstrauen gegenüber politischen Institutionen. Wenn die politische Bildung jedoch partizipative Methoden wie Debatten, Simulationen und Treffen mit Entscheidungsträgern einsetzt, reagieren die Schüler\*innen mit größerer Begeisterung und beginnen, sich als aktive Akteure zu sehen. Das Wissen über Gewerkschaften und Arbeitnehmerrechte ist in allen drei Kontexten begrenzt, wobei die Schüler\*innen eine explizitere, berufsspezifische Ausbildung zu diesen Themen fordern. In Kroatien und Rumänien werden Gewerkschaften in der Schule selten

thematisiert, während die Schüler\*innen in Thüringen nur ein oberflächliches Verständnis ihrer Rolle haben.

Obwohl Ähnlichkeiten überwiegen, weist jeder Fall unterschiedliche Merkmale auf. In Kroatien ist die politische Bildung mit einer ideologischen Polarisierung konfrontiert, wobei der Begriff selbst politische Konnotationen hat, die Schulleitenden davon abhalten können, ihn zu übernehmen. In Rumänien wird die politische Bildung oft von umfassenderen systemischen Herausforderungen im Berufsbildungssektor überschattet, darunter veraltete Lehrpläne und schwache Verbindungen zwischen Schulen und lokalen Gemeinschaften. In Thüringen besteht eine auffällige künstliche Trennung zwischen beruflicher und politischer Bildung, wobei Expert\*innen betonen, dass die Berufsausbildung von Natur aus politisch ist und nicht als neutraler, unpolitischer Bereich behandelt werden sollte.

Sowohl in Kroatien als auch in Rumänien und Thüringen laufen Berufsschulen Gefahr, passive, gefügte Arbeitnehmende hervorzubringen, anstatt aktive, kritisch engagierte Bürger\*innen zu fördern. Die Forschung zeigt jedoch auch das transformative Potenzial der politischen Bildung, wenn sie partizipativ, berufsrelevant und institutionell unterstützt ist. Um die Kluft zwischen der Anerkennung ihrer Bedeutung und der Realität ihrer Umsetzung zu überbrücken, sind systemische Reformen, nachhaltige Investitionen und ein kultureller Wandel erforderlich, der demokratische Kompetenz in den Mittelpunkt der beruflichen Bildung stellt. Ohne einen solchen Wandel bleibt eine wichtige Chance zur Stärkung eines bedeutenden Teils der nächsten Generation ungenutzt.

**SCHLUSSFOLGERUNG:****VOM WORKSHOP  
ZUR WAHLURNE:  
BÜRGERKUNDE FÜR  
BERUFSSCHÜLER\*INNEN  
NEU DENKEN**

Diese Studie untersuchte den Stand der politischen Bildung an Berufsschulen in drei europäischen Kontexten – Kroatien, Rumänien und dem deutschen Bundesland Thüringen – anhand einer vergleichenden Analyse, die auf den Erkenntnissen wichtiger Interessengruppen wie Schüler\*innen, Lehrkräften, Jugendarbeitenden und Expert\*innen basiert. Diese Studie zielt darauf ab, die analytischen Grundlagen unserer vorherigen Studie (Šalaj, 2024) zu erweitern, indem sie die Daten humanisiert und alltägliche Erfahrungen in den Vordergrund stellt. Die Erzählungen spiegeln die Komplexität der Umsetzung von politischer Bildung in institutionellen Umgebungen wider, die durch Zeitdruck, unterschiedliche Ressourcenverfügbarkeit und ungleichen Zugang zu Möglichkeiten geprägt sind.

Die Forschung geht von der Prämisse aus, dass politische Bildung für die Förderung von aktivem Bürgersinn, kritischem Denken und sozialer Verantwortung bei jungen Menschen unerlässlich ist, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf den spezifischen Herausforderungen und Chancen im Rahmen der beruflichen Bildung liegt. Die vergleichende Untersuchung der drei Fallstudien zeigt mehrere wiederkehrende Muster, die über nationale Kontexte hinausgehen und systemische Herausforderungen bei der Umsetzung politischer Bildung in Berufsschulen widerspiegeln. Obwohl politische Bildung formal in den Lehrplänen verankert ist, ist ihre Präsenz oft nur nominell. In der Praxis hängt ihre Umsetzung häufig eher vom persönlichen Engagement einzelner Lehrkräfte als von soliden institutionellen Rahmenbedingungen oder verbindlichen politischen Vorgaben ab. Eine weitere Gemeinsamkeit ist die vorherrschende theoretische Ausrichtung der Inhalte der politischen Bildung. Der Unterricht konzentriert sich häufig auf abstrakte politische Konzepte und institutionelle Strukturen, ohne diese Themen ausreichend mit den Alltagserfahrungen, sozialen Realitäten und beruflichen Kontexten der Schüler\*innen zu verknüpfen. Infolgedessen fällt es den Schüler\*innen oft schwer, die Relevanz der politischen Bildung für ihr persönliches und berufliches Leben zu erkennen, was wiederum ihr Engagement mindert und das transformative Potenzial des Fachs einschränkt. Die Beziehung zwischen dem formalen und

dem nicht-formalen Bildungssektor erweist sich ebenfalls als kritischer Schwachpunkt. Jugendarbeitende und nicht-formale Pädagog\*innen bringen oft dynamische, partizipative und kontextbezogene Methoden in den Bereich der politischen Bildung ein, doch institutionelle Barrieren schränken häufig ihre Möglichkeiten ein, einen Beitrag zu leisten. Schließlich stellen die Akteure in allen Kontexten anhaltende Defizite bei den Ressourcen und der Lehrkräfteausbildung fest. Die Möglichkeiten zur beruflichen Weiterentwicklung, sofern vorhanden, sind oft ad hoc, freiwillig und nicht ausreichend auf die spezifischen Anforderungen der politischen Bildung in beruflichen Einrichtungen zugeschnitten. Es besteht ein klarer Bedarf an systematischen, kontinuierlichen und berufsbezogenen Fortbildungen, die den Pädagog\*innen nicht nur Fachwissen, sondern auch pädagogische Fähigkeiten vermitteln, um politische Bildung ansprechend, partizipativ und wirkungsvoll zu gestalten.

Zusammengenommen deuten diese Ergebnisse darauf hin, dass die Herausforderungen für die politische Bildung in Berufsschulen tiefgreifender struktureller Natur sind und koordinierte Maßnahmen auf politischer, institutioneller und Unterrichtsebene erfordern. Diese übergreifenden Herausforderungen unterstreichen die Notwendigkeit eines neu konzipierten Ansatzes für die politische Bildung in Berufsschulen – eines Ansatzes, der über die symbolische Einbeziehung in die Lehrpläne hinausgeht und zu einer vollständig integrierten, partizipativen und kontextbezogenen Praxis führt. Um die festgestellten Lücken zu schließen, sind nicht nur strukturelle Reformen und ein nachhaltiges politisches Engagement erforderlich, sondern auch ein kultureller Wandel innerhalb der Bildungseinrichtungen, damit die politische Bildung als Kernbestandteil der beruflichen Bildung geschätzt wird.

Hier präsentieren wir Empfehlungen, die auf den Erkenntnissen und Vorschlägen der an der Forschung beteiligten Akteure basieren. Die Ergebnisse aus allen drei Ländern deuten auf eine Reihe gemeinsamer Empfehlungen hin.

Erstens: **strukturelle Integration.** Die politische Bildung muss über ihren derzeitigen Randstatus hinauswachsen. Ob als eigenständiges Fach oder durch eine starke fächerübergreifende Integration – sie erfordert festgelegte Unterrichtszeiten, klare Lernziele und einen kohärenten Rahmen, der sie mit beruflichen Kompetenzen verknüpft. Lehrplanreformen sollten die politische Bildung ausdrücklich als eine Säule der beruflichen Bildung positionieren und nicht als konkurrierende Priorität.

Zweitens: **Stärkung der Lehrkräfte.** Lehrkräfte spielen eine zentrale Rolle für die Qualität der politischen Bildung. Ein systemischer Ansatz sollte Module zur politischen Bildung, partizipativen Methoden und konfliktsensible Moderation in die Lehrkräfteausbildung integrieren. Die berufliche Weiterbildung sollte obligatorisch, gut finanziert und auf die Realitäten der Berufsschulen zugeschnitten sein. Peer-Learning-Netzwerke und Praxisgemeinschaften können die Nachhaltigkeit verbessern und die Isolation motivierter Pädagog\*innen verringern.

Drittens: **berufliche Relevanz.** Politische Themen sollten bewusst mit beruflichen Kontexten verknüpft werden. So können beispielsweise Diskussionen über demokratische Teilhabe in Entscheidungsprozesse am Arbeitsplatz, Arbeitnehmerrechte und Nachhaltigkeitspraktiken in bestimmten Branchen eingebettet werden. Partnerschaften mit Gewerkschaften, Arbeitgebenden und Aufsichtsbehörden können dabei helfen, relevante Materialien und Szenarien gemeinsam zu entwickeln.

Viertens: **partizipative Methoden.** Traditionelle Vorlesungen sollten durch Methoden ergänzt werden, die eine aktive Beteiligung fördern, wie Debatten, Rollenspiele, Simulationen, Problemlösungsprojekte und von Schüler\*innen geleitete Initiativen. Exkursionen zu Institutionen und Gelegenheiten zur Interaktion mit Entscheidungstragenden können demokratische Prozesse greifbar machen.

Fünftens: **Nachhaltige Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft.** Die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen und Jugendarbeitenden sollte durch politische Rahmenbedingungen und stabile Finanzierungsströme formalisiert werden. Solche Partnerschaften können die schulische politische Bildung mit innovativen Methoden bereichern und den Schüler\*innen vielfältige Perspektiven eröffnen.

Sechstens: **Inklusion und Gerechtigkeit.** Die politische Bildung muss proaktiv auf die Bedürfnisse marginalisierter Gruppen eingehen, darunter Schüler\*innen mit Migrationshintergrund oder aus benachteiligten Verhältnissen. Dazu gehört es, sichere Räume für den Dialog zu schaffen, unterschiedliche Identitäten anzuerkennen und Diskriminierung sowohl durch Lehrplaninhalte als auch durch die Schulkultur zu bekämpfen.

Siebtens: **Langfristiges institutionelles Engagement.** Schließlich sollte die politische Bildung in die langfristige strategische Entwicklung von Berufsschulen eingebettet und vor politischen Schwankungen geschützt werden. Anstatt reaktiv zu reagieren, sollten Schulen ein nachhaltiges demokratisches Ethos pflegen, das den Unterricht, die Schulverwaltung und das Schulleben durchdringt.

Wenn Berufsschulen junge Menschen nicht nur auf den Arbeitsmarkt, sondern auch auf das demokratische Leben vorbereiten sollen, muss die politische Bildung vom Randbereich in den Mittelpunkt der beruflichen Ausbildung rücken. Die Überbrückung der Kluft zwischen Politik und Praxis in der politischen Bildung ist nicht nur eine pädagogische Herausforderung, sondern eine demokratische Notwendigkeit. Nur durch befähigte Lehrkräfte, engagierte Schüler\*innen und starke sektorübergreifende Partnerschaften kann sich die politische Bildung an Berufsschulen von einem nominellen Fach zu einer transformativen Kraft entwickeln, die künftige Generationen dazu befähigt, sich uneingeschränkt, kritisch und selbstbewusst an einer demokratischen Gesellschaft zu beteiligen.

**LITERATURHINWEISE →**

Almond, G. A., & Verba, S. (1963). *The civic culture: Political attitudes and democracy in five nations*. Princeton University Press.

Amadeu Antonio Stiftung. (2021). Demokratie im Netz stärken – Digitale Zivilgesellschaft fördern. Retrieved August 15, 2025, from <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de>

Benz, W. (2005, April 11). Demokratisierung durch Entnazifizierung und Erziehung. Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/themen/nationalsozialismus-zweiter-weltkrieg/dossier-nationalsozialismus/39605/demokratisierung-durch-entnazifizierung-und-erziehung/>

Bunescu, G., Stan, E., Albu, G., Badea, D., & Oprica, O. (1999). Cohesion and diversity in national identity: Civic education in Romania. In J. Torney-Purta, J. Schwille, & J.-A. Amadeo (Eds.), *Civic education across countries: Twenty-four national case studies from the IEA Civic Education Project* (pp. 165–184). International Association for the Evaluation of Educational Achievement (IEA).

Bundeszentrale für politische Bildung. (n.d.). Demokratisierung durch Entnazifizierung und Erziehung. Retrieved August 15, 2025, from <https://www.bpb.de/themen/nationalsozialismus-zweiter-weltkrieg/dossier-nationalsozialismus/39605/demokratisierung-durch-entnazifizierung-und-erziehung/>

Bundeszentrale für politische Bildung. (n.d.). Politische Bildung für Jugendliche. Retrieved August 15, 2025, from <https://www.bpb.de>

Centre for Peace Studies. (2021). *The Civil Education Manual* [Priručnik za nastavnike – Pomoć u provedbi građanskog odgoja i obrazovanja]. CMS.

Cosma, T. (Ed.). (1994). *Psychopedagogy*. Editura Spiru Haret.

Croatian Parliament. (2012). *Law on primary and secondary school education (Consolidated text)* [Zakon o odgoju i obrazovanju u osnovnoj i srednjoj školi (Pročišćeni tekst)], Narodne novine, No. 126/2012, p. 2705. Retrieved August 15, 2025, from [https://narodne-novine.nn.hr/clanci/sluzbeni/2012\\_11\\_126\\_2705.html](https://narodne-novine.nn.hr/clanci/sluzbeni/2012_11_126_2705.html)

Crick, B. (2000). *Essays on citizenship*. Continuum.

Dahl, R. A. (1989). *Democracy and its critics*. Yale University Press.

Dekker, H. (1991). Political socialization theory and research. In H. Dekker & R. Meyenberg (Eds.), *Politics and the European younger generation: Political socialization in Eastern, Central, and Western Europe* (pp. 16–59). BIS-Verlag.

Eurydice. (2017a). *Citizenship education at school in Europe – 2017*. Publications Office of the European Union.

Eurydice. (2017b). *Citizenship education at school in Europe – 2017*. Publications Office of the European Union.

Eurydice, & Education, Audiovisual and Culture Executive Agency. (2012). *Citizenship education in Europe: An Eurydice report overview*. Policy Commons. <https://policycommons.net/artifacts/11563/citizenship-education-in-europe/27512/>

Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar. (n.d.). A place for encounter. Retrieved August 15, 2025, from <https://www.ejbweimar.de/en/>

Forum for Freedom in Education. (2021). *Student Citizen: A collection of lesson plan proposals* [Učenik građanin: zbirka prijedloga nastavnih priprema uz priručnik za GOO]. FSO.

Galston, W. A. (2001). Political knowledge, political engagement, and civic education. *Annual Review of Political Science*, 4(1), 217–234.

Gökbudak, M., Hedtke, R., & Hagedorn, U. (2022). Ranking politische Bildung: Politische Bildung im Bundesländervergleich (Working Paper No. 13). Universität Bielefeld. <https://doi.org/10.25656/01:25906>

Government of the Republic of Croatia. (1999). *National Program of Education for Human Rights* [Nacionalni program odgoja i obrazovanja za ljudska prava]. Central Catalogue of Official Documents of the Republic of Croatia. Retrieved August 15, 2025, from <https://sredisnjikatalogrh.gov.hr/sredisnji-katalog/dokumenti-i-publikacije/detalji?id=2700628>

Greenstein, F. I. (1969). *Children and politics*. Yale University Press.

Gutmann, A. (1987). *Democratic education*. Princeton University Press.

Harber, C. (1991). International contexts for political education. *Educational Review*, 43(3), 245–256.

Inglehart, R., & Welzel, C. (2005). *Modernization, cultural change, and democracy: The human development sequence*. Cambridge University Press.

Jennings, K. M., & Niemi, R. G. (1981). *Generations and politics: A panel study of young adults and their parents*. Princeton University Press.

Kultusministerkonferenz. (2008, May 7). Elemente für den Unterricht der Berufsschule im Bereich Wirtschafts- und Sozialkunde gewerblich-technischer Ausbildungsberufe (Beschluss der Kultusministerkonferenz). [https://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen\\_beschluesse/2008/2008\\_05\\_07-Wirtschafts-Sozialkundeunt-Berufsschule\\_01.pdf](https://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2008/2008_05_07-Wirtschafts-Sozialkundeunt-Berufsschule_01.pdf)

Kultusministerkonferenz. (2021, June 17). Kompetenzorientiertes Qualifikationsprofil für den Unterricht der Berufsschule im Bereich Wirtschafts- und Sozialkunde gewerblich-technischer Ausbildungsberufe. [https://www.berufsbildung.nrw.de/cms/upload/\\_lehrplaene/a/uebergreifende\\_richtlinien/kompetenzorientiertes\\_qualiprofil.pdf](https://www.berufsbildung.nrw.de/cms/upload/_lehrplaene/a/uebergreifende_richtlinien/kompetenzorientiertes_qualiprofil.pdf)

Legea învățământului [Law of Education]. (1995). *Monitorul Oficial al României*, 167(31).

Maitles, H. (1999). Political education in schools. *International Journal of Inclusive Education*, 3(2), 181–190.

Ministry of Science, Education and Youth of the Republic of Croatia. (2025). Decision on the adoption of the curriculum for general education subjects in secondary vocational schools at levels 4.1 and 4.2 [Odluka o donošenju kurikula općeobrazovnih predmeta za srednje strukovne škole na razinama 4.1. i 4.2.]. Retrieved August 15, 2025, from [https://narodne-novine.nn.hr/clanci/sluzbeni/2025\\_01\\_10\\_85.html](https://narodne-novine.nn.hr/clanci/sluzbeni/2025_01_10_85.html)

Ministry of Science and Education of the Republic of Croatia. (2019). *Curriculum of the Cross-Curricular Topic Civic Education for Primary and Secondary Schools* [Kurikulum međupredmetne teme Građanski odgoj i obrazovanje za osnovne i srednje škole]. MZO.

Ministry of Science, Education, and Sport of the Republic of Croatia. (2010). *National Curriculum Framework* [Nacionalni okvirni kurikulum].

Ministry of Social Policy and Youth. (2014). *National Youth Programme 2014–2017* [Nacionalni program za mlade za razdoblje od 2014. do 2017. godine].

Mitter, W., & Weiß, M. (1993). Educational transformations in a "united" Germany. In S. L. Jacobson (Ed.), *Reforming education: The emerging systemic approach* (pp. 209–227). Corwin. <https://doi.org/10.25656/O1:1669>

Nedelcu, E. (Coordinator), Nedelcu, M., & Ștefan, C. (1993). *Cultura civică (Civic culture)* (Grade 7) (Rev. ed., 1995). Editura Didactică și Pedagogică.

Pažur, M. (2017). Overview of the development of civic education in the Republic of Croatia from 1999 to the present [Pregled razvoja građanskog odgoja i obrazovanja u Republici Hrvatskoj od 1999. do danas]. *Školski vjesnik*, 66(4), 605–618.

Pažur, M., Spajić-Vrkaš, V., Buković, N., & Travar, M. (2016). *Reconstruction of civic education: Concept, institutions, and practices* [Rekonstrukcija građanskog odgoja i obrazovanja u Hrvatskoj: koncept, institucije i prakse]. Mreža mladih Hrvatske.

Păunescu, M., & Alexandrescu, R. (2009). National report on citizenship education: Romania. In *Informal learning of active citizenship at school: An international comparative study in seven European countries* (Vol. 14, p. 243).

Patrick, J. J. (1977). Political socialization and political education in schools. In S. Renshon (Ed.), *Handbook of political socialization* (pp. 190–223). The Free Press.

Rosvall, E.-Å., & Nylund, M. (2022). Civic education in VET: Concepts for a professional language in VET teaching and VET teacher education. *Journal of Vocational Education & Training*. <https://doi.org/10.1080/13636820.2022.2075436>

Röhrs, H. (1989). Education for peace: A neglected aspect of re-education in Germany. *Oxford Review of Education*, 15(2), 147–164. <http://www.jstor.org/stable/1049970>

Rusu, M. S. (2019). 'Civilising' the transitional generation: The politics of civic education in post-communist Romania. *Social Change Review*, 17(1), 116–141. <https://doi.org/10.2478/scr-2019-0005>

Sava, S. L., Fartusnic, C., & Iacobescu, N. A. (2022). Continuity and innovation in the civic and social education curriculum for primary and secondary education in Romania. *Journal of Social Science Education*, 21(4), n4.

Savage, C., & Becker, M. (2021). Unequal civic development? Vocational tracking and civic outcomes in Germany. *Journal Sage*, 7(1), 1–12. <https://doi.org/10.1177/23328584211045397>

Schüler Helfen Leben. (n.d.). Wir sind Schülerinnen Helfen Leben!\*. Retrieved August 15, 2025, from <https://www.schueler-helfen-leben.de/>

Sigel, R. S. (1995). New directions for political socialization research: Thoughts and suggestions. *Perspectives on Political Science*, 24(1), 17–22.

Spajić Vrkaš, V. (2016). The (im)potence of civic education: Consolidated report on the effects of the experimental implementation of the civic education curriculum in 12 primary and secondary schools (2012/2013) [(Ne)moć građanskog odgoja i obrazovanja: objedinjeni izvještaj o učincima eksperimentalne provedbe kurikuluma građanskog odgoja i obrazovanja u 12 osnovnih i srednjih škola (2012./2013.)]. Nacionalni centar za vanjsko vrednovanje obrazovanja.

Spajić Vrkaš, V., Rajković, M., & Rukavina, I. (2014). Eksperimentalna provedba Kurikuluma građanskog odgoja i obrazovanja, istraživački izvještaj [Experimental implementation of Citizenship Education Curriculum, research report]. Croatian Youth Network.

Szakács, S. (2012). 1989 as gateway to the world? The universalization of diversity and the construction of the 'new' citizen in Romanian civic education. *Comparative Education*, 48(4).

Šalaj, B. (2002). Models of political education in European countries' school systems [Modeli političkog obrazovanja u školskim sustavima europskih država]. *Politička misao*, 39(3), 127–144.

Šalaj, B. (2018). In anticipation of Godot? Politics, democracy and civic education in Croatia [U očekivanju Godota? Politika, demokracija i građanski odgoj i obrazovanje u Hrvatskoj]. GOOD Inicijativa & GONG.

Šalaj, B. (2024). Civic education in vocational education: Comparative study of European practices [Građansko obrazovanje u strukovnim školama: Komparativna analiza europskih praksi]. GONG.

Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur. (n.d.). Politische Bildung – Demokratiebildung in der Schule. Retrieved August 15, 2025, from <https://bildung.thueringen.de/bildung/politische-bildung>

Vujčić, V. (2001). *Political culture of democracy* [Politička kultura demokracije]. Pan liber.

Vujčić, V. (2008). *Culture and politics* [Kultura i politika]. Politička kultura.

Weißeno, G. (2016). Political didactics and political education in Germany. In K. J. Kennedy & A. Brunold (Eds.), *Regional contexts and citizenship education in Asia and Europe* (pp. 53–65). Routledge. [https://www.ssoar.info/ssoar-2016-weieno-Political\\_didactics\\_and\\_political\\_education.pdf?sequence=1&isAllowed=y](https://www.ssoar.info/ssoar-2016-weieno-Political_didactics_and_political_education.pdf?sequence=1&isAllowed=y)

Politische Bildung in der beruflichen Bildung:  
Fallstudien aus Kroatien, Rumänien und Thüringen

ISBN 978-953-7960-67-4

Zagreb, September 2025.

